

Das Parlament

Berlin, 30. November 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 49-50 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Brandenburgerin im Spitzenamt

Dagmar Ziegler Die Brandenburger SPD-Bundestagsabgeordnete ist vergangene Donnerstag mit 536 von 657 abgegebenen Stimmen zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt worden. Die SPD-Fraktion hatte sie als Nachfolgerin von Thomas Oppermann nominiert, der im Oktober überraschend verstorben war. Die 60-Jährige ist seit 2009 Mitglied im Bundestag und war zuvor Abgeordnete und Ministerin im Land Brandenburg. In der Fraktionsabstimmung hatte zunächst auch die frühere Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt kandidiert, die dann aber zurückzog und sich für die Kollegin aussprach. Die AfD-Fraktion scheiterte unterdessen im Plenum erneut damit, einen Bundestagsvizepräsidenten aus ihren Reihen wählen zu lassen. Ihr Abgeordneter Harald Weyel kam im ersten Wahlgang nicht auf die notwendige Mehrheit der Stimmen. *aha*

ZAHLE DER WOCHE

6

Kandidaturen von AfD-Abgeordneten für das Bundestagspräsidium hat es seit dem Einzug der Partei 2017 gegeben. Mit allen Wahlvorschlägen ist sie an der notwendigen Mehrheit von 355 Stimmen gescheitert. Laut Geschäftsordnung des Bundestages kann jede Fraktion einen Vizepräsidenten stellen.

ZITAT DER WOCHE

»Besonderer Akt der Dreistigkeit.«

Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenchef, kritisiert die AfD-Kandidatur für das Präsidium, nachdem in der Vorwoche Störfer, die von AfD-Abgeordneten als Gäste eingeladen worden waren, Parlamentarier auf den Bundestagsfluren wegen Corona-Maßnahmen beschimpft hatten.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Gesundheit Kassen sollen wegen Corona-Mehrkosten an ihre Rücklagen **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT
UN Bilanz zu zwei Jahren deutscher Mitgliedschaft im Sicherheitsrat **Seite 6**

KULTUR UND BILDUNG
Lockdown Künstler und Veranstalter fühlen sich im Stich gelassen **Seite 8**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Verkehr Vorschläge für eine neue Abgasnorm sorgen für Wirbel **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Advent im kleinen Kreis

CORONA-POLITIK Kanzlerin Merkel verteidigt ihre Linie. Nicht nur die Opposition ist unzufrieden

Zufriedenheit wollte sich nicht so recht einstellen am vergangenen Donnerstag. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab erneut eine Regierungserklärung zur Corona-Pandemie ab - nur wenige Stunden, nachdem sie sich mit den Ministerpräsidenten auf einen Fahrplan für den Dezember geeinigt hatte (siehe Text unten). Dies musste sein, denn der vor vier Wochen beschlossene Teil-Lockdown galt erstmal nur bis Ende November. Man wolle abwarten, wie sich die Lage entwickle, hieß es damals. Leider hat diese sich trotz der geltenden Beschränkungen nicht wie erhofft entwickelt. „Es ist ein erster Erfolg, aber noch keine Trendumkehr. Die Fallzahlen stagnieren auf zu hohem Niveau“, stellte Merkel nun fest und machte keinen Hehl daraus, dass sie sich von den Bundesländern härtere Maßnahmen für den Dezember gewünscht hätte.

Da sich aber Kontaktbeschränkungen als das wirksamste Mittel im Kampf gegen die Pandemie erwiesen hätten, müsse dieser Weg konsequent weiterverfolgt werden, appellierte Merkel an das Durchhaltevermögen der Bevölkerung. Ob sich bis Ende Dezember der erhoffte Durchbruch erreichen lässt, dessen war sie sich offenbar nicht sicher. Merkel deutete an, dass es vielleicht bis in den Januar Einschränkungen geben müsse. In Bezug auf die Pflegeheime stellte sie aber klar: „Wir wollen kein Weihnachten in Einsamkeit!“

Auch die Opposition war erkennbar unzufrieden, allen voran Alice Weidel, Chefin der AfD-Bundestagsfraktion, die keinerlei Verständnis für die Politik der Regierung aufbringen konnte. „Die Kollateralschäden Ihrer Politik sind jetzt schon größer als die Schäden durch die Pandemie“, sagte sie in Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen. Schulen und Bildungseinrichtungen würden ins Chaos gestürzt. Die nun verlängerten und neu beschlossenen Einschränkungen seien ein Ausdruck obrigkeitstaalicher Bevormundung. „Es geht den Staat nichts an, mit wem die Menschen Weihnachten feiern“, stellte Weidel fest.

Frage nach der Strategie So fundamental wurde es bei den anderen Oppositionsfraktionen nicht, die die Strategie aus Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht und Abstandsregeln grundsätzlich unterstützten. FDP und Linke erinnerten Merkel jedoch an ihr Versprechen, eine nachhaltige, langfristige Anti-Corona-Strategie vorzulegen. Dies sei nun wieder nicht geschehen, kritisierten beide Fraktionen. Nach wie vor sei

Ausnahmen für Weihnachten und Silvester

PANDEMIE-REGELN Ministerpräsidenten und Kanzlerin verlängern die Beschränkungen bis Ende Dezember

Die strengen Beschränkungen für persönliche Kontakte werden im Kampf gegen die Corona-Pandemie noch einmal für mehrere Wochen verschärft - dafür aber dann über Weihnachten leicht gelockert. Restaurants, Theater- und Freizeiteinrichtungen bleiben geschlossen.

Kontakte Mit der Begründung, dass der starke Anstieg der Neuinfektionen noch nicht gebrochen sei, begründeten Ministerpräsidenten und Kanzlerin, dass ab 1. Dezember private Zusammenkünfte stärker begrenzt werden. Es soll nur noch ein Haushalt mit einem anderen zusammenkommen - bis zu maximal fünf Personen (Kinder bis 14 Jahre ausgenommen). Bisher galt eine Obergrenze von zehn Personen. Über Weihnachten und Silvester können die Beschränkungen gelockert werden. Dann sollen sich bis zu zehn Personen aus Familien- und Freundeskreisen treffen dürfen (Kinder ausgenommen). Der Berliner Senat hat allerdings angekündigt, diese Lockerungen nicht umsetzen zu wollen.

Maskenpflicht Die Maskenpflicht im öffentlichen Raum wird erweitert: Sie gilt im



Kontakte sollen auch im Dezember soweit es geht eingeschränkt werden. Die Adventskaffeekränzen werden wohl überschaubar bleiben.

© picture-alliance/Westend61

en die Vorsorgemaßnahmen für besonders gefährdete Gruppen völlig unzureichend. So fehle es immer noch an Schnelltests für Pflegeheime, kritisierte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Zu den strengeren Vorgaben für den Einzelhandel ab Dezember bemerkte er: „Künftig fährt man also dicht gedrängt im Bus, um anschließend allein in einem Geschäft zu sein. Ist das sinnvoll?“

»Warum wurden die FFP-2-Masken nicht schon längst verteilt?«

Dietmar Bartsch (Die Linke)

Auch Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Linken, hatte viele Fragen: „Warum gibt es neun Milliarden Euro für die Lufthansa, aber offenbar kein Geld für Luftfilter an Schulen? Wann kommen die Schnelltests in Pflegeheimen? Warum wurden FFP-2-Masken nicht schon längst verteilt?“ Jedes Theater habe sich besser auf den Corona-Winter vorbereitet als die Bundesregierung. Wie Weidel kritisierte auch Bartsch, dass die Ministerpräsidentenkonferenz nicht legitimiert sei, über Einschränkungen von Grundrechten zu entscheiden. Dies sei allein Sache des Bundestages.

Handel, in öffentlichen Verkehrsmitteln und an Orten mit Publikumsverkehr in Innenstädten. Dort, wo sich Menschen auf engem Raum oder über einen längeren Zeitraum aufhalten, muss ebenfalls Maske getragen werden, auch im Freien. Diese Orte definieren die Behörden. Auch an Arbeitsplätzen gilt, wenn kein Abstand von 1,50 Meter eingehalten werden kann, eine Maskenpflicht.

Schulen Die Schulen sollen grundsätzlich geöffnet bleiben, betonten alle Beteiligten noch einmal. Die Entscheidung über abwechselnden Unterricht in geteilten Gruppen soll vor Ort fallen. Darüber hinausgehende Maßnahmen sollen erst bei einem Infektionsgeschehen von 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner pro Woche (7-Tage-Inzidenz) schulspezifisch umgesetzt werden. Sog. Hybridunterricht soll nicht verpflichtend und wenn, dann erst ab Klasse 8 umgesetzt werden. Abschlussklassen sind davon ausgenommen. Eine Maskenpflicht ab der 7. Klasse soll, ebenfalls abhängig vom regionalen Infektionsgeschehen, gelten. Die Weihnachtsferien sollen überall gleichzeitig am

Ralph Brinkhaus (CDU), Chef der Unionsfraktion, konnte sich angesichts der im Kanzleramt beschlossenen Maßnahmen auch nicht entspannt zurücklehnen. Er kritisierte, dass die Ministerpräsidenten erst jetzt zu einer Lösung bereit gewesen seien. „Wir haben zwei Wochen verloren“, sagte er. Deutlich unzufrieden äußerte er sich auch über den Umgang der Bundesländer mit der Schulproblematik. Man habe Monate Zeit gehabt, Konzepte für den Wechselunterricht zu entwickeln, da sei viel zu wenig geschehen. Auch äußerte er Zweifel, ob man jetzt schon Regeln für Weihnachten und Silvester beschließen könne und kritisierte die Salamitaktik, mit der immer wieder neue Maßnahmen verkündet würden. „Das zermürbt uns doch alle“, sagte er. Es war dann an Rolf Mützenich, dem Fraktionschef der SPD, die Linie der Corona-Politik noch einmal grundsätzlich zu verteidigen: „Es handelt sich immer um eine Güterabwägung. Es gibt nicht die eine Ent-

scheidung, die alles besser macht.“ Es gehe um Verhältnismäßigkeit auf der einen und Verantwortung auf der anderen Seite, die nun beschlossenen Maßnahmen seien ein Ausdruck davon. „Im Rückblick werden wir dann hoffentlich erkennen, dass wir verantwortungsvoll und maßvoll gehandelt haben“, sagte Mützenich.

Hoffen auf den Impfstoff Neben all den Zweifeln war die Debatte trotzdem auch von Hoffnung geprägt. Von Hoffnung auf den Impfstoff, dessen Entwicklung schon so weit fortgeschritten ist. „Der wird das Problem nicht sofort lösen, aber es ist Licht am Ende des Tunnels zu erkennen“, wie es Merkel formulierte. Die Schnelligkeit der Impfstoffentwicklung zeige, wozu Menschen in der Lage seien, betonte Anton Hofreiter, Chef der Grünen-Fraktion. „Aber die globale Verteilung der Impfstoffe wird eine entscheidende Bewährungsprobe sein: nämlich, ob dabei das Recht des Stärkeren gilt oder ob wir solidarisch vorgehen.“ Wie wir das organisieren, werde die internationale Ordnung auf Jahre hinaus prägen. Er forderte von der Bundesregierung und der EU, dabei entsprechend zu agieren. *Claudia Heine*

EDITORIAL

Präsent an den Schulen

VON ALEXANDER HEINRICH

In Bert Brechts Stück „Das Leben des Galilei“ weigert sich der Forscher hartnäckig, Florenz zu verlassen, auf dessen Straßen die Pest umgeht. Auf das privilegierte Angebot, der Stadt in der Kutsche des Großherzogs den Rücken zu kehren, verzichtet der Universalgelehrte. Er müsse weiter „Beweise für gewisse Behauptungen sammeln“, zum Beispiel die, dass die Erde sich um die Sonne dreht und nicht umgekehrt. Die Szene kann auf etwas aufmerksam machen, das über die Corona-geplagte Gegenwart hinausweist: Es gibt jenseits des ermüdenden und gleichwohl nötigen zweiten pandemiebedingten Einfrierens und Verbieters weiterhin bleibend Wichtiges und Wichtigeres als diese Infektionskrankheit, so sehr sie uns heute beschäftigt mag und so wenig man sie unterschätzen oder gar bagatelisieren darf. Und das ist zum Beispiel Bildung.

In diesem Sinne kann man den Entschluss der Länder und des Bundes in der vergangenen Woche deuten, am Präsenzunterricht der Schulen weiter festzuhalten, wo immer das möglich ist. Es macht einen Unterschied, ob man Restaurants schließt oder Schulen als Orte der Vermittlung von Wissen und Weltverständnis, bei allen Härten, die den Gastronomen entstehen. Schulen sind nicht pauschal Treiber des Infektionsgeschehens, und dort wo dieses unkontrollierbar zu werden droht, lässt sich mit Einzelmaßnahmen wie Quarantänen, Wechselunterricht, Maskenpflicht, Schnelltests reagieren. Jeder Forscher, auch der Virologe mit den strengsten Corona-Empfehlungen, stand in seiner Karriere einmal vor der Erkenntnis, selbst nur ein Zerg auf den Schultern von Riesen zu sein. Der akademische Weltblick verdankt sich dem Wissen, das Generationen von Forschern zuvor aufgeschichtet haben. Das Handwerkszeug für alle Welterkundung wird in der Schule gelehrt. Es wird auch dann noch gebraucht, wenn Corona längst Geschichte ist. Anders als im 17. Jahrhundert ist die Menschheit Seuchen heute nicht wehlos ausgeliefert. Sie kann mit Antibiotika beziehungsweise durch Impfen Infektionsalpträumen wie damals in der Regel wirksam begegnen - auch dies verdankt sich dem Forschergeist von Gelehrten wie Galileo Galilei. Er kam in Brechts Stück übrigens nicht ohne Schule aus: Für seine Berechnungen suchte er in einer verwaisten Florentiner Lehranstalt nach einer Karte der Umlaufzeit des Merkur.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

SCHULEN ALS LETZTES SCHLIESSEN?

Das ganze Leben

PRO



Ursula Weidenfeld, freie Journalistin

In diesen Tagen wird viel über Lebenschancen nachgedacht. Zu Recht geht es in erster Linie um diejenigen, die von einer Covid-19-Erkrankung besonders bedroht sind. Sie müssen geschützt werden. Doch mindestens ebenso wichtig sind die Chancen der Kinder und Jugendlichen. Sie müssen gebildet werden. Schule und Unterricht sind entscheidend, wenn es um ihre Aussichten geht, ein gutes und zufriedenes Leben führen zu können. Deshalb muss alles getan werden, um den Schulbetrieb möglich zu machen. Schon jetzt haben die Kinder und Jugendlichen Monate verloren. Der Schulausfall im Frühjahr und die Beschränkungen im Sommer und Herbst haben ihnen Zeit gestohlen, zu lernen, Sport zu treiben, sich auf die berufliche Ausbildung und das Studium vorzubereiten. Schon jetzt warnen Bildungsforscher, dass sie ihr Leben lang darunter leiden werden. Sie können keine Praktika absolvieren, um sich zu orientieren, werden verzögert in das Berufsleben starten und langfristig weniger verdienen als die Generation vor Corona. Deshalb muss der Unterricht stattfinden. Werden die Weihnachtsferien verlängert, müssen die Ferien in 2021 verkürzt werden. Wenn feste Gruppen nur an jedem zweiten Tag in der Schule unterrichtet werden können, müssen die Schultage im kommenden Jahr länger werden. Wenn Lehrer feststellen, dass ihnen im digitalen Lernprozess die Kinder verloren gehen, die es ohnehin besonders schwer haben, müssen diese Kinder öfter in die Schule gehen dürfen – und in den Ferien die Gelegenheit bekommen, das Versäumte nachzuholen. Klar, die Lage ist mehr als schwierig. Doch hier geht es um Lebenschancen, die mehr betroffen würden als nur durch unbequeme Einschränkungen. Hier geht es um das ganze Leben.

Eine Beruhigungsspielle

CONTRA



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Das hat der Kampf gegen Corona doch gezeigt: Falsche Versprechungen helfen nicht, sie führen nur zu Verdruss bei den Bürgern. Entschieden werden muss stets neu, je nach Infektionsgeschehen. Daher haben Bund und Länder den Teil-Lockdown verlängert. Für Schulen muss dasselbe gelten. Wer immer wieder verkündet, Schulen schließen als Letztes oder gar nicht, ignoriert: Corona macht um Kinder und Jugendliche keinen Bogen mehr. Auch RKI-Chef Lothar Wieler hat klargestellt, dass vermehrt Fälle in den Lehranstalten auftreten. Zudem wurde in den Monaten mit beherrschbarem Pandemiegeschehen versäumt, die Schulen fit zu machen für den Winter. Es fehlt mitunter an allem, an Luftreinigungsfiltern, hybriden Angeboten bis hin zum Personal, um Präsenzunterricht zu teilen. Nur nicht an dicken Jacken, die die Schüler mitbringen, damit gelüftet werden kann. Eine Teststrategie gibt es schon gar nicht. Sie ist aber das A und O, wenn man das Virus in den Griff bekommen und Schließungen verhindern will. Darüber hinaus sind schon viele Schulen im Lockdown, ob ganz oder teilweise. Mitte November waren laut Lehrerverband 300.000 Schüler und bis zu 30.000 Lehrer in Quarantäne. 3.200 Bildungstätten hatten den Präsenzunterricht stark eingeschränkt. Insofern ist die Vorgabe, Schulen unbedingt offenzuhalten, nur eine Beruhigungsspielle. Weil vielen Familien der wochenlange Heimunterricht zu Beginn der Pandemie mit all seinen Verwerfungen noch in den Knochen steckt. Die Realität ist aber längst eine andere. Deswegen muss sich die Politik in der Frage von Schulschließungen ehrlicher machen. Sonst büßt sie weiter Vertrauen im Kampf gegen Corona ein.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Suding, eine Folge der Corona-Pandemie ist, dass die Zustände an Schulen sehr viel Aufmerksamkeit bekommen. Seit dem Frühjahr wissen alle, dass es oft nicht einmal genügend Seife auf den Toiletten gibt. Hat Bildung generell einen zu niedrigen Stellenwert?

Bildung ist ein zentraler Schlüssel, damit Menschen ihr Leben in die Hand nehmen und ihre Träume verwirklichen können. Verglichen damit kann man sicherlich sagen, dass Bildung in unserer Gesellschaft noch einen zu geringen Stellenwert hat. Erst jetzt während der Pandemie wird jedem deutlich, was vorher schon klar war: Wir müssen deutlich mehr für unser Bildungssystem tun!

Ihre Partei fordert, die Bildungsinvestitionen deutlich zu erhöhen. Doch das kostet Steuergelder. Von diesen Steuern will die FDP die Bürger doch eigentlich entlasten.

Da ist kein Widerspruch. Gerade für Zukunftsinvestitionen, und dazu gehört Bildung definitiv, können wir noch viel mehr Geld ausgeben. Dagegen hätte man in anderen Bereichen, wie der Rentenpolitik, viel Geld sparen können. Für die sehr teure „Mütterrente“ hat es unserer Sicht zum Beispiel keine Notwendigkeit gegeben. Dieses Geld hätte besser in unser Bildungssystem fließen sollen.

Schulen sind offenbar keine Treiber der Pandemie. Warum kocht die Frage pauschaler Schulschließungen dennoch immer wieder hoch?

Darüber wundere ich mich auch, denn es wird durch Studien nicht untermauert. Viele Politiker sprechen in diesem Zusammenhang immer wieder sehr leichtfertig vom hybriden Unterricht, bei dem die eine Klassenhälfte digital zugeschaltet wird. Aber darauf sind die meisten Schulen überhaupt nicht vorbereitet. Darauf hätte man spätestens im März hinarbeiten müssen. Das hat die Bildungsministerin aber nicht getan.

Nun pochen die Ministerpräsidenten auf differenzierte Regelungen, je nach Betroffenheit der Regionen, während vor allem Bundespolitiker einheitliche Regeln anmahnen. Ist der Föderalismus dieser Krisensituation überfordert?

Das würde ich nicht sagen. Es ist sicher richtig, wenn Ministerpräsidenten genau schauen, wie sich das Infektionsgeschehen in den jeweiligen Regionen entwickelt. Man kann nicht das ganze Land einer pauschalen Regelung unterwerfen, sondern muss differenziert vorgehen. Alles andere ist den Schülern, Eltern und Lehrkräften auch nicht zu vermitteln.

Selbst Lehrer sind sich offenbar nicht einig, ob Präsenzunterricht oder Wechselmodelle die beste Lösung sind. Für beides gibt es Argumente. Wie sehen Sie das?

Ich bin ganz klar dafür, den Präsenzunterricht so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Da sind auch noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um das über den Winter sicherzustellen. Neben dem Stoßlüften, was ja in einigen Klassenräumen gar nicht möglich ist, sind auch Luftfilter eine gute Möglichkeit, das Infektionsrisiko sehr stark zu reduzieren. Ich erwarte auch, Lehrkräfte, die zu Risikogruppen gehören, und das sind einige, mit FFP-2-Masken auszustatten. Wir müssen alles tun, um unseren Kindern nicht noch einmal das Recht auf Bildung zu verwehren, wie es im Frühjahr geschehen ist.

Da sehr viele Klassenräume zu klein sind für die Abstandsregeln, kursieren mittlerweile auch so originelle Ideen wie die des Unterrichts in Hotels oder Kinos. Das halte ich für gar nicht realistisch und sehr realitätsfremd.

»Es reicht noch nicht«

KATJA SUDING Die FDP-Bildungspolitikerin kritisiert die Fortschritte bei der Digitalisierung der Schulen als viel zu lasch



© picture-alliance/SZ Photo

Die FDP fordert, stärker auf technische Lösungen wie mobile Luftfilter zu setzen. Kann der Bund da überhaupt in einer Form Einfluss nehmen, dass dies noch in diesem Winter Realität werden könnte? Bildung ist Ländersache.

Es gibt zum Beispiel noch Mittel aus dem Schulsanierungsprogramm, für das der Bund 2015 den Ländern 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat. Auch hier sind noch längst nicht alle Mittel abgeflissen. Darüber könnte man die Luftfilter kurzfristig beschaffen.

Deutschland hinkt bei der Digitalisierung der Schulen im OECD-Vergleich hinterher. Gleichzeitig wurde bisher nur ein Bruchteil der fünf Milliarden Euro, mit denen der Bund über den Digitalpakt Schule den Ländern unter die Arme greift, abgerufen. Wie kann das sein?

Die bürokratischen Hürden sind zu hoch, das hören wir immer wieder von den Schulen. Dass man die Medienkonzepte inzwischen nachträglich einreichen kann, hat daran nichts geändert. Das Antragsverfahren muss radikal vereinfacht werden.

Aber ist es nicht sinnvoll, dass die Schulen zunächst ein Medienkonzept vorlegen? Erst dann kann man doch feststellen, welcher Bedarf wofür nötig ist. Einfach 500 Computer in die Schule zu stellen, bringt ja nicht viel.

Nein, das reicht nicht. Und daran krankt der Digitalpakt, der in seiner jetzigen Konstruktion vorwiegend auf die Finanzierung von Technik setzt. Wenn digitale Bildung funktionieren soll, müssen auch die Lehrkräfte geschult werden. Es hilft kein Konzept, wenn die Lehrer nicht wissen, wie sie es umsetzen sollen. Es müssen auch entsprechende Lerninhalte, also beispielsweise digitale Schulbücher, gefördert werden. Das Thema Datenschutz muss angegangen werden. Das alles fordern wir in unserem Antrag zum Digitalpakt 2.0, denn da muss noch deutlich mehr passieren.

Der Digitalpakt wurde inzwischen drei Mal aufgestockt, jeweils um 500 Millionen Euro unter anderem für Leihgeräte und zur Finanzierung von IT-Administratoren. Glauben Sie, dass dieses Geld schneller bei den Schulen ankommt?

Im Moment sieht es nicht danach aus. Die Zielrichtung ist gut und richtig, aber die Bund-Länder-Vereinbarung, die nötig ist, damit die 500 Millionen Euro für die Lehrer-Laptops angeschafft werden können, wird erst in den nächsten Wochen unterzeichnet werden. Jetzt müssen die Länder noch die juristischen Voraussetzungen dafür schaffen. Ich sehe nicht, wie das bis Ende des Jahres gehen soll. Inzwischen hat man sich von diesem ambitionierten Ziel auch schon verabschiedet und hat den Zeitraum bis auf Ende 2021 ausgedehnt. Das ist in einer Zeit, wo die Lehrer händelnd darauf warten, völlig unzureichend. Von einem Sofortprogramm kann da wirklich keine Rede sein.

Waren Sie überrascht, als im Frühjahr deutlich wurde, wie viele Schüler offenbar zu Hause nicht die nötige Lern-Infrastruktur zur Verfügung haben?

Nein, darüber war ich nicht überrascht. Es ist ja nichts Neues, dass es viele Kinder gibt, die in finanziell schwierigen Verhältnissen aufwachsen. Deshalb ist es ja so wichtig, dass jede Schule endlich über die nötige Zahl an Leihgeräten verfügt.

Nun löst auch die Digitalisierung nicht alle Probleme, das heißt, diesen Kindern hilft ein Laptop allein auch nicht, um am Ball zu bleiben.

Das Allerwichtigste ist, dass wir die Schulen im Präsenzunterricht offen halten. Damit die Kinder die Möglichkeit haben, mit anderen Kindern und dem Lehrer zusammen zu lernen. Lernen hat ja auch eine soziale Komponente. Und wenn das punktuell nicht geht, müssen wir ganz schnell dafür sorgen, neben den Endgeräten für die Schüler auch die entsprechende Lernsoftware und Lernplattformen zu installieren. Die Lehrer müssen entsprechend ausgebildet sein. Das alles hätte man im Sommer mit Hochdruck angehen müssen. Das wurde leider versäumt und rächt sich jetzt erneut.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ||

Katja Suding ist seit 2017 für die FDP Mitglied des Bundestages und dort unter anderem Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung. Sie ist stellvertretende FDP-Fraktions- und Bundesvorsitzende.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Besonnenen: Ulrike Bahr

Der Stimme von Ulrike Bahr ein Unbehagen zu entlocken, fällt schwer. Ruhig und entspannt klingt die SPD-Bundestagsabgeordnete an diesem Morgen um 8.30 Uhr, lässt am Telefon dazu ein bayerisch-schwäbisches R rollen. Doch kommt das Gespräch auf Schulbildung in Zeiten von Corona, legt sich ein Bedauern auf ihre Zunge. „Wir haben eben den Föderalismus“, sagt sie. Herbst 2020, Schulen funktionieren im Teil-Lockdown irgendwie – die einen gut, die anderen weniger. Schulklassen werden in Quarantäne geschickt oder üben sich in „hybridem Lernen“, also teils in der Schule, teils zuhause. Und dann gibt es jene Schulen in Deutschland, die haben nicht einmal Internet. „Der Bund hat den Digitalpakt angeschoben“, sagt Bahr, „nun gibt es einen unterstützenden Rahmen, der auch genutzt werden muss“. Während die erste Welle der Pandemie auch das Bildungswesen kalt erwischte, erweisen sich nun bei der zweiten nicht alle Schulen darauf eingestellt. „Im Sommer haben alle erstmal durchgeschaut“, sagt Bahr, „aber man hätte sich besser wappnen können, die Länder hätten mitdenken können“. Sie verweist auf mögliche Mittel, mit der Pandemie umzugehen: etwa kleinere Klassen, individuellere Bildung, andere Gebäude, Schichtbetrieb. „Die gesammelten Erfahrungen hätte man koordiniert aufarbeiten können, um Best-Practice-Beispiele herauszuarbeiten.“ Hätte. Bahr ist selbst Lehrerin, stammt aus einer Lehrerfamilie. Im Bundestag, in dem die 56-jährige Augsburgerin seit 2013 sitzt, ist sie

Mitglied im Bildungsausschuss und im Familienausschuss; eine Mehrbelastung, weil dadurch viele Komplexe zu bearbeiten sind, „aber es passt thematisch gut zueinander“, sie denke da zum Beispiel an die Ganztagsförderung. Bahr ist also Berichterstatterin ihrer Fraktion unter anderem für Kinder- und Jugendhilfe, Mehrgenerationenhäuser sowie für Weiter- und Fortbildung. Dass sie einmal für die SPD hauptberuflich Politik machen würde, noch dazu als Mitglied der Parlamentarischen Linken, war



»Im Sommer haben alle erstmal durchgeschaut, aber man hätte sich besser wappnen können.«

nicht unbedingt abzusehen. Die Eltern nicht sehr politisch, konservativ-katholisch geprägt, „eher der CSU als der SPD zugehörig“. Bahr engagierte sich indes als Jugendliche, zum Beispiel für ein Jugendzentrum. Erst später, als Studentin, trat sie der SPD bei. „Da waren daheim im Ort einige nicht glücklich damit“, also in Wemding, einem 5.600-Einwohner-Städtchen, wo sie im Kirchen- und im Schulorchester geigte und seit dem elf-

ten Lebensjahr im Basketballverein spielte, später als Center, und die Kinder sowie Jugendlichen trainierte. Noch im Studium am Wochenende fuhr sie heim, wegen der Spiele. Es gab durchaus Fußstapfen. Ihr Vater war Hauptschullehrer, und auch Bahr entschied sich für diesen Weg, „wenn Lehramt, dann für jene Schüler, die besonders viel Pädagogik und Unterstützung brauchen“; also jene, die im Schul-Lockdown heute die ersten sind, die abgehängt werden, weil ihre Eltern die wegfällende pädagogische Betreuung weniger auffangen und die Bahr in diesen Tagen besonders ins Augenmerk nimmt: „Klar, die soziale Schere im Bildungsbereich hat sich seit März geweitet. Auch das bringt die Digitalisierung eben mit sich.“ Ungerechtigkeiten wurden für Bahr zum Dauerthema. In den 1980er Jahren stritt sie dagegen, dass bei Kindern schon nach der vierten Klasse entschieden wurde, welche weitergehende Schule sie besuchen würden, „das waren Entscheidungswege, die später sehr schwer zu revidieren sind“. Und sie wundert sich heute, dass sich mancherorts nicht viel geändert habe. Viele Jahre arbeitete sie als Hauptschullehrerin. Bahr engagierte sich in der Gewerkschaft, zog in den Rat der Stadt Augsburg, wurde Vorsitzende der SPD Augsburg. Ihr Stadtratsamt gab sie mit dem Bundestagsinzug ab, da sie kein Doppelmandat ausüben wollte. Heute kündigt sich ein langer Tag an. Plenarsitzung, zwei Ausschusssitzungen, dazwischen Gespräche. Basketball spielt sie nicht mehr, in Berlin sei es ja ein komplett anderes Leben. „Obwohl, schön wär’s.“ Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
27. November 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kürhesenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Chemnitzer Innenstadt mit dem Alten Rathaus: Laufkundschaft gibt es hier im Moment kaum.



© picture-alliance/dpa

Katalysator für den Wandel

WIRTSCHAFT Corona belastet den Einzelhandel schwer. Doch die Krise birgt auch Chancen für die Stadtzentren

Zwischen Sorge und Aufbruchstimmung liegen an diesem kalten Novembertag in Chemnitz keine hundert Meter. Während Peggy Albrecht in ihrem Laden für Mode und Kunst auf Kundschaft wartet, hat Michelle Nötzel in ihrem Fleischladen gerade das Mittagsgeschäft hinter sich. Ihre Geschäfte sind nur wenige Meter voneinander entfernt, auf dem Brühl, einer kleinen Promenade im Innenstadtdistrikt von Chemnitz. Beide Unternehmerinnen blicken auf ein Dreivierteljahr Corona zurück – und haben heute ganz unterschiedliche Gemütslagen, die in diesen Zeiten durchaus symptomatisch für den städtischen Handel sind. Dieser leidet unter der Pandemie im ganzen Land: Überall ist die Zahl der Kunden gesunken, viele Menschen verzichten seit vielen Monaten darauf, schlendern oder shoppen zu gehen. Von „drastischen Umsatzrückgängen, Geschäftsschließungen, Kundenabwanderung zum Online-Handel“ ist in einem gemeinsamen Positionspapier der Bundesstiftung Baukultur, des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, des Handelsverbands Deutschland (HDE) und urbanicom, dem Deutschen Verein für Stadt-

»Online sichtbar zu werden, ist für uns Kleine wirklich schwer.«
Peggy Albrecht, Modemacherin

entwicklung und Handel, die Rede. Corona habe den stationären Handel in den Innenstädten in eine „nie dagewesene Krise“ gestürzt. Auch Peggy Albrecht leidet unter dem Wegbleiben vieler Kunden. Laufkundschaft habe sie im Moment kaum, wenn, dann kämen Menschen gezielt in ihren Laden – oder würden ihre Bestellung gleich online aufgeben. Über die Möglichkeit, ihre Waren auch im Internet zu vertreiben, ist sie zwar froh, aber wirklich aufpassen werde der Rückgang dadurch nicht. „Online sichtbar zu werden ist für so Kleine wie uns wirklich schwer.“ Ohne die staatliche Unterstützung hätte sie das Frühjahr wohl nicht überlebt. Und doch bleibt für die Solo-Selbständige die Sorge: „Was, wenn ich in Quarantäne muss oder krank werde? Das wäre wirklich eine Katastrophe.“

Auch Experten wie Michael Reink sind in Sorge. Der HDE-Bereichsleiter Standort und Verkehrspolitik sagt, der erste Lockdown habe dem stationären Einzelhandel „bis zu 90 Prozent Frequenzverluste“ eingebracht. Ein Drittel der Umsätze sei weggebrochen. Darunter litten nicht alle Branchen gleichermaßen, aber für Schuh- und Textilhändler seien zeitweise bis zu drei Viertel der Umsätze weggefallen. In einer Befragung von Anfang November habe

mehr als die Hälfte der Unternehmen angegeben, sie würden sich in ihrer Existenz bedroht sehen. „Die Situation ist bedrohlich.“ Das Positionspapier malt ein düsteres Bild: Das Wegbrechen des privaten Konsums habe zur „tiefsten Rezession in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ geführt. Menschen, die im Lockdown auf Internetshopping umgestiegen seien, würden „aus Bequemlichkeitsgründen nicht in vollem Umfang in den stationären Handel zurückkehren“ mit der Folge, dass viele Läden, Cafés, Bars und Restaurants schließen müssten. Dieses Sterben werde sich fortsetzen und „in vielen Lagen massive zusätzliche Leerstände und Funktionsverluste mit negativen Auswirkungen auf das Stadtbild und die öffentlichen Räume“ verursachen. Das sei nicht neu, erklärt Reink. Bereits in den vergangenen Jahren sei die Lage für den Einzelhandel aufgrund der Online-Konkurrenz nicht einfach gewesen; Corona aber wirke wie „ein Brandbeschleuniger“, man müsse mit dem Verschwinden von rund 50.000 Geschäften rechnen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat gerade erst mit Gemeindevertretern, Verbänden und Händlern Strategien gegen das Ladensterben in der Pandemie diskutiert, um die Innenstädte zu retten. Die seien nämlich „ein wichtiger Teil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und unseres Wirtschaftsstandortes“ und sollen möglichst „wieder Lieblingsplätze für die Menschen werden“. Entscheidend dafür seien Digitalisierung und die Schaffung

von Erlebnisräumen mit Kultur und Gastronomie, meint Altmaier. Gewachsene Stadtzentren zu bewahren sei „elementar“ für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie dessen kulturelle und regionale Identität. Michelle Nötzel sieht in der Pandemie sogar einen Katalysator. Sie führt in Chemnitz den Fleischladen, ein Feinkostgeschäft mit Restaurant, in dem die Produkte regionaler Bauern verkauft und verarbeitet werden. Im September 2019 habe sie mit ihrem Lebensgefährten den Laden eröffnet, erzählt Nötzel. „Und dann kam Corona. Mieser hätte es für ein junges Unternehmen eigentlich nicht laufen können.“ Dass sie beim Erzählen dennoch so fröhlich klingt, mag Nötzels Naturell geschuldet sein – und gleichzeitig der Tatsache, dass Kreativität und Entschlossenheit den Fleischladen bisher sehr gut durch die Krise manövriert haben. Das Team musste das Restaurant schließen, kocht aber jetzt Speisen zum Mitnehmen und setzt noch stärker auf den Verkauf. Und auf ein Konzept, das Nötzel für die Zukunft des Handels hält: Gemeinsamkeit. „Wir haben uns mit den anderen Händlern auf dem Brühl zusammengetan. Wir sehen die nicht als Konkurrenz, sondern als Mitstreiter. Alleine geht es nicht, zusammen

»Wir sehen uns als Gemeinschaft, die zusammen durch die Krise kommt.«
Michelle Nötzel, Chefin des „Fleischladens“

schon.“ In der Brühlbox etwa stecken Waren verschiedener Anbieter, Anfang Dezember stellt der Fleischladen Regale auf, sodass die verschiedenen Anbieter in den Räumen in einem Weihnachtsmarkt Corona-Style ihr Sortiment anbieten können. Unter dem Motto „Ohne dich geht es nicht. Kauf lokal!“ haben die Brühl-Händler eine Marketingkampagne insbesondere auf Social Media gestartet, um ihrem Boulevard ein persönliches Gesicht zu geben. Bei älteren Gewerbetreibenden sehe sie häufig „ein ganz ungesundes Konkurrenzdenken“, sagt Nötzel, „da wird dem anderen nichts gegönnt. Wir sehen uns hier als Gemeinschaft, die zusammen durch die Krise kommt. Wir müssen die Leute von Amazon weghalten und in die lokalen Geschäfte vor Ort bringen.“

Silberstreifen am Horizont Davon ist auch Peggy Albrecht bei allen Sorgen überzeugt. Auch sie schwört auf ihre treue Kundschaft – und sieht außerdem einen Silberstreifen am Horizont: Gerade erst hat Chemnitz sich im Wettbewerb um die Europäische Kulturhauptstadt 2025 durchgesetzt und erhofft sich dadurch in vielen Bereichen positive Effekte. Im Sommer habe es viele Events gegeben, erzählt Albrecht, sie habe etwa in ihrer Siebdruckwerkstatt

Kulturhauptstadt-Logos auf Shirts gedruckt und Workshops gegeben. „Das hat uns sehr geholfen und pusht die Stadt in den nächsten Jahren hoffentlich noch mehr.“ **Blaupause für andere Städte** Und so könnte der Brühl, der es nie zur klassischen Innenstadtlage mit großen Marken und riesigen Flächen gebracht hat, durchaus zu einer Blaupause für viele andere Städte werden. Denn davon, dass Corona und das Ladensterben durchaus auch positive Auswirkungen auf die Innenstädte haben könnten, geht Thomas Krüger, Stadtplaner an der Universität Hamburg, aus. Schon lange würden die großen Filialisten angesichts der steigenden Umsätze, die sie online erzielen, vom Konzept der großen und teuren Ladenflächen abrücken. Würden sie sich aus den Innenstadtlagen zurückziehen, würde dies zu einem Rückgang der Mieten führen – und das wiederum könne eine Chance für neue und kreative Shop-Konzepte sein. Grundsätzlich habe schon lange ein tiefgreifender Strukturwandel der Innenstädte eingesetzt, erklärt Krüger. Ungebremsst werde er zu dem vom Handel erwarteten Niedergang und schwindender Attraktivität führen. „Aber mit einer klugen Planung ist er auch eine Chance dafür, die Zentren als kulturelle und soziale Orte wiederzubeleben.“ So, wie es etwa auf dem Chemnitzer Brühl schon zu sehen ist. *Susanne Kailitz* ||

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin.

Mit Winterjacke und Maske

BILDUNG Bundestag debattiert über Luftfilter, Digitalisierung und frierende Schüler

Auch wenn der Bund im Kultur- und Bildungsföderalismus nur wenig Einfluss hat auf die Ausstattung von Schulen und Lerninhalte, die im Verantwortungsbereich von Ländern und Kommunen liegt, debattierte der Bundestag am vergangenen Donnerstag dennoch erneut über die aktuelle Situation an Deutschlands Bildungsanstalten in der Corona-Pandemie. Zur Beratung stand ein gutes halbes Dutzend von Anträgen aus den Reihen der Oppositionsfraktionen. Einigkeit herrschte zwischen den Fraktionen zumindest an einem Punkt: Schulen und Kitas sollen geöffnet bleiben, ein erneuter Bildungs-Lockdown wie im Frühjahr nach Möglichkeit verhindert werden. Allerdings sieht die Opposition Schulen und Kitas auf diese Herausforderung nur unzureichend vorbereitet. So forderten FDP, Linke und Grüne in ihren Anträgen (19/24207, 19/24450, 19/24635), die zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurden, einhellig mehr Mittel des Bundes für die Anschaffung von mobilen Luftfilteranlagen. Drei weitere Anträge von FDP (19/20582, 19/15767) und AfD (19/22456) lehnte der Bundestag ab. Es sei zwar gut, dass die Länder sich noch einmal zum Präsenzunterricht bekannt hätten, aber ebenso sei es „inakzeptabel“, dass

völlig unklar sei, wie dieser im Winter gewährleistet werden soll, monierte Katja Suding (FDP). Bundesbildungsministerin Anja Karliczek habe als Konzept nicht mehr anzubieten als die Aufforderung, Masken zu tragen und zu lüften. Nach dem Willen der FDP soll der Bund ein Förderprogramm von 250 Millionen Euro für die Beschaffung mobiler Luftfiltergeräte auflegen. Die Grünen wollen ebenso ein Förderprogramm des Bundes – aber im Umfang von 500 Millionen Euro. Und die Linke fordert prinzipiell mehr Investitionen des Bundes in die Schulen, ohne sich dabei allerdings auf einen konkreten Betrag festzulegen.



Lehrerin mit Winterjacke und Maske im Präsenzunterricht.

Bei der Unionsfraktion stieß das allerdings auf Skepsis. Die Belastbarkeit der Studien zur Effektivität von mobilen Luftfilteranlagen zur Reduzierung der Aerosole seien zweifelhaft, beschied Dietlind Tiemann (CDU). Vor einer direkten Infektion von Mensch zu Mensch schützen sie kaum, an der Maske führe deshalb kein Weg vorbei. Marja-Liisa Völlers (SPD) mahnte, die Möglichkeiten des digitalen Lehrens und Lernens besser zu nutzen. In den Ländern würde noch immer mit unterschiedlichen Lernplattformen gearbeitet. Doch der Bund werde bis 2025 jährlich rund 135 Millionen Euro für eine bundesweite Bildungsplattform bereitstellen. Die AfD wiederum überzeuget das alles nicht. Statt sich den eigentlichen Problemen der Schulen anzunehmen, hätten sich Bund und Länder über Monate „mit dem Schaufensterprojekt namens Digitalpakt“ beschäftigt. Fehlen würden in erster Linie ausreichend Lehrer, um kleinere Klassen einrichten zu können, kritisierte Götze Frömming. *Alexander Weinlein* ||

Lebendigkeit statt Leerstand

HANDEL Der Bundestag debattiert Vorschläge für die Zukunft von Innenstädten

Orte der Begegnung oder Ödnis zwischen den immergleichen Filialisten: Wie sie die Zukunft von Innenstädten beeinflussen können, darüber haben sich die Abgeordneten im Bundestag am vergangenen Freitagnachmittag Gedanken gemacht. Anlass für die Debatte hatten Anträge der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen geliefert. Die AfD-Fraktion plädiert dabei zum einen für ein Förderprogramm zur Rettung der Innenstädte (19/24658). Dieses Instrument gezielte zur Revitalisierung von Zentren soll sich über fünf Jahre erstrecken bei einem Gesamtvolumen von 250 Millionen Euro. Darüber hinaus geht es den Abgeordneten um mehr Freiheit und Platz für Autos in der Innenstadt. Zentren müssten für den motorisierten Individualverkehr attraktiver werden. Zum anderen verlangt die Fraktion in einem zweiten Antrag (19/24661) Änderungen im Planungsrecht, um Gebäude flexibler nutzen zu können und so Innenstädte zu stärken. Die Abgeordneten möchten Ausnahmetatbestände im Bauplanungsrecht, nach denen Nutzungsänderungen von Einzelhandelsimmobilien leichter genehmigt werden können. Zur Begründung heißt es, der ohnehin durch den

Online-Handel leidende Einzelhandel werde durch die pandemiebedingten Maßnahmen zusätzlich getroffen. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Innenstädte ihrer wesentlichen Funktionen beraubt werden. Beide Anträge wurden an den Bauausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Keine Mehrheit fand ein abschließend debattierter Antrag der Grünen (19/22898), in dem sich die Fraktion für Hilfen für Kleingewerbe in der Corona-Krise stark macht. Die Abgeordneten wollten gesetzlich klargestellt wissen, dass behördliche Nutzungseinschränkungen für Gewerbeflächen aufgrund von Corona einen Anspruch auf Vertragsanpassung auslösen – von einer Pachtminderung für den entsprechenden Zeitraum bis zu Sonderkündigungsrechten. Von den Unionsfraktionen hieß es, die AfD vermische Zuständigkeiten und missachte Eigentumsrechte. Außerdem seien einige der Forderungen längst auf den Weg gebracht. So gebe es flankierend zur Städtebauförderung Gelder, die die Folgen der Corona-Krise für Kommunen abfedern sollten. Nachnutzungen von leerstehenden Objekten müsse außerdem durchdacht und gut geplant sein. Auch die SPD verwies auf be-

reits initiierte Maßnahmen und zusätzlich darauf, dass das Bundesjustizministerium daran arbeite, Pandemie-Folgen dauerhaft als „Störung der Geschäftsgrundlage“ für Mietverhältnisse anzuerkennen. Die Ausstattung des Miet-Moratoriums vom Frühjahr sei ein Fehler gewesen. Die FDP kritisierte, die AfD wolle Planwirtschaft. Der Grünen-Antrag sei Etikettenschwindel, weil Gesetzesänderungen selbstverständlich für alle gelten würden. Stattdessen müssten sich Gesetze und Verordnungen an die Realität in Städten anpassen und die Digitalisierung in Innenstädten vorangebracht werden, um Schlagkraft gegen den Online-Handel zu entwickeln. Auch die Linksfraktion wande sich gegen die Anträge der AfD. Diese habe bisher alle Vorstöße zu Sozialem abgelehnt. Die Linke fordere ein Kündigungsmoratorium für die Dauer der Pandemie. *pez* ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im zweiten Quartal des Jahres 2020 gab es laut Statistischem Bundesamt mehr als eine Million Bezieher von Elterngeld – 850.637 Frauen und 162.824 Männer. Sie können zwischen dem Bezug von Basiselterngeld und dem Bezug von Elterngeld Plus, das in der Regel niedriger ausfällt, dafür aber erheblich länger gezahlt wird, wählen oder beides kombinieren. Eltern, die sich für ein partnerschaftliches Zeitarangement entscheiden, erhalten einen Partnerschaftsbonus: Sie bekommen vier zusätzliche Elterngeld-Plus-Monate, wenn beide in dieser Zeit zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten. Die Bundesregierung, die nicht müde wird, von einem Erfolgsmodell zu sprechen, will jetzt nachbessern. Bei der Novellierung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (19/24438) hat sie dabei ein Mehr an Flexibilität und Freiräumen für Familien sowie eine Unterstützung der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen im Blick. Mit einem Monat zusätzlichen Elterngeldes sollen Eltern besonders frühgeborener Kinder bedacht werden. Dieser zusätzliche Basiselterngeld-Monat soll auch in zwei Elterngeld-Plus-Monate umgewandelt werden können. Zudem soll die erlaubte wöchentliche Arbeitszeit für Eltern, die während des Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten, von 30 auf 32 Stunden angehoben werden. Der Partnerschaftsbonus, der die parallele Teilzeit beider Elternteile ermöglicht, soll künftig mit 24 bis 32 Wochenstunden bezogen werden können, statt mit bisher 25 bis 30 Wochenstunden, was sich als praxisfern erwies hat.

„Zeit und Sicherheit“ Mit dem Gesetzentwurf wolle die Bundesregierung einer der „bekanntesten und beliebtesten Familienleistungen“ zu einer Verbesserung verhelfen, sagte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) vergangenes Woche bei der Vorstellung des Entwurfs im Bundestag. Das 2007 eingeführte Elterngeld gebe den Eltern in den ersten Monaten nach der Geburt ihres Kindes „Zeit und Sicherheit“, trage aber auch zu einem gesellschaftlichen Wandel bei. Inzwischen würden 40 Prozent der Väter das Elterngeld nutzen – mit steigender Tendenz, zeigte sich die Ministerin erfreut. Bei der Opposition hält sich die Begeisterung für den Novellierungsvorschlag in Grenzen. Trotz der begrüßenswerten Grundidee des Elterngeldes gibt es aus Sicht von Johannes Huber (AfD) „erheblichen Diskussionsbedarf über den Partnerschaftsbonus“. Die im Gesetzentwurf angeordnete Flexibilisierung werde nur möglich, wenn beide Elternteile ihre Arbeitszeiten anpassen. „Das greift aus unserer Sicht in die elterliche Freiheit ein und subventioniert nur jene Eltern, die sich mit dieser starren und ideologischen Aufteilung anfreunden können“, sagte Huber.

Ungerechtigkeiten Grigorios Aggelidis (FDP) erinnerte daran, dass die versprochenen Änderungen am Elterngeldgesetz immer wieder verschoben worden seien. Nun sei leider klar: „Der große Wurf ist es nicht, sondern nur ein halbherziges Update.“ Zahlreiche Ungerechtigkeiten und Konstruktionsfehler hätten weiter Bestand, sagte der FDP-Abgeordnete. Er verwies auf den Antrag seiner Fraktion (19/17284), in dem unter anderem verlangt wird, bei der Berechnung des Elterngeldes das Kranken- und Insolvenzgeld zu berücksichtigen. Ansonsten müssten diejenigen, die in der Krise ihren Job verlieren, zusätzlich noch mit Einbußen beim Elterngeld rechnen. Katrin Werner (Die Linke) kritisierte, die dringenden Probleme würden mit diesem „Reformchen“ nicht angegangen. So werde der Mindestbetrag beim Elterngeld nach wie vor auf die Hartz-IV-Leistungen angeordnet. „Die Familien, die es am dringendsten bräuchten, werden also wieder ausgeschlossen“, beklagte die Linke-Abgeordnete. Solange es keine Kindergrundsicherung gebe, müsse die Anrechnung des

Ein Mehr an Flexibilität

FAMILIE I Die Bundesregierung will das Elterngeldgesetz novellieren. Die Opposition kritisiert den dazu vorgelegten Gesetzentwurf als nicht weitgehend genug



40 Prozent der Väter nutzen mittlerweile das 2007 eingeführte Elterngeld. © picture-alliance/M.I.S.-Sportpressfoto

Mindestbetrages auf Hartz IV abgeschafft werden, forderte sie. Für Ulla Schauws (Grüne) wird der Gesetzentwurf den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern nicht gerecht. „Der Entwurf bleibt mutlos“, sagte sie. Um eine wirkliche Partnerschaftlichkeit bei der Betreuung zu erreichen, sei das Vorgesetzte zu wenig. „Dafür braucht es eine Ausweitung der Partnermonate und für jedes Elternteil einen eigenen Anspruch“, forderte die Grünen-Parlamentarierin. Anders fällt die Bewertung der Koalition aus. Das Gesetz schaffe mehr Flexibilität bei der Partnermonaten, befand Nadine Schön (CDU). Damit konnte man den Wünschen vieler junger Eltern entgegen. Außerdem werde der Stundenkorridor so

angepasst, „dass er besser zur Arbeitswelt passt“. Auch beim wichtigen Thema der Frühchen habe sich die Koalition etwas vorgenommen. „Das werden wir uns im Gesetzgebungsverfahren nochmals genau anschauen“, kündigte sie an. Stefan Schwartze (SPD) betonte, gehe es den jungen Familien darum, die Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich zu teilen und mehr Zeit innerhalb der Familie verbringen. Genau deshalb solle die Teilzeitmöglichkeit weiter flexibilisiert werden. Es sei zukünftig möglich, bis zu 32 Stunden pro Woche während des Bezugs von Elterngeld arbeiten zu können. „Das ist praxisnah, denn so wird eine Vier-Tage-Woche möglich“, befand der SPD-Abgeordnete. Götz Hausding

„Wir wollen keine Verhältnisse wie in Polen“, stellte Bauer klar und verwies auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper. Und Pahlmann erinnerte daran, dass die Geburtenrate in Polen deutlich unter der in Deutschland liege. Die AfD helfe den Frauen nicht, sondern unterstelle ihnen lediglich Leichtsinns im Umgang mit ihrer Sexualität und bei einer Schwangerschaft. Wenn sich Frauen nach den Regeln des Schwangerschaftskonfliktgesetzes für einen Abbruch entschieden, dann sei dies zu respektieren, sagte Pahlmann. Kindergrundsicherung Leni Breymer (SPD) konstatierte, die AfD wolle die gesellschaftliche Entwicklung „in den Mief der 50er Jahre“ zurückdrehen. Sie propagiere das Bild einer Familie, in der die Väter zur Arbeit gehen und die Frauen daheim ihre blonden und blauäugigen Kinder erziehen. Familien bräuchten aber eine Politik, um Kinder und Beruf zu vereinbaren. Norbert Müller (Linke) und Beate Walter-Rosenheimer (Grüne) argumentierten, niedrigere Steuern auf Windeln seien kein wirkungsvolles Mittel gegen Kinderarmut. Dafür benötige es eine Kindergrundsicherung, die sich an den realen Bedarfen orientiere. Die AfD-Anträge zu Schulen und Rundfunk liefen auf ein Verbot von Sexuallklärung hinaus. aw

»Völkische Vorstellungen«

FAMILIE II AfD-Anträge stoßen auf einhellige Ablehnung

Deutlicher und einhelliger hätte die Ablehnung nicht ausfallen können. Die fünf familienpolitischen Anträge der AfD-Fraktion, über die der Bundestag am vergangenen Donnerstag debattierte und zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwies, wurden von allen anderen Fraktionen als rückwärtsgewandt, völkisch und untauglich abgelehnt. In diesen Anträgen fordert die AfD ein zinsloses „Baby-Willkommensdarlehen“ in Höhe von 10.000 Euro (19/24672); die Senkung der Mehrwertsteuer für Windeln auf sieben Prozent (19/24656) sowie Verbesserungen beim Elterngeld ab dem dritten Kind (19/24673). Ebenso will sie die Schwangerschaftskonfliktberatung stärker kontrollieren (19/24657); an öffentlichen Schulen sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk soll zudem die Bedeutung von Geburten und des Schutzes ungeborenen Lebens stärker betont werden (19/24652). Deutschland leide nicht an einer Überalterung der Gesellschaft, sondern an zu wenigen Kindern, führte Martin Reichardt (AfD) an. Der Geburtenrückgang ließe sich nicht durch Zuwanderung ausgleichen, sondern durch eine aktive Familienpolitik. Ingrid Pahlmann (CDU) und Nicole Bauer (FDP) hielten der AfD entgegen, sie orientiere sich offenbar am verschärften Abtreibungsrecht in Polen, gegen das derzeit hundertausende Menschen demonstrier-

ten. „Wir wollen keine Verhältnisse wie in Polen“, stellte Bauer klar und verwies auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper. Und Pahlmann erinnerte daran, dass die Geburtenrate in Polen deutlich unter der in Deutschland liege. Die AfD helfe den Frauen nicht, sondern unterstelle ihnen lediglich Leichtsinns im Umgang mit ihrer Sexualität und bei einer Schwangerschaft. Wenn sich Frauen nach den Regeln des Schwangerschaftskonfliktgesetzes für einen Abbruch entschieden, dann sei dies zu respektieren, sagte Pahlmann. Kindergrundsicherung Leni Breymer (SPD) konstatierte, die AfD wolle die gesellschaftliche Entwicklung „in den Mief der 50er Jahre“ zurückdrehen. Sie propagiere das Bild einer Familie, in der die Väter zur Arbeit gehen und die Frauen daheim ihre blonden und blauäugigen Kinder erziehen. Familien bräuchten aber eine Politik, um Kinder und Beruf zu vereinbaren. Norbert Müller (Linke) und Beate Walter-Rosenheimer (Grüne) argumentierten, niedrigere Steuern auf Windeln seien kein wirkungsvolles Mittel gegen Kinderarmut. Dafür benötige es eine Kindergrundsicherung, die sich an den realen Bedarfen orientiere. Die AfD-Anträge zu Schulen und Rundfunk liefen auf ein Verbot von Sexuallklärung hinaus. aw

Mehr Selbstbestimmung

RECHT Neue Regeln in Vormundschafts- und Betreuungsrecht

In erster Lesung hat der Bundestag vergangene Woche über den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts“ (19/24445) debattiert. Damit soll das „in weiten Teilen aus der Entstehungszeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus dem Jahr 1896“ stammende Vormundschaftsrecht laut Bundesregierung „umfassend reformiert werden, um die Personensorge für Minderjährige zu stärken und die Vorschriften zur Vermögenssorge zu modernisieren“. So soll das Mündel mit seinen Rechten als Subjekt im Zentrum des Vormundschaftsrechts stehen. Zugleich soll auch das Betreuungsrecht einer „grundlegenden Modernisierung“ unterzogen werden. Dabei soll der Vorlage zufolge unter anderem das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen sowie der Vorrang sozialrechtlicher Hilfen vor rechtlicher Betreuung gestärkt werden. Zudem soll sichergestellt werden, „dass ein rechtlicher Betreuer nur dann bestellt wird, wenn dies zum Schutz des Betroffenen erforderlich ist“. Zudem sollen sich Eheleute in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge für drei Monate gegenseitig vertreten können, wenn ein Partner aufgrund von Bewusstlosigkeit oder Krankheit seine entsprechenden Angelegenheiten vorübergehend rechtlich nicht selbst besorgen kann.

Für ein auf drei Monate befristetes „Ehegatten-Notvertretungsrecht“, das nur wirksam ist, wenn der Betroffene der Vertretung durch den Ehepartner zuvor zugestimmt hat, plädierte die FDP-Fraktion in einem Antrag (19/24638), der ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde. In der Debatte betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesjustizministerium, Rita Hagl-Kehl (SPD), mit der Reform schaffe man ein Vormundschafts- und Betreuungsrecht, das die Betroffenen in den Mittelpunkt stelle und Helfer bestmöglich unterstütze. Paul Lehrieder (CSU) sprach von „einem der wichtigsten Reformprojekte der gesamten Legislaturperiode“. Thomas Seitz (AfD) hob hervor, dass die Zahl der Vormundschaften 2017 bei mehr als 60.000 gelegen habe, die der Betreuungsverfahren 2012 bei über 1,3 Millionen und seither nur leicht zurückgegangen sei. Sören Pellmann (Linke) forderte einen niedrigeren Betreuungsschlüssel und kritisierte, dass Zwangssterilisationen weiterhin vorgesehen seien. Corinna Rüffer (Grüne) monierte, es sei nicht sichergestellt, dass sich Betroffene gegen eine Betreuung zur Wehr setzen können. Katrin Helling-Plahr (FDP) warb dafür, das Ehegatten-Notvertretungsrecht als „Opt-in-Lösung“ zu gestalten, für die man sich „proaktiv und selbstbestimmt entscheiden kann“. Helmut Stoltenberg

KURZ NOTIERT

Bundestag beschließt höhere Vergütung für Rechtsanwälte

Rechtsanwälte können mit mehr Geld rechnen. Einstimmig verabschiedete der Bundestag am Freitag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Justizkosten- und des Rechtsanwaltsvergütungsrechts (19/23484) in modifizierter Fassung (19/24740). Er sieht mit Blick auf die erheblich gestiegenen Kosten für den Kanzleibetrieb eine Anhebung der gesetzlichen Rechtsanwaltsvergütung vor. Auch die Honorare von Sachverständigen und Dolmetschern sowie die Entschädigungen für ehrenamtliche Richter sowie für Zeugen sollen angepasst werden.

Übereinkommen über Patentgericht gebilligt

Das Übereinkommen vom Februar 2013 über ein Einheitliches Patentgericht hat vergangene Woche den Bundestag passiert. Das Parlament verabschiedete den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/22847) mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Das Übereinkommen bildet laut Vorlage den Schlussstein der Reform des europäischen Patentsystems, die „die Rahmenbedingungen für die innovative Industrie im europäischen Binnenmarkt durch einen besseren Schutz von Erfindungen“ stärken soll. sto

Kopfschütteln in der Krisenrunde

FALL AMRI Ausschuss geht erneut widersprüchlichen Zeugenaussagen nach

Man sollte sich nicht vorstellen, dass die blanke Panik ausgebrochen wäre. Nein, ganz „unaufgeregter“ und „wenig emotional“ sei es zugegangen in der Runde, die am 15. November 2019 im Bundesinnenministerium zusammensaß. Nur ein „ungläubiges Kopfschütteln“ sei hier und da wahrnehmbar gewesen, in der Art etwa: „Was erzählt der denn da, wo kommt das her?“ „Der“, das war der Düsseldorfer Kriminalhauptkommissar M., der am Vortag dem Amri-Untersuchungsausschuss Erstaunliches berichtet hatte. Über einen Spitzel seines Landeskriminalamts, genannt „VP01“, der hochkarätige Informationen aus dem radikalislamischen Milieu geliefert und auch den späteren Berliner Attentäter Anis Amri im Blick gehabt habe. Über eine Begegnung im Februar 2016 mit einem Kollegen aus dem Bundeskriminalamt (BKA), der ihm unter vier Augen anvertraut habe, genau diese VP01, dieser Meisteragent, solle „totgeschrieben“ werden, weil er „zu viel Arbeit“ mache. Die Anweisung dazu sei „ganz oben“ erfolgt, auf der Führungsebene des BKA und im Innenministerium. Dort hätte die Order von Stefan K. kommen können, dem damals zuständigen Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit (ÖS). Doch K. hatte keine Ahnung, wie er in der vorigen Woche vor dem Untersuchungsausschuss beteuerte: „Ich schließe absolut aus, dass ich 2016 etwas von der VP01 wusste. Ich hatte auch von Amri, seiner ganzen Vita, seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik, nie etwas gehört.“

„Geradezu absurd“ War es dann vielleicht der Minister selbst, damals Thomas de Maizière (CDU)? „Geradezu absurd“ findet K. eine solche Vorstellung: „Ein Minister müsste mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn er sich so verhalten wür-

de. Er kann doch nicht ernsthaft professionellen Ermittlern so reingrätschen.“ Nicht viel anders habe sich auch de Maizière ihm gegenüber eingelassen, sagte K. Ihn selbst habe ein als Beobachter zum Ausschuss abgeordneter Beamter seines Hauses noch am Abend des spektakulären Zeugauftritts alarmiert und damit „einigermaßen verblüfft.“ Für den nächsten Morgen berief K. eine Krisensitzung ein, die dann nach seinen Worten so „unaufgeregt“ verlaufen sein soll. Aus dem BKA waren die Zuständigen telefonisch zugeschaltet, unter ihnen auch jener Erste Kriminalhauptkommissar, aus dessen Mund der Zeuge M. die erschütternde Mitteilung vernommen haben wollte. Eine ganze Stunde lang, berichtete K., habe er den Mann „deutlich und intensiv befragt, ich habe ihm richtig auf den Zahn gefühlt, denn der Vorwurf im Raum, der hatte schon was“. Schließlich sei ihm klar gewesen, dass an der Geschichte des Zeugen M. nichts dran war. Er habe daher entschieden, mit einem „starken Dementi“ an die Öffentlichkeit zu gehen. Winfried Dolderer

„Wir dachten, dass das der beste Weg wäre, diese Dinge aus der Welt zu schaffen“, bekam der Ausschuss von einem anderen Teilnehmer der damaligen Krisenrunde zu hören, Ministerialrat Jens K. Nach dessen Ansicht war die massive Reaktion des Ministeriums wegen der „absehbaren Pressewelle“ geboten: „Im Raum stand, dass ein Bundesminister des Inneren die Anweisung erteilt, eine Quelle totzuschreiben.“ Und „wenn bestimmte Dinge mit einem gewissen Drive den Weg in die Presse gefunden haben“, dann besage seine Erfahrung, „dass man das nicht so schnell wieder ausgeräumt kriegt“. Indes, gerade das ist auch in diesem Fall nicht gelungen. Vielmehr hat sich in der interessierten Öffentlichkeit längst doch eher die Ansicht durchgesetzt, dass die Version des Zeugen M. zutrifft und das Dementi nicht. So mussten sich die Vertreter des Ministeriums im Ausschuss anhören, sie hätten die Reputation eines nordrhein-westfälischen Beamten beschädigt, um ihren Mann im Bundeskriminalamt zu decken. Winfried Dolderer

> STICHWORT

Der Untersuchungsausschuss

- > **Einsetzung** Der Bundestag hat im März 2018 einstimmig den Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz vom 19. Dezember 2016 eingesetzt.
- > **Auftrag** Der Ausschuss soll den Anschlag und seine Hintergründe aufklären, sich ein Gesamtbild vom Handeln der zuständigen Behörden verschaffen und Empfehlungen für die Arbeit der Behörden sowie für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge entwickeln.
- > **Mitglieder** Dem Gremium unter Vorsitz von Klaus-Dieter Gröhler (CDU) gehören neun Abgeordnete als ordentliche Mitglieder und neun als stellvertretende Mitglieder an.

»Ein Brandbeschleuniger«

SOZIALES Disput über Abfederung der Corona-Folgen

Die Tarifautonomie in Deutschland sollte gestärkt und der Mindestlohn angehoben werden, auch um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern – darin waren sich vergangene Woche zahlreiche Abgeordnete von Union, SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen einig. In einer von der Linkenfraktion beantragten Aktuellen Stunde bezeichnete Susanne Ferschl (Linke) die Einbußen vieler, oft ohnehin einkommensschwacher Gruppen durch die Lockdown-Maßnahmen als „nicht hinnehmbar“. Das Virus habe „wie ein Brandbeschleuniger gewirkt und die bestehenden Missstände in der Gesellschaft offengelegt“. Ferschl forderte die Bundesregierung auf, das Kurzarbeitergeld zu erhöhen, den Mindestlohn auf zwölf Euro anzuhoben sowie eine Vermögensabgabe einzuführen. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese (SPD), betonte: „Wer auf

Steuersystems zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, die Abschaffung des Solidaritätsbeitrages und eine Erhöhung der Zuverdienstgrenzen vor. Für die AfD warf Uwe Witt der Regierung ein „dilettantisches Krisenmanagement“ vor, das vielen Menschen schwere Einkommenseinbußen beschere. Staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie lehnte er ab; für gute Löhne sollten in einer Marktwirtschaft die Tarifpartner sorgen. Die Vorschläge der Linken bezeichnete Witt als „linksozialistischen Träumereien“. Sie würden die Spaltung der Gesellschaft „in Arm und Reich, Gut und Böse“ weiter vorantreiben. joh

»Das Virus hat die Missstände in der Gesellschaft offengelegt.«

Susanne Ferschl (Die Linke)





Über die Finanzierung der steigenden Gesundheitsausgaben wird heftig gestritten. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen in der Coronakrise nun ihre Rücklagen deutlich reduzieren.

© picture-alliance/Westend61 (edittiert)

Griff in die Kassen

GESUNDHEIT Neuregelung soll Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgleichen

Nach Jahren mit hohen Überschüssen ist die vermeintlich sorgenfreie Zeit für die Krankenkassen jäh zu Ende gegangen. Teure Reformgesetze und aktuell die Coronakrise setzen den Kassen zu, deren Ausgaben deutlich steigen, während die Rücklagen schmelzen. Experten haben das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für 2021 auf rund 16,6 Milliarden Euro taxiert. Damit es nicht zur Verdoppelung der Zusatzbeiträge kommt, springt der Staat ein. Der Bundeszuschuss wird 2021 um fünf auf dann 19,5 Milliarden Euro aufgestockt. Ferner müssen Kassen mit hohen Rücklagen insgesamt acht Milliarden Euro zur Finanzierung beisteuern. Die Versicherten kommen mit einem im Schnitt um 0,2 Punkte höheren Zusatzbeitrag glimpflich davon, aber wie lange noch?

»Die Regierung enteignet die gesetzlichen Krankenkassen.«

Andrew Ullmann (FDP)

Kassenchefs sauer Die AOK rechnete vor, dass ein Großteil der Ausgabensteigerungen nicht durch die Pandemie, sondern durch neue Gesetze verursacht sei. Von den geschätzten Mehrkosten entfielen nur 3,4 Milliarden Euro auf die Corona-Folgen. Mit dem Eingriff in die Rücklagen würden gerade solche Krankenkassen bestraft, die mit einer soliden Finanzpolitik für schwierige Phasen vorgesorgt hätten.

Der Dachverband der Betriebskrankenkassen (BKK) hält einen dauerhaft erheblich erhöhten Bundeszuschuss gar für zwingend erforderlich. Der Streit über die Finanzierung prägte auch die Schlussberatung vergangene Woche. Der Entwurf für das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz (19/23483) wurde schließlich inklusive einiger Änderungen (19/24727) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen das Votum von Linken und FDP, bei Enthaltung von Grünen und AfD beschlossen. Das Paket beinhaltet noch andere wichtige Regelungen zur Verbesserung der Pflegeversicherung und Geburtshilfe sowie zur Stärkung der Kinderkrankenhäuser, die im Wesentlichen unstrittig waren. Allerdings merkte Pia Zimmermann (Linke) kritisch an, dass wieder nur »eine Reihe von Einzellösungen statt einer kompletten Strategie« beschlossen würden. So könnten die geplanten 20.000 zusätzlichen Pflegeassistenzkräfte den Pflegenotstand auch nicht beheben. Das reiche vorne und hinten nicht.

Finanzierung Beim Geld hörte auch in dieser Schlussrunde der Spaß endgültig auf. Nach Ansicht der Opposition wird die Finanzierung vielleicht für 2021 reichen, aber keinesfalls darüber hinaus. Eine nachhaltige Lösung der Finanzfragen stehe aus.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) appellierte an die Solidarität »in dieser wirtschaftlich schweren Zeit«. Fast zehn Jahre lange habe es Wachstum, mehr Jobs, eine gute Lohn- und Rentenentwicklung gegeben, nun stünden die sozialen Sicherungssysteme unter Druck. Die Last müsse auf mehrere Schultern verteilt werden. Zwar hätten die Krankenkassen ihre Reserven für schlechtere Zeiten gebildet, »aber es sind jetzt schlechtere Zeiten«, argumentierte der Minister. Die CDU-Gesundheitsexpertin Karin Maag sprang dem Minister bei und sagte: »Wir sorgen dafür, dass auch 2021 ausreichend Mittel zur Verfügung stehen und gleichzeitig der Zusatzbeitrag stabil bleibt.« Die Kritik der Krankenkassen sei nachvollziehbar, aber die pandemiebedingte Finanzierungslücke müsse geschlossen werden. In den Ausschussberatungen hätten die Verhandler immerhin dafür gesorgt, »dass das Rücklagenpolster nicht ganz abgeschmolzen wird«.

Historische Lage Auch Sabine Dittmar (SPD) hält die jetzt gefundene Finanzierung für vertretbar und verwies auf die historisch einmalige Ausnahmelage. »Wir befinden uns in der schwierigsten Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges.« Deshalb müssten alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden, um die Krise gemeinsam zu bewältigen. Bund, Beitragszahler und Krankenkassen leisteten ihren Beitrag. »Das ist notwendig, das ist gerecht, und das ist verkraftbar.« Der Bund finanziere im Übrigen auch diverse Schutzschirme, Krankenhaus-

betten, Impfstoffe und Schutzmasken. Dittmar mahnte, jeder, der einen noch höheren Bundeszuschuss fordere, solle daran denken, dass der Bund sich in der Krise erheblich verschulde. Die Opposition ließ gleichwohl kein gutes Haar am Griff in die Kassen. Andrew Ullmann (FDP) sprach von »größeren Störgefühlen« und rügte, die Regierung enteigne pauschal die Krankenkassen. Gerade jene Kassen, die gut gewirtschaftet hätten, würden nun bestraft. Die Rücklagen müssten den Versicherten zugutekommen und etwa die Prävention investiert werden. Die Bekämpfung der Pandemie sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Beitragsstabilität werde auch nach Auffassung von Experten nur bis zur nächsten Bundestagswahl halten.

> KOMPAKT

Weitere Regelungen im Gesetz

> **Kliniken:** Gestärkt werden Kinderkrankenhäuser und Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin in ländlichen Regionen.

> **Pflege:** Aus Mitteln der Pflegeversicherung werden 20.000 zusätzliche Stellen für Hilfskräfte in der stationären Altenpflege finanziert.

> **Geburtshilfe:** Für die Jahre 2021 bis 2023 wird ein Hebammen-Förderprogramm im Umfang von rund 200 Millionen Euro aufgelegt. Es sollen Hebammenstellen und Stellen für Fachpersonal in der Geburtshilfe geschaffen werden.

Teure Gesetze Noch deutlicher formulierte es die Grünen-Abgeordnete Kirsten Kappert-Gonthor, die dem Minister vorwarf, mit teuren Neuregelungen die Finanzlage im Gesundheitswesen unnötig verschärft zu haben. Die Finanzierung der GKV komme einem Offenbarungseid gleich, sagte die Ärztin und fügte hinzu: »Sie hinterlassen uns zum Ende dieser Wahlperiode ein historisch einmaliges Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung.« Dies sei nicht vornehmlich den Kosten der Coronapandemie geschuldet, sondern »Folge von erheblichen, dauerhaften, strukturellen Mehrausgaben«, die durch »undurchdachte Gesetze« entstanden seien. Als Beispiel nannte sie das unter Ärzten heftig umstrittene Terminservicegesetz. Das sei »sehr teuer, aber leider ohne Verbesserung der Versorgung.« Das Gesetz sei nicht der erhoffte Weitsprung in eine zukunftssichere Gesundheitsversorgung. **Claus Peter Kosfeld** ■

Drei Anträge Gökyay Akbulut (Linke) sagte, es gebe »Rassismus, aber keine Rassen«. Sie warb dafür, das Wort »Rasse« im Grundgesetz durch ein »Verbot von rassistischer Diskriminierung« zu ersetzen, wodurch keine Schutzlücke entstünde. Filiz Polat (Grüne) sagte, ihre Fraktion lege einen konkreten Vorschlag zur Ersetzung des Wortes »Rasse« im Grundgesetz vor. Dies müsse Hand in Hand gehen »mit einer Gewährleistungspflichten des Staates«. Marc Jongen (AfD) argumentierte, zweifellos könne man darüber diskutieren, ob der Begriff »Rasse« heute noch angemessen sei. Es sei aber nicht »das Benennen von natürlichen Unterschieden bereits rassistisch, sondern einen Überlegenheitsanspruch, eine Unterdrückung daraus abzuleiten«. Zugleich lagen dem Parlament Grünen-Anträge für eine Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (19/24431) sowie zu einem Maßnahmenpaket »für eine antirassistische, chancengerechte Einwanderungsgesellschaft« (19/24636) vor. Sie wurden ebenso an die Ausschüsse überwiesen wie ein AfD-Antrag mit dem Titel »Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus aufheben« (19/24654). **sto** ■

Schrittweise Anpassung der Gesundheitsberufe

MTA-REFORM Ausbildung der medizinischen Technologen wird modernisiert. Neuregelung für Notfallsanitäter

Mit Ausbildungsreformen sollen die Gesundheitsberufe schrittweise modernisiert und an aktuelle Anforderungen angepasst werden. Dies ist in mehreren Berufen bereits geschehen, so etwa bei den pharmazeutisch-technischen Assistenten (PTA) sowie den anästhesietechnischen und operationstechnischen Assistenten (ATA/OTA). Auch die Hebammenausbildung und die Pflegefachberufe sind bereits umfassend reformiert worden. Nun nimmt sich die Bundesregierung die medizinisch-technischen Assistenten (MTA) vor. Der Gesetzentwurf (19/24447), der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung stand, sieht Ausbildungsreformen für medizinische Technologen in vier Bereichen vor: Laboratoriumsanalytik, Radiologie, Funktionsdiagnostik sowie medizinische Technologie für Veterinärmedizin. Die Berufsbezeichnung Medizinisch Technische Assistenz (MTA) wird ersetzt durch die Bezeichnung medizinischer Technologie/in. Die Tätigkeiten sollen im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Schulgeld darf in der Zukunft nicht mehr erhoben werden. Die Fraktionen waren sich einig, dass eine Aufwertung der Berufe sinnvoll und angesichts der Coronakrise überfällig sei. Bettina Müller (SPD) sagte, die vielen MTAs hielten die Krankenhäuser, Röntgenpraxen und Labore am Laufen. Das alte Berufsgesetz sei von 1993 und entspreche längst nicht mehr den erheblich gestiegenen Anforderungen. Mit der Reform würden die



Sanitäter brauchen Rechtssicherheit.

medizinisch-technischen Berufe attraktiver. Wieland Schinnenburg (FDP) lobte den Entwurf im Grundsatz, kritisierte jedoch einzelne Regelungen. So könnten bis zu drei Viertel der Ausbildungsvergütung wieder wegfallen, wenn Sachleistungen angerechnet würden. Das sei überhaupt nicht überzeugend und alles andere als attraktiv. Auch die Schulgeldregelung müsse nachgebessert werden. Detlev Spangenberg (AfD) warb dafür, auch das Heilpraktikergesetz, das aus den 1930er Jahren stamme, nachzubessern. Es gehe um Einheitlichkeit sowie Qualitäts- und Prüfungsstandards, sagte er und verwies auf einen Antrag (19/24648) seiner Fraktion. Heilpraktiker stünden nicht in Konkurrenz zur Schulmedizin, sondern seien eine Ergänzung. Sie bauten auf Erkenntnissen der heilenden Wirkung von Naturstoffen und überlieferten Methoden auf, die lange vor der Schulmedizin eine wichtige Bedeutung gehabt hätten.

Notfallsanitäter Die Novelle zielt auch darauf ab, Notfallsanitätern im Einsatz mehr Rechtssicherheit zu geben. Der Vorlage zufolge soll den Notfallsanitätern in besonderen Einsatzsituationen und innerhalb klar definierter Grenzen die Ausübung von Heilkunde gestattet werden. Über das Problem der mangelnden Rechts-

sicherheit wird schon lange diskutiert, nun soll es endlich gelöst werden. Der Punkt spielte in der Debatte eine herausgehobene Rolle. Emmi Zeulner (CSU) sagte, den Notfallsanitätern müsse die Sicherheit gegeben werden, weder wegen Überschreitung ihrer Befugnisse noch wegen unterlassener Hilfeleistung belangt zu werden. Das Ziel sei, »eine rechtssichere Lösung für das kleine Zeitfenster zu finden, bis der Arzt am Einsatzort eintrifft«. Linke und Grüne sehen in der geplanten Novelle aber gerade keine Lösung. Harald Weinberg (Linke) monierte, die vorgesehene Regelung löse das Dilemma nicht wirklich auf, sondern gieße es in eine ebenso widersprüchliche Rechtsnorm. Der Notfallmediziner Janosch Dahmen (Grüne) rügte, die jetzt vorgesehene Regelung führe nicht zu weniger, sondern zu mehr Rechtsunsicherheit. Nötig sei »eine klar umschriebene Heilkundebefugnis« zur Abwendung einer Gefahr. Zudem sei für Fälle ohne Lebensgefahr eine »Generaldelegation« im Notfallsanitätergesetz erforderlich. **pk** ■

Anzeige

»ein längst überfälliges und überaus gelungenes Werk.«

Dr. Marcus Hornung, DÖV 2017, 680, zur Voraufgabe

Handbuch zur deutschen Europapolitik
Mit einem Vorwort von Michael Roth, Staatsminister für Europa
Herausgegeben von Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Mathias Jopp
2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2020, ca. 600 S., geb., ca. 58,- €
ISBN 978-3-8487-6852-3
Erscheint ca. November 2020

Das Handbuch zur deutschen Europapolitik verschafft einen Überblick u. a. über Ziele deutscher Europapolitik und ihres Einflusses auf die Prozesse europäischer Entscheidungsfindung und Integration. Dabei werden die innenpolitischen Grundlagen in den mit der EU verbundenen Politikbereichen analysiert.

Nomos
eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die Erwartungen an uns sind so groß wie wohl noch nie.“ Zu dieser Einschätzung kam Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) Ende 2018 in einem Interview, kurz bevor Deutschland am 1. Januar 2019 für zwei Jahre nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) wurde – erstmals wieder seit acht Jahren. Die Bundesregierung hatte sich viel vorgenommen: Neben der Krisenbewältigung wollte sie sich vor allem um die Auswirkungen des Klimawandels auf die weltweite Sicherheitslage, die Rolle von Frauen in Krisen, einen besseren Schutz für humanitäre Helfer und mehr Rüstungskontrolle kümmern.

Was ist aus diesen ehrgeizigen Plänen geworden? In einer Vereinbarten Debatte haben die Fraktionen vergangenen Donnerstag eine äußerst gemischte Bilanz gezogen. Während Union und SPD sowie Minister Maas betonten, die Bundesregierung habe trotz schwierigster Umstände wichtige Ziele erreichen können, stellte ihr die Opposition ein allenfalls mangelhaftes Zeugnis aus.

So urteilte Bijan Djir-Sarai (FDP), im Hinblick auf andauernde Konflikte in Syrien, Libyen, Afghanistan und der Ukraine habe der Sicherheitsrat in den vergangenen Monaten auch mit deutscher Beteiligung nur geringe Beiträge leisten können. „Die Vereinten Nationen stehen vor einer Mammutaufgabe“, befand der Liberale und verwies auf den wachsenden Einfluss Russlands und Chinas, der eine „Gefahr für unsere Sicherheit und unsere Interessen“ darstelle. Der Bundesregierung warf Djir-Sarai vor, nicht ausreichend auf Reformen des Sicherheitsrates gedrängt zu haben. „Seine Zusammensetzung ist nicht repräsentativ und kein Spiegel der Welt.“

Die Bilanz der Mitgliedschaft falle aus friedenspolitischer Sicht mager aus, konstatierte auch Heike Hänsel (Die Linke). Zwar habe die Bundesregierung Abrüstung und Krisenprävention als Schwerpunkte definiert, doch statt sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen, weigere sie sich nach wie vor, den Atomwaffenverbotvertrag zu unterzeichnen. Außerdem bekenne sie sich weiter zur nuklearen Teilhabe und der Stationierung von US-Atomwaffen in Europa, steigere ihre Militärausgaben seit Jahren massiv und liefere weiterhin Waffen in die Türkei, die in zahlreiche schwere Konflikte wie dem in Jemen involviert sei.

»Eine Bankrotterklärung« Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) nannte es eine „Bankrotterklärung“, dass die Bundesregierung weiter Waffen in die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate exportiere. Das Erreichte bezeichnete er als „beschämend“. Weder habe die Koalition es geschafft, ein stabiles Dialogformat für die Lösung des Jemen-Konflikts zu schaffen, noch habe sie die von ihr ins Leben gerufene Allianz für Multilateralismus inhaltlich und finanziell unterfüttert. Aus der neuen Resolution 2467 für eine feministische Außenpolitik, mit der unter anderem die Rechte der Überlebenden von sexualisierter Gewalt in Konflikten wirksam gestärkt werden sollten, seien auf Druck der US-Administration „elementare Teile“ herausgestrichen worden.

Beengter Raum

VEREINTE NATIONEN Deutschlands Sitz im UN-Sicherheitsrat fiel in schwierige Zeiten. Nach Ansicht der Opposition hätte die Bundesregierung trotzdem deutlich mehr erreichen können



Außenminister Heiko Maas am 25. Januar 2019 in New York auf seiner ersten Sitzung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN). Deutschland ist dort seit dem 1. Januar 2019 eines der zehn wechselnden Mitglieder.

© picture-alliance/dpa

Für die AfD übte Anton Friesen Fundamentalkritik an Deutschlands Rolle in den UN. Die Schwerpunktsatzung „Frauen, Frieden und Sicherheit“ stellt aus seiner Sicht ein „ideologisch getriebenes Wohlfühlthema“ dar. Indem Geschlechterstereotype hinterfragt würden, werde die traditionelle Familie zerstört. „Die Staaten wollen zu Recht keinen deutschen Werte-Idealismus, sondern eine Konzentration auf klassische sicherheitspolitische Themen“, urteilte er. Zudem habe die Regierung Dutzenden israel-feindlichen Resolutionen zugestimmt.

Enge Abstimmung Christoph Matschie (SPD) befand, die Opposition zeichne die Farben „zu düster“. Die Mitgliedschaft Deutschlands sei in eine schwierige Zeit gefallen, auch weil die USA als wichtiger

Partner gefehlt hätten. Dennoch sei es gelungen, handlungsfähig zu bleiben und sich eng mit den europäischen Partnern abzustimmen. Johann Wadepuhl (CDU) nannte die Mitgliedschaft ebenfalls „erfolgreich“. Jedoch habe man miterleben müssen, wie „echte multilaterale Lösungen“ von Russland, China und den USA verhindert worden seien. Er äußerte die Hoffnung, dass Deutschland die USA unter Präsident Joe Biden wieder an seiner Seite wissen könne. Heiko Maas hatte zuvor bemängelt, dass der Raum für Fortschritte und Kompromisse im UN-Sicherheitsrat deutlich geschrumpft sei. Trotzdem habe die Bundesregierung 101 Resolutionen durchsetzen können. So habe Russland der Offenhaltung wenigstens eines Grenzübergangs für

die humanitäre Hilfe in Syrien zugestimmt. Im Sudan werde eine neue UN-Mission den politischen Reformprozess unterstützen. Eine ambitionierte Resolution zu den Folgen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit sei jedoch mit US-Präsident Trump nicht zu machen gewesen. Maas erneuerte im Bundestag den Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Es sei eine Lektion der letzten Jahre, „dass es viel stärker auch auf uns ankommen wird, in dieser Welt Regeln zu verteidigen und neue zu setzen“. Vielleicht bekommt er dafür demnächst prominente Rückendeckung: Anlässlich des 75. Geburtstages der Vereinten Nationen wird UN-Generalsekretär António Guterres am 18. Dezember eine Rede vor dem Bundestag halten. *Johanna Metz*

»Deutliche Defizite«

MENSCHENRECHTE Regierung will Europarat stärken

Die Bundesregierung will den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates, den Deutschland am 18. November für sechs Monate übernehmen hat, nutzen, um dessen Kernkompetenz im Bereich des Menschenrechtsschutzes zu stärken. Das erklärte der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), vergangene Woche im Menschenrechtsausschuss. „Das wichtigste Schutzinstrument, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), ist nur dann wirksam, wenn seine Urteile umgesetzt werden“, sagte Roth hier. „Es gibt aber deutliche Defizite. Urteile des Gerichtshofes werden von manchen Europarats-Mitgliedstaaten

Darüber hinaus wolle die Bundesregierung den Vorsitz nutzen, um den Rechtsschutz im digitalen Raum zu verbessern. Dabei gehe um die Bekämpfung von Hassreden wie um ethische Regeln für Künstliche Intelligenz. „Unser Ziel ist es, eine Rahmenkonvention oder ein anderes Rechtsinstrument auf den Weg zu bringen.“

Deutschland wolle außerdem, dass der Beitritt der EU zur Europäischen Konvention für Menschenrechte weiterverfolgt werde, sagte Roth. Aus dem Vertrag von Lissabon ergebe sich eine Verpflichtung zum Beitritt, erfolgt sei er aber nicht. Gründe hierfür seien unter anderem ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik und Bedenken von Nicht-EU-Staaten im Europarat. Auf den Menschenrechtsschutz zweier Minderheiten werde Deutschland ein besonderes Augenmerk legen, versprach Roth: die Roma, der mit rund zwölf Millionen Menschen größten ethnischen Minderheit in der EU, sowie Leben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI).

»Wir wollten stets, dass problematische Partner im Europarat bleiben.«

Michael Roth (SPD), Europa-Staatsminister

Sandra Schmid

»Verfrühte Initiative«

ENTWICKLUNG I FDP-Antrag zu Bankgründung gescheitert

Die FDP-Fraktion ist vergangenen Donnerstag mit einem Antrag (19/24327) gescheitert, in dem sie die Errichtung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz als Tochter der Europäischen Investitionsbank gefordert hatte. Diese solle mindestens 50 Milliarden Euro an zusätzlichen (privaten) Investitionen für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele und der Pariser Klimaziele mobilisieren. In namentlicher Abstimmung votierten 562 Abgeordnete gegen den Antrag und 81 dafür.

„Wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung muss Hand in Hand gehen mit Klimaschutz“, begründete Olaf in der Beek die Initiative seiner Fraktion. Dafür brauche es geeignete Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit statt eines „Flickenteppichs“ bei der Entwicklungsförderung. Die übrigen Fraktionen lobten mit Ausnahme der AfD die Intention des Antrags. Für Union, SPD und Bündnis 90/Die Grünen kommt der Vorstoß jedoch zu früh. Es gebe ein abgestimmtes Vorgehen bei der Frage, wie die europäische Entwicklungsförderung kohärenter und besser ab-

gestimmter ausgestaltet werden könne, betonte Matern von Marschall (CDU). Eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Optionen solle im kommenden Jahr vorliegen. Auch Dagmar Ziegler (SPD) sagte, eine Positionierung wäre heute „überhaupt nicht richtig“, da sie die Konsensbildung in der Ratsgruppe erschweren würde. Uwe Kekeritz (Grüne) nannte die Motivation des Antrags darüber hinaus „wirklich gut“. Doch so lange es keine gemeinsame europäische Außen- und Entwicklungspolitik gebe, könne eine neue Bank die von der FDP benannten Ziele nicht erfüllen.

Evrin Helin Sommer (Die Linke) bezeichnete die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaziele als „eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge“. Da habe „ein Markt nichts zu suchen“. Die AfD warf der FDP vor, die Entwicklungszusammenarbeit weiter fragmentieren zu wollen. „Im engen Dickicht des Waldes der Entwicklungshilfe soll ein weiteres zartes Pflänzchen gepflanzt werden, indem man kurzerhand eine Greta-Thunberg-Weltglückwünschkarte erteilt“, urteilte Markus Frohnmaier. *Johanna Metz*

»Entwicklungspolitik muss Hand in Hand gehen mit dem Klimaschutz.«

Olaf in der Beek (FDP)

Weniger Konsens für mehr Gewicht

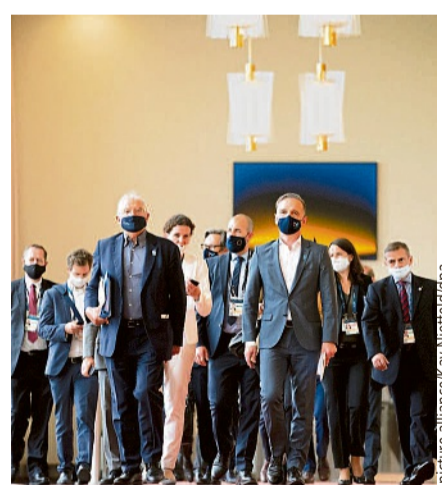
EUROPA Experten befürworten Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Wenn die EU-Außenminister tagen, müssen sie am Ende einstimmig beschließen – oder sie tun es gar nicht. So praktiziert es die EU bislang im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Das hat Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der Union: Zwölf Wochen dauerte es zuletzt etwa, bis sich die 27 Mitgliedstaaten nach den manipulierten Wahlen in Belarus auf Sanktionen gegen belarussische Regierungsvertreter einigen konnten; Zypern hatte diese wochenlang blockiert.

Die EU-Kommission drängt daher schon länger auf einen Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der GASP. Dafür ist die Zustimmung von 55 Prozent der EU-Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, erforderlich. In den meisten Politikbereichen der EU, etwa in der Entwicklungs- und Handelspolitik, ist das bereits Usus. Auch in Deutschland unterstützen zahlreiche Experten den Kommissionsvorstoß. Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip würde die Handlungsfähigkeit der EU insbesondere bei Menschenrechtsfragen und Sanktionen stärken und ihr weltpolitisches Gewicht erhöhen, urteilten sie vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung des Europaausschusses. Sie verwiesen dabei auf die im Vertrag von Lissabon verankerte Passerelle-Klausel. Sie lässt nach einem einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates Mehrheitsentscheidungen in einzelnen Feldern der GASP

bereits zu, eine Änderung der Europäischen Verträge wäre nicht notwendig. In Deutschland ist für die Aktivierung der Passerelle-Klausel die Zustimmung des Bundestages erforderlich.

Steiniger Weg Die meisten Experten halten einen schnellen Paradigmenwechsel in der GASP allerdings für kaum realistisch – zu groß seien die Bedenken vor allem der kleinen Mitgliedstaaten, die sich sorgen, von „EU-Dickschiffen“ wie Deutschland und Frankreich permanent überstimmt zu werden. Der Weg hin zu Mehrheitsentscheidungen stehe daher einer „Avantgarde“ offen, befand unter anderem Annegret Bendiek von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Einig war sich die große Mehrheit der Sachverständigen auch in dem Punkt, dass die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip allein nicht alle Probleme lösen würde. Dass die EU außenpolitisch so wenig Schlagkraft habe, liege auch daran, dass der Rat für Auswärtige Angelegenheiten lediglich politisch bindende Beschlüsse fällen, aber keine rechtlich bindenden Gesetze erlassen könne, urteilte Bendiek; sie sprach sich für eine schnelle Vergemeinschaftung der GASP aus. „Mehrheitsentscheidungen allein sind keine Wunderwaffe“, urteilte auch Sophia Besch vom Centre for European Reform. Um bestehendes Misstrauen abzubauen, müssten große Staaten wie Deutschland und Frankreich auch in anderen Politikbereichen mehr investieren und ihr Engagement für eine gemeinsame EU-Außenpolitik über das Angebot demonstrieren, in außenpolitischen Entscheidungen freiwillig auf ihr Veto zu verzichten. Wie Jana Puglierin vom European Council on Foreign Relations (ECFR) verwies Besch auf die Ent-



Ohne Einigkeit geht bislang nichts im EU-Außenministerrat

scheidung der EU im Jahr 2015, gegen den Widerstand von vier EU-Staaten ein Quotensystem für die Verteilung von Flüchtlingen einzuführen. Dies habe zu einem „nachhaltigen Vertrauensverlust“ geführt. Peter-Tobias Stoll von der Georg-August-Universität Göttingen sprach in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer „neuen Kompromisskultur“ in der EU. Puglierin riet grundsätzlich davon ab, Mehrheitsentscheidungen bei Themen anzuwenden, bei denen es massive inhaltliche Differenzen gebe. „Das kann die Spaltung in der EU vertiefen und mehr Schaden als Nutzen erzeugen“, warnte sie. Wie Christian Callies von der Freien Universität Berlin legte Puglierin das Augenmerk auf die Möglichkeit für einzelne Mitgliedstaaten, die „Notbremse“ zu aktivieren, also laut Artikel 31 Absatz 2 des EU-Vertrages „aus wesentlichen Gründen der nationalen Politik“ eine Beschlussfassung

mit qualifizierter Mehrheit abzulehnen. Während Christian Callies von der Freien Universität Berlin Vertragsänderungen als nicht notwendig bezeichnete, da die Passerelle-Klausel bereits die Chance biete, das unausgeschöpfte Potenzial der Verträge zu nutzen, sprach sich Frank Hoffmeister vom Institut für Europastudien (IES) in Brüssel für eine Vertragsänderung aus, um qualifizierte Mehrheitsentscheidungen als Regel einzuführen. Davon auszunehmen seien jedoch EU-Zivilmissionen. Mit Verweis auf die Eilbedürftigkeit von EU-Positionen, die Kosten der Nichteingang sowie Spaltungsversuche von Drittstaaten mahnte Hoffmeister: „Wir können es uns nicht mehr erlauben, dass Europa auf der Weltbühne so abseits steht wie bisher.“ In anderen Bereichen habe die EU bereits gute Erfahrungen mit Mehrheitsentscheidungen gemacht.

Eingriff in Souveränität Kritisch äußerten sich Karl Albrecht Schachtschneider, Emeritus der Universität Erlangen-Nürnberg, und Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung. Schachtschneider sagte, die Zweckmäßigkeiten rechtfertigten es nicht, die Souveränität einzelner Mitgliedstaaten auf die EU zu übertragen. Die EU sei kein Staat, daher könne das Volk auf sein Vetorecht gegenüber einer Unionsmaßnahme, „sofern diese nicht im engen Sinne vertraglich determinierte Ausführung gemeinschaftlicher Politik ist“, nicht verzichten. Wagner befand, jede Ausweitung von Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit bedeute „eine explizite Machtverschiebung hin zu den EU-Großmächten“. Ohne eine Stärkung des Europäischen Parlaments würden Macht und Entscheidungsbefugnisse zudem weiter in Richtung Exekutive verlagert. *Jo*

Sorge um Sahelzone

ENTWICKLUNG II Fraktionen fordern Unterstützung

In Mali, Niger und Burkina Faso südlich der Sahara entwickelt sich laut den Vereinten Nationen eine der am schnellsten wachsenden humanitären Krisen der Welt. Die Anzahl der Bedürftigen sei innerhalb von 18 Monaten um 50 Prozent auf mehr als 13 Millionen gestiegen; beschleunigt werde die Krise durch den Klimawandel, starkes Bevölkerungswachstum, schwache Regierungsführung und Korruption. Die Sahel-Region sei daher eine Brutstätte für Extremisten, Terroristen und Kriminelle, die auch Europa und den Rest der Welt bedrohen, warnt die UN. Angesichts der dramatischen Lage haben Dänemark, Europäische Union und UN am 20. Oktober auf der Sahel-Konferenz umfangreiche Hilfen beschlossen: 24 Geberstaaten sagten mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar für 2020 und die Folgejahre zu. Deutschland steuert hundert Millionen Euro bei. Aber welchen Beitrag kann die

deutsche Entwicklungszusammenarbeit konkret leisten? AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben dazu Ideen vorgelegt. Über drei Anträge (19/24653, 19/24623, 19/23986) der Fraktion debatierte der Bundestag erstmals am vergangenen Donnerstag, bevor diese zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurden.

Die AfD macht sich in ihrer Initiative für eine Neuordnung der deutschen Sahelpolitik „anhand realpolitischer Richtlinien“ stark. So solle die Bundesregierung unter anderem für die Förderung föderaler Strukturen in Vielvölkerstaaten wie Mali werben und die rechtlichen Möglichkeiten zur Schaffung von UN-Schutzzonen zur Stabilisierung von gescheiterten Staaten prüfen. Außerdem solle sie stärker mit Frankreich zusammenarbeiten und ihre Afrika-Strategie eng mit Paris abstimmen.

Die Liberalen begrüßen in ihrem Antrag die Ankündigung der malischen Übergangsregierung, spätestens im März 2022 Wahlen abhalten zu wollen. Die Bundesregierung solle nun den politischen Übergangsprozess in dem westafrikanischen Land konstruktiv unterstützen. Nur wenn die Übergangsregierung zeitnah einen Wahltermin verkünde und die Repräsentation aller im Staat vertretenen ethnischen Gruppen garantiere, solle die seit 2012 teilweise ruhende bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Mali gänzlich wiederaufgenommen werden.

Nach Ansicht der Grünen sollten zivile Maßnahmen und die Unterstützung demokratischer Kräfte im Zentrum der deutschen EZ stehen. Notwendig sei zudem eine gemeinsame europäische Strategie für den gesamten Sahelraum, in die auch die Bundeswehrmandate in der Region einbezogen werden sollten. *Jo*



Kinder in einem Flüchtlingslager in Burkina Faso nahe der Grenze zu Mali.

Jo





Corona-Patienten in Stepanakert (links), von flüchtenden Bewohnern angezündetes Haus (rechts) in der Kalbajar Region, die laut der Waffenstillstandsvereinbarung künftig wieder von Aserbaidschan kontrolliert werden soll.

© picture-alliance/AP Photo/dpa

Gespaltene Gesellschaft

BERGKARABACH Die Vorstellungen über die Bedingungen für einen Frieden gehen in der Region weit auseinander

Irina Safarjan hat Covid 19. „Ich habe mich bei meiner Mutter angesteckt“, berichtet die 28-Jährige, „die hat das knapp überlebt.“ Safarjan kommt aus Stepanakert, der Hauptstadt von Bergkarabach. Wie die meisten der 145.000 Einwohner ist auch sie vor den anrückenden aserbaidschanischen Truppen geflüchtet. Sie schätzt, dass etwa die Hälfte der Flüchtlinge aus Karabach infiziert sind, ebenso viele der Soldaten. Trotz der Erkrankung ist sie noch einmal nach Karabach gefahren – und stand wie viele erst mal im Stau. „Fast auf der ganzen Länge der Straße brennen Häuser. Die Leute schnappen das Nötigste und setzen ihre Häuser in Brand, damit dort keine Aserbaidschaner einziehen können.“

»Sie haben dem Waffenstillstand zugestimmt, ohne es abzusprechen.«

Irina Safarjan, Einwohnerin

Inzwischen haben die Aserbaidschaner entsprechend der Friedensvereinbarung die Kontrolle über zwei Gebiete um Bergkarabach übernommen, eine weitere Region müssen die armenischen Truppen bis 1. Dezember räumen.

Das Bewusstsein für die Gefahr der Pandemie sei gering, sagt Lara Aharonjan vom Human Rights House in Eriwan. „Die Vertriebenen tragen keine Masken. Die meisten haben Covid 19, ohne es zu wissen. Sie haben andere Probleme und denken darüber nicht nach.“ Armenien zählt derzeit, pro Kopf gerechnet, zu den weltweit am stärksten von Covid 19 betroffenen Ländern. Aharonjan befürchtet, dass die Situation mit dem heraufziehenden Winter noch schlimmer wird. Diese Sorge teilt auch Boris Navasardjan vom „Yerevan Press Club“. Die Organisation setzt sich für professionelle Berichterstattung in Armenien ein, ihr Chef Navasardjan ist ein nüchterner Beobachter der armenischen Politik. „Die Regierung ist angesichts der vielen Probleme wie gelähmt“, sagt er. „Man kann den Eindruck gewinnen, dass sie nichts oder nur sehr wenig tut.“

Tatsächlich präsentierte Regierungschef Nikol Paschinjan am 18. November einen 15-Punkte-Plan für die nächsten sechs Monate. Er enthält Regelungen zur Rückkehr der armenischen Flüchtlinge nach Bergkarabach und den Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Häuser. Auch die armenischen Soldaten und Zivilisten in aserbaidschanischer Gefangenschaft sollen zurück nach Hause kommen. Über diese und andere Punkte will Paschinjans Regierung in Friedensgesprächen mit Aserbaidschan unter Vermittlung der OSZE-Minsk-Gruppe verhandeln, die Russland, Frankreich und die USA anführen.

Für die Innenpolitik nannte Paschinjan ebenfalls ehrgeizige Ziele: eine grundlegende Reform der Streitkräfte, Fortsetzung des Kampfs gegen die Korruption, das Anknüpfen der kriselnden Wirtschaft bei gleichzeitiger Bekämpfung von Covid 19.

Dennoch fordern viele, darunter auch Staatspräsident Armen Sarkissjan, Paschinjans Rücktritt. Unter anderem will der Präsident nichts vom Inhalt der Friedensvereinbarung gewusst haben, der Paschinjan in der Nacht vom 9. auf den 10. November zugestimmt hat. „Sie haben dem Waffenstillstand zugestimmt, ohne es mit den Menschen abzusprechen“, beklagt auch Irina Safarjan. „Das kann man nur Verrat nennen.“

Ohne Anerkennung Karabach hatte sich nach einem Krieg in den 1990er-Jahren für unabhängig von Aserbaidschan erklärt, wurde aber von keinem Staat der Welt anerkannt – auch nicht von Armenien, von dem es aber komplett abhängig ist. Dort bekamen die Bewohner Pässe, sie hatten die gleiche Währung. Soldaten aus dem Mutterland verrichteten ihren Dienst an der schwer gesicherten und nie ganz sicheren Frontlinie.

Paschinjans Einverständnis für den Waffenstillstand hat den Bewohnern von Karabach schmerzhaft demonstriert, dass sie

nur ein Pseudostaat waren. Viele Menschen in Armenien sahen darin eine Kapitulation. „Die Gesellschaft ist gespalten“, beobachtet Navasardjan vom Press Club inzwischen. Dabei glänzen die Armenier bisher eher durch Geschlossenheit, besonders, wenn es um Karabach ging. Doch nun liegen die Nerven blank, der Frust ist groß.

Zehntausende Flüchtlinge Das liegt auch daran, dass eine Niederlage gegen die Aserbaidschaner nie wirklich einkalkuliert wurde – trotz deren über die Jahre gewachsener offensichtlicher militärischer Übermacht. „Es gibt aber auch viele Menschen, die weder die Regierung noch die Opposition unterstützen“, erläutert Navasardjan. „Sie meinen, dass wir uns, egal wie der Machtkampf ausgeht, darauf konzentrieren müssen, konkrete Probleme zu lösen.“ Und die sind groß. Da sind die Zehntausenden Kriegsflüchtlinge, die nicht alle in ihre Häuser zurück können oder wollen, und die Frontkämpfer, die nun schwer traumatisiert zurückkehren. Und das in einer Zeit, in der das Augenmerk der Behörden eigentlich auf die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie gerichtet sein sollte. Die Menschen helfen sich gegenseitig, erzählt Safarjan: „Es grenzt an ein Wunder, dass meine Mutter nicht gestorben ist. Die Leute haben uns sehr geholfen und wir konnten sie im letzten Moment in ein Krankenhaus bringen.“ Dort sei sie fast einen Monat künstlich beatmet worden.

Ortswechsel: In einer Fußgängerzone im Zentrum der armenischen Hauptstadt Eriwan stehen drei Frauen hinter einem Tisch. Eine von ihnen ist Lesmonja. Sie ist 65 Jahre alt, routiniert kneten ihre kräftigen Hände Teig für Fladenbrote. Neben ihr steht eine schmale Eisenplatte, auf der werden die dünnen, mit Kräutern gefüllten Brote kurz gebacken. „Früher habe ich das auf dem Markt in Stepanakert gemacht.“ Lesmonja ist Anfang Oktober von dort nach Eriwan geflohen. Das Geschäft mit dem Brot läuft gut, die Solidarität der Einheimischen ist groß. Viele kaufen die Fladen, um zu helfen. „Ich behalte nur so viel Geld, wie ich zum Leben brauche, den Rest spende ich für die Soldaten.“

»Unsere Regierung ist angesichts der vielen Probleme wie gelähmt.«

Boris Navasardjan, Yerevan Press Club

Sie ist bei Verwandten untergekommen. Lange redete niemand offen über die Möglichkeit einer Niederlage, stattdessen versuchten viele, bis zum letzten Moment den Anschein von Normalität zu wahren. Erst nach dem Waffenstillstand wurde den Menschen in Armenien nach und nach klar, wie aussichtslos die Lage an den Fronten in Bergkarabach war. Dabei war die Überlegenheit der Aserbaidschaner von Anfang an klar. „Wir sind alle wie blutleer und moralisch niedergeschlagen“, klagt Irina Safarjan.

Die Solidarität sei groß, erzählt Hratch Davidjan, der eine Kellerei im Zentrum von Eriwan betreibt. An Stehtischen trinken bärtige Männer Bier. „Wir haben sehr viele Sachen aus Frankreich, aus Belgien, aus Amerika bekommen, um sie an die Front zu schicken. Schlafsäcke zum Beispiel.“ Davidjan ist selbst ein Kind von Diaspora-Armeniern. Während des Ersten Weltkriegs wurden im damaligen Osmanischen Reich wahrscheinlich 1,5 Millionen Angehörige seines Volkes systematisch ermordet und vertrieben. Er selbst wurde vor 58 Jahren in Libanons Hauptstadt Beirut geboren und ist vor elf Jahren nach Armenien „zurückgekehrt“, wie er es nennt. „Wenn ich die Chance gehabt hätte, Soldat zu werden, wenn ich an die Front hätte gehen können, hätte ich das gemacht.“ Er erzählt von einem Minihotel in seiner Nachbarschaft. In allen zwölf Zimmern seien Flüchtlinge aus Karabach untergebracht: „Keine Männer. Nur Kinder, Frauen und alte Damen. Es bricht mir das Herz.“

Das Armenien selbst nach dem Waffenstillstand 1994 sieben aserbaidschanische Gebiete über Karabach hinaus als „Sicherheitszone“ besetzt gehalten hat, darüber sprechen nur wenige. Viele sehen wie Da-

vidjan Armeniens Existenzrecht in Gefahr. Dass nun russische Soldaten dem Frieden sichern, müssen die Armenier ebenso wie die Aserbaidschaner hinnehmen; russische Soldaten im Konfliktgebiet hat keine der beiden Seiten gewollt. Auch den Wunsch nach Frieden gibt es auf beiden Seiten. Doch über die Bedingungen insbesondere für die Armenier in Bergkarabach gehen die Vorstellungen weit auseinander.

Hass und Gewalt Der Jahrzehntelang geschürte Hass aufeinander erhält in diesen Tagen noch immer Nahrung: In sozialen Medien finden sich Videos, die offenbar aserbaidschanische Soldaten zeigen, wie sie Armenier aufs Schwerste misshandeln. Immerhin kündigte die Generalstaatsanwaltschaft Aserbaidschans Ermittlungen dazu an.

Was zu Hass und Gewalt zwischen Armeniern und Aserbaidschanern führte und wie viel Schuld und Verantwortung die jeweils eigene Seite daran trägt, wurde in beiden Ländern bis heute nicht richtig aufgeklärt. Während Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew bereits wieder die Opposition ins Visier nimmt, beginnen in Armenien im Angesicht der schweren Niederlage vorsichtige Diskussionen auch über eigene Fehler. *Silvia Stöber/Thomas Franke*

Die Autoren sind freie Osteuropa-Korrespondenten.

Mehr Engagement für Bergkarabach

SÜDKAUKASUS Union und SPD drängen auf Friedenslösung, AfD fordert Strafmaßnahmen gegen Türkei

Die Mehrheit des Bundestags hat mehr deutsches und europäisches Engagement für eine stabile Friedenslösung in der Region Bergkarabach gefordert. Der unter russischer Vermittlung vereinbarte Waffenstillstand zwischen Armenien und Aserbaidschan sei der „erste Schritt“, sagte Barbara Hendricks (SPD) am vergangenen Donnerstag bei Debatte über einen entsprechenden Antrag der Regierungsfractionen (19/24651). Zusammen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) müsse Deutschland jetzt an einem stabilen Frieden mitarbeiten, heißt es darin. Gleichzeitig müsse es eine unabhängige Untersuchung von Kriegsverbrechen und Angebote für die Zivilbevölkerung geben, damit Armenier und Aserbaidschaner in Frieden zusammenleben könnten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD angenommen. FDP, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen enthielten sich, die AfD stimmte dagegen.

Bergkarabach ist seit Jahrzehnten zwischen Armenien und Aserbaidschan umkämpft. In einem neuen Krieg, der Ende September begonnen hatte, holte sich Aserbaidschan weite Teile des Anfang der 1990er verlorenen Gebiets zurück. Am 10. November wurde ein Waffenstillstand vereinbart.

Der Krieg sei ein Armutszeugnis für die internationale Gemeinschaft, urteilte Nikolas Löbel (CDU). Russland habe unverhohlenen geopolitischen Interessen vertreten, und die internationale Gemeinschaft habe zugesehen. „Ein dauerhafter Frieden im Südkaukasus ist strategisches Interesse der EU“, betonte er.

Als halbherzig kritisierte Renata Alt (FDP) den Antrag. Damit werde akzeptiert, dass Deutschland und die EU im Südkaukasus nichts zu sagen hätten. Russland und die Türkei stellten dort die Weichen. „Wir brauchen unbedingt eine OSZE-Beobachtermission“, stellte Alt klar. Internationale Experten müssten die Einhaltung des Waffenstillstandes überwachen.

»Druck auf Türkei« Armin-Paul Hampel (AfD) sagte, richtig wäre es gewesen, Druck auf die Türkei auszuüben, die den Krieg angeheizt habe. Seine Fraktion forderte die Regierung in einem eigenen Antrag (19/24651) auf, die „Beschwichtigungspolitik“ gegenüber dem türkischen Präsidenten gegenüber dem türkischen Präsidenten und die EU-Beitrittsverhandlungen für die Türkei sofort zu beenden. Auch solle sie sich für eine Nato-Reform einsetzen, damit ein Ausschluss der Türkei aus dem Bündnis möglich sei. Die Initiative wurde in den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

STICHWORT

Konflikt um Bergkarabach

> Ursachen Völkerrechtlich gehört das Gebiet zum mehrheitlich islamischen Aserbaidschan, obwohl es sich 1991 von dem Land losgesagt hatte. In Bergkarabach leben überwiegend christliche Armenier, daher unterstützt Armenien die Truppen der Region.

> Beteiligung Um Bergkarabach hat es in der Vergangenheit wiederholt Kämpfe gegeben. Die jüngsten waren Ende September ausgebrochen, zahlreiche Menschen sind seitdem getötet worden.

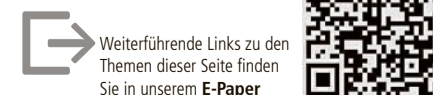
„Dieser Waffenstillstand ist gut, weil nicht geschossen wird“, urteilte Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen). Insgesamt sei er aber der falsche Weg für einen dauerhaften Frieden. Russlands Präsident Wladimir Putin sei der wahre Sieger des Konflikts, schließlich schade eine Steigerung des russischen Einflusses in der Region europäischen Interessen.

Nach Einschätzung des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Gröbel (CDU), besteht außerdem die Gefahr, dass es wieder eine Vertreibung von Christen gibt. Die christlichen Armenier lebten seit Jahrhunderten in Bergkarabach, sagte er. Religion sei nicht die Ursache des Konflikts, „darf aber nicht zum Brandbeschleuniger werden“. Die religiöse Vielfalt an der Schnittstelle zwischen Okzident und Orient müsse bestehen bleiben. *Susann Kreuzmann*

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.



Brotverkäuferin Lesmonja ist im Oktober aus Bergkarabach in die armenische Hauptstadt Eriwan geflohen. Die Solidarität der Einheimischen sei groß, sagt sie. © Silvia Stöber



Schutz für Minderheiten

EUROPA Mehr als 1,12 Millionen Menschen in den 28 Mitgliedstaaten haben innerhalb eines Jahres die Initiative „Minority SafePack“ (MSP) der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten unterschrieben. Die Initiative umfasst ein Paket von Gesetzesvorschlägen, die den Schutz nationaler Minderheiten gewährleisten sollen. Hierzu soll eine Reihe von EU-Rechtsakten beschlossen werden, die die Förderung von Minderheitenrechten, Sprachrechten und den Schutz der Kultur nationaler Minderheiten ermöglichen soll. Am vergangenen Freitag verabschiedete der Bundestag nun einen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (19/24644), mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Vorschläge der MSP, soweit sie von der EU-Kommission aufgegriffen werden, zeitnah zu prüfen. Außerdem soll sich die Regierung unabhängig von der Entscheidung der EU-Kommission „bei jeder angemessenen Gelegenheit“ für den Schutz und die Förderung der nationalen Minderheiten im Geiste des Anliegens der MSP auf europäischer Ebene einsetzen und jede sachdienliche Initiative ergreifen, inklusive der Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln, um den Minderheitenschutz zu einer europäischen Angelegenheit zu machen. Ein ähnlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/24637) hingegen wurde abgelehnt. In der EU leben mehr als 50 Millionen Menschen, die Angehörige einer nationalen Minderheit sind oder eine Regional- oder Minderheitensprache sprechen. aw

KURZ NOTIERT

Holocaust-Gedenken: Reden von Knobloch und Weisband

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch und die Publizistin Marina Weisband werden am 27. Januar 2021 anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Bundestag reden. Knobloch, selbst Überlebende des Holocaust, war von 2006 bis 2010 Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Weisband spricht als Vertreterin der dritten Generation nach der Shoah. Die Gedenkstunde im Bundestag steht zugleich im Zeichen des Jubiläumsjahrs „321 - 2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Vor 25 Jahre hatte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar, das Datum der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, zum nationalen Gedenktag erklärt.

FDP fordert Programm gegen Schulabsentismus

Nach dem Willen der FDP-Fraktion soll verstärkt untersucht werden, aus welchen Gründen Schüler dem Schulunterricht fernbleiben. In einem Antrag (19/23830), den der Bundestag ohne Aussprache in die Ausschüsse überwies, fordert sie die Bundesregierung auf, entsprechende Forschungsvorhaben und ein Bundesmodellprogramm zur Bekämpfung von Schulabsentismus und Schulverweigerung zu initiieren. Die Liberalen verweisen darauf, dass gebrochene Bildungsbiografien Folgen für das gesamte Leben hätten. aw



Alarmstufe Rot: Protest der Kultur- und Veranstaltungsbranche Ende Oktober vor dem Reichstag.

© picture-alliance/NurPhoto

»Sonderopfer«

LOCKDOWN Vertreter der Kultur- und Veranstaltungsbranche verschaffen ihrem Ärger im Bundestag Luft

Vor dem Reichstag haben Künstler, Kreative und Vertreter der Veranstaltungsbranche aus ganz Deutschland bereits zum wiederholten Mal ihrem Ärger lautstark Luft gemacht. Öffentlichkeitswirksam demonstrierten sie zu tausenden im September und Oktober dieses Jahres vor dem Sitz des Bundestages – entweder weil sie die Corona-Maßnahmen für zu undifferenziert und unverhältnismäßig oder aber die bewilligten Hilfspakete und Überbrückungshilfen für nicht ausreichend halten. Mal legten sie symbolisch das sprichwörtliche „letzte Hemd“ vor dem Reichstag ab, mal trugen sie die Branche gar in einem Sarg zu Grabe. In der vergangenen Woche konnten sie ihre Sorgen ebenfalls zum wiederholten Mal im Bundestag den Abgeordneten direkt vortragen. So hatte der Kulturausschuss

Vertreter der Musikbranche – unter ihnen beispielsweise der renommierte Jazz-Trompeter Till Brönner, der sich in den vergangenen Wochen mit sehr kritischen Worten in die Corona-Debatte eingemischt hatte – zu einem nichtöffentlichen Fachgespräch geladen. Im Ausschuss ging es dann auch recht turbulent zur Sache. Zum anderen hatte der Tourismusausschuss Vertreter der Veranstaltungsbranche zu einer öffentlichen Anhörung geladen. Und die zeichneten ein düsteres Bild über die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die habe weitaus größere Verheerungen angerichtet als in der übrigen Wirtschaft. Die Rede war von Umsatzeinbußen von bis zu 100 Prozent in diesem Jahr und einem „Sonderopfer“, das die Politik der Branche auferlegt habe. Gewarnt wurde vor den Folgen der Einschränkungen des Veranstaltungslebens für die psychische Gesundheit der Bevölkerung und den gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Die Eventbranche sei nicht nur ein Motor etwa für Einzelhandel und Dienstleister, sondern stehe auch für Lebensfreude, Kultur und Unterhaltung.

Insolvenzwellen Der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Eventverbandes, Borhen Azzouz, warnte vor einer „Insolvenzwellen, deren Ausmaße wir noch nicht absehen können“. Zu befürchten sei auch ein „massiver Fachkräftemangel“. Viele qualifizierte Beschäftigte kehrten in ihrer Not der Branche den Rücken und würden voraussichtlich nie mehr zurückkehren. Die Umsatzeinbußen der Mitglieder seines Verbandes bezifferte er auf 35 Millionen Euro seit März dieses Jahres. „Wir wollen nicht nur fordern, sondern aktiv unterstützen. Die Kultur- und Veranstaltungsbranche ist systemrelevant“, sagte Azzouz. Sobald die Inzidenzzahlen fielen, müssten „professionell geplante Veranstaltungen“ wieder möglich sein.

Der Vorsitzende des Verbands der Musikspielstätten „LiveKomm“, Axel Ballreich, hob die Bedeutung der mehr als 600 Mitgliedsunternehmen seiner Organisation für die Gesamtwirtschaft, insbesondere den Tourismus, hervor. Allein im vergangenen Jahr seien 40 von insgesamt 600 Millionen Übernachtungen in Deutschland auf „Musik- und Eventreisen“ entfallen, was Einnahmen von 13 Milliarden Euro generiert habe. Dagegen sei seit März dieses Jahres der Umsatz um 95 bis 100 Prozent gefallen. Lediglich die Spielstätten, die im Sommer Veranstaltungen im Freien hätten anbieten können, seien etwas besser davongekommen; ihr Verlust belaufe sich auf etwa 80 Prozent. „Unser Geschäftsmodell beruht auf Enge, Schwitzen, Zusammenhalt. Wir werden die letzten sein, die wieder in den Normalbetrieb gehen dürfen“, sagte Ballreich.

Von einer Situation, die „in der Tat dramatisch“ sei, sprach auch die Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga), Ingrid Hartges, die den Umsatzrückgang ihrer Mitgliedsunternehmen zwischen März und Ende November 2020 auf 41 Prozent bezifferte. Beunruhigend sei insbesondere, dass die Zahl der neuen Ausbildungsverträge in diesem Jahr um 20 Prozent eingebrochen sei. „Um die allgemeine Wirtschaft aufrechtzuerhalten und damit die Schulen offen bleiben können, wird unserer Branche geschlossen eine Sonderrolle zugewendet. Dies gilt es zu entschädigen“, forderte Hartges. Scharf kritisierte sie große Immobilienfonds, die keinerlei Entgegenkommen zeigten, um die Mietlasten der Unternehmen zu erleichtern.

Gefährdete Arbeitsplätze Auch Jörn Holtmeier, Geschäftsführer des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft, betonte die Bedeutung seiner Branche für die Gesamtwirtschaft und zeichnete ein düsteres Bild. In normalen Zeiten sei Deutschland der weltweit führende Messestandort, der allein ein Drittel aller internationalen Veranstaltungen ausrichte. In diesem Jahr seien 75 Prozent aller Messen abgesagt oder verschoben worden. Von rund 28 Milliarden Euro Umsatz, die die Branche üblicherweise erziele, seien 22 Milliarden entfallen. Von 231.000 Arbeitsplätzen seien mehr als 185.000 „akut gefährdet“. Als „verheerendes Signal“ bezeichnete es Holtmeier, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder in ihrer Lockdown-Runde am 28. Oktober die Messebranche dem Freizektor zugeschlagen hätten. „Messen sind keine Freizeitgestaltung“, betonte er.

Von einem hundertprozentigen Umsatzverlust sprach auch Ilona Jarabek, Präsidentin des Europäischen Verbandes der Veranstaltungs-Centren, der nach ihren Worten 650 Unternehmen vertritt. Sie warnte vor einem „gravierenden Schaden, der in Euro gar nicht zu beziffern ist, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, wenn der Lockdown andauere, und beschwerte sich ebenfalls darüber, dass die Politik in ihrer Schließungsverfügung Unternehmen und Institutionen ganz unterschiedlichen Charakters in einen Topf geworfen habe: „Ein Konzerthaus ist nicht dasselbe wie ein Schwimmbad.“

Albert Ritter, Präsident des Deutschen Schaustellerbundes, beklagte, dass seine Mitglieder seit der Weihnachtsmarktsaison 2019 kein Geld mehr verdient hätten. Auch er sprach von einem Sonderopfer und kündigte eine „verfassungsrechtliche Klärung“ an, da Entschädigungsfragen nicht zufriedenstellend geregelt seien. Normalerweise zögen die rund 3.000 Weihnachtsmärkte 160 Millionen Besucher an. Doch dieses Geschäft fällt Weihnachten 2020 auch aus. Winfried Dolderer/Alexander Weinlein

KURZ REZENSIIERT



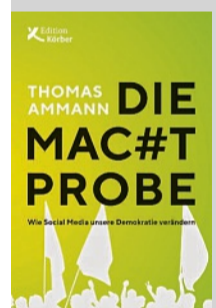
Omri Boehm:



Israel – eine Utopie

Propyläen Verlag, Berlin 2020; 256 S., 20 €

Der israelisch-deutsche Philosoph Omri Boehm rechnet mit der Duldung des Zionismus durch die Liberalen ab: Erst „massive Vertreibungen von Palästinensern“ hätten die „jüdische Demokratie mit einer jüdischen Mehrheit ermöglicht“. Als „wahrer israelischer Patriot“ ruft er dazu auf, „die bekannten zionistischen Tabus auf den Prüfstand“ zu stellen und endlich mit einer tiefgreifenden Reform des Landes zu beginnen: Vom jüdischen Staat hin zu einer föderalen, binationalen Republik mit Autonomie für Juden wie Palästinenser, aber einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die Zwei-Staaten-Lösung sei nicht zu halten. Boehms Buch gesellt sich zu einer Reihe von kritischen Arbeiten der bekannten israelischen Historiker Tom Segev und Shlomo Sand, die die Mythen um die israelische Staatsgründung entzauberten. Wie der frühere Knesset-Vorsitzende Avraham Burg kritisiert Boehm die Instrumentalisierung eines „sakralisierten Holocaust“ und das „aggressive Militärregime“ Israels, das sich fast drei Millionen Palästinenser „unterworfen“ habe. Der Autor kennt sich aus: Er arbeitete für den israelischen Innegeheimdienst Shin Bet und promovierte danach in Yale über Kant. Provokant ist sein Appell ausgehend an die Deutschen, ihr Stillschweigen gegenüber dem Staat Israel und dessen Ideologie zu brechen. Boehm greift vor allem Jürgen Habermas an, weil er sich weigere, die „gegenwärtige Lage und die Grundsätze der israelischen Regierung“ öffentlich zu hinterfragen. Für den Autor bedeutet dies einen Verrat an den Prinzipien der Aufklärung. Dass Boehm gerne provoziert, zeigt auch sein Vergleich der rechtsgerichteten Politik Netanjahus mit der AfD. Eindrucksvoll belegt die Streitschrift, dass sich Deutschland im Verständnis der jungen Israelis heute zu einem „normalen Land“ und engen Freund Israels entwickelt hat – Kritik inklusive. Dennoch bleibt es weise von Habermas, weiterhin eher leise Töne anzuschlagen. manu



Thomas Ammann:

Die Machtprobe. Wie Social Media unsere Demokratie verändern.

Edition Körber, Hamburg 2020; 349 S., 18 €

„Denken Sie bitte daran, dass die Bundesregierung heimlich Spichelproben sammelt, um Klone zu produzieren, die Sie dann ersetzen sollen. Tragen Sie daher dauerhaft Ihre Mund-Nasen-Bedeckung, um zu verhindern, dass die Regierung an Ihre DNS kommt“, verkündete der Zugchef des ICE 373 von Berlin nach Interlaken im Mai 2020. Mit seiner Durchsage wendete er sich an „alle Verschwörungstheoretiker bei uns an Bord“. Neben Beobachtungen aus der ersten Phase der Corona-Pandemie nennt der Journalist Thomas Ammann weitere Beispiele aus den Sozialen Medien, um deren negative Folgen auf die Demokratien und ihre Institutionen nachzuweisen. In seiner umfassenden Analyse listet er gezielte Lügen auf und schlussfolgert: Die großen Parteien und die etablierten Medien haben ihr Monopol auf die politische Agenda verloren. Ausführlich beschreibt er die Methoden der Internet-Plattformen und sucht nach Wegen, wie demokratische Regierungen ihre Glaubwürdigkeit in unruhigen Zeiten bewahren können. Die Meinung, dass dunkle Mächte die Kita-Schließung vorantrieben hätten und dass die Bundesregierung heimlich mit Bill Gates eine Verschwörung zur Unterjochung der Weltbevölkerung plane, würden nicht alle „besorgten Bürger“ teilen. Die so genannten „Querdenker“ blieben eine Minderheit, die sich ohne die digitalen Messenger-Dienste nie derart breit hätten vernetzen können. Was würde aber geschehen, wenn eine fremde Macht die Bürger gegen die eigene Regierung aufhetzen würde? Ammanns Fazit lautet: Die Internetgiganten müssen verpflichtet werden, die Algorithmen offenzulegen, mit denen sie uns analysieren und bewerten. Außerdem müssten die sozialen Netzwerke ohne Wenn und Aber für die Inhalte einstehen, die sie veröffentlichen, so wie es die klassischen Medien tun. Das gelte auch für Straftaten wie Verleumdung oder Volksverhetzung. manu

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 fazit-com@intime-media-services.de
 Telefon 089-8585 3832

Verspätet und überteuert

REZENSION Thomas Raabes minutiöse Analyse über internationale Rüstungskoooperationen

„Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht und nicht das, was ihr angeboten wird“, heißt es im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vom März 2018. Zwei Jahre später billigte der Haushaltsausschuss des Bundestags rund 78 Millionen Euro für eine Konzeptstudie des deutsch-französischen Kampfflugzeuges „Future Combat Air System“ (FCAS). Bereits im Juni 2019 hatten die Abgeordneten 32,5 Millionen Euro für diese Konzeptstudie freigegeben, nachdem in Gegenwart des französischen Staatspräsidenten Emanuel Macron zusammen mit den Verteidigungsministern von Frankreich und Spanien Verträge über die nächsten Etappen des Projekts unterzeichnet worden waren. Die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sprach in diesem Zusammenhang von einem „ganz großen Schritt voran für die Bundeswehr in der Modernisierung“, von einem „großen Tag für die europäische Verteidigungsunion“ und von einem „großen Tag für die europäische Industrie“. Es

würden „große Impulse gesetzt für die Grundlagenforschung für die Entwicklung von Systemen, die auch der zivilen Luftfahrt zugutekommen“. Man wird sehen, ob die prognostizierten 50 Milliarden Euro, die bis 2040 für das FCAS ausgegeben werden sollen, ausreichen werden. Wird das neue Flugzeugsystem für die Streitkräfte rechtzeitig kommen und dann über die notwendigen Fähigkeiten verfügen? Bislang kamen die deutsch-französischen Rüstungskoooperationen für gewöhnlich verspätet an und waren stets teurer als geplant.

Hubschrauber »Tiger« Es handelt sich um ein hochaktuelles Thema, dem sich der Historiker und Politologe Thomas Raabe in seinem Buch „Bedingt Einsatzbereit?“ widmet. In seiner Studie, die in der wissenschaftlichen Reihe „Krieg und Konflikt“ erschienen ist, behandelt er auf einer breiten Quellenbasis drei konkrete internationale Rüstungskoooperationen, von denen der geplante deutsch-französische Kampfpfanz 90 kläglich bereits in der Konzeptphase Anfang der 1980er Jahre scheiterte. Raabe beschreibt anhand der Planung und Entwicklung des deutsch-französischen Kampfhubschraubers „Tiger“ teilweise minutiös, wie der Haushalts- und der Vertei-

digungsausschuss des Bundestages über den gesamten Zeitraum von 1976 bis zur Auslieferung des ersten Hubschraubers im Jahre 2005 dieses Projekt begleitete und immer wieder Gelder für die steigenden Kosten nachgeschossen werden mussten. Nicht anders verhielt es sich beim Kampfflugzeugprojekt „Eurofighter“, das Raabe behandelt. Auch dieses Rüstungsprojekt verspätete sich um viele Jahre und auch hier stiegen die Kosten explosionsartig. Raabe benennt die Gründe dafür und entscheidet, nach welcher Logik sich die Anschaffung aufwendiger europäischer Hightech-Rüstungsprojekte vollzieht. Diese Schilderungen machen das Buch gerade für Bundestagsabgeordnete so interessant und wertvoll. Michael F. Feldkamp



Thomas Raabe:

Bedingt Einsatzbereit?

Campus Verlag, Frankfurt/M. 2019; 400 S.,

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



区域全面经济伙伴关系协定签字仪式

Signing Ceremony of the Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) Agreement



Mehr als ein Dutzend Staaten im Asien-Pazifik-Raum haben das weltgrößte Handelsbündnis geschmiedet, darunter China und Japan. Zur feierlichen Unterzeichnung kamen die Staatschef per Videoschle zusammen.

© picture-alliance/Xinhua News Agency

Schwerpunktverlagerungen

WELTHANDEL Unter Chinas Führung ist die weltgrößte Freihandelszone entstanden – mit Folgen für Europa

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht von einem „erhöhten Wettbewerbsdruck auf Deutschland“. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes befürchtet in Ostasien ein neues „wirtschaftliches Kraftzentrum“. Und der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt (CDU), warnt, das Abkommen sei ein „Weckruf für Europa“. Die Rede ist vom „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP), dem Freihandelsabkommen zwischen den zehn ASEAN-Staaten Vietnam, den Philippinen, Singapur, Indonesien, Malaysia, Thailand, Myanmar, Brunei, Laos und Kambodscha. Hinzu kommen die großen Volkswirtschaften Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und China. Nach mehr als acht Jahren Verhandlungen haben deren Regierungschefs am 15. November in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi das Abkommen feierlich besiegelt. Was mit „Regional“ im Namen so harmlos klingt, ist ein Abkommen der Superlative. 2,2 Milliarden Menschen leben in dem neuen Handelsblock. Sie erbringen etwa ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung, machen einen ebenso hohen Anteil der weltweiten Verbraucherinnen und Verbraucher aus. Es handelt sich um die größte Freihandelszone der Welt. Und mehr noch: Während Europa, die USA und Lateinamerika die Ausbreitung des Coronavirus auch weiter nicht unter Kontrolle bekommen, ihre Volkswirtschaften im Pandemiejahr zwischen Minus vier und Minus acht Prozent so stark schrumpfen werden wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht, werden die Länder Ost- und Südasiens wegen weitgehender Eindämmung die einzige Großregion in diesem Jahr mit nennenswertem Wachstum sein. Im Schnitt um die zehn Prozentpunkte an Wirtschaftskraft werden die asiatischen Länder gegenüber den Staaten Europas und Nordamerikas aufholen. Was Beobachter in der westlichen Welt aber vor allem alarmiert: Die Federführung bei diesem Abkommen hat die aufstrebende Weltmacht China. Genau darauf wies jüngst CDU-Außenexperte Norbert Röttgen hin. „Das Abkommen reduziert zwar Handelshemmnisse, sieht gleichzeitig aber nicht vor, dass die Mitglieder ihre Volkswirtschaften liberalisieren oder internationale Standards im Umweltschutz und Ar-

beitnehmerschutz erfüllen müssen“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland. Auch der Schutz geistigen Eigentums tauche darin nicht auf, stellte Röttgen fest. Tatsächlich fehlen Regelungen zum Umwelt- und Arbeitsschutz in dem Abkommen komplett. Das sind Punkte, die die chinesische Führung in Peking auch bei anderen Handelsgesprächen stets blockt. „Die größte Freihandelszone der Welt wird somit ganz nach chinesischem Vorbild geschaffen“, resümierte Röttgen. Dabei ist das Abkommen an sich gar nicht spektakulär. Es sieht Zollsenkungen vor, legt einheitliche Regeln fest und erleichtert damit Lieferketten. Es umfasst zudem einen stärkeren Schutz vor Investitionen und soll von grenzüberschreitenden den Ausbau von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und den Online-Handel erleichtern. Die meisten Unterzeichner des neuen RCEP-Abkommens seien untereinander schon vorher durch Handelsab-

kommen verbunden gewesen, sagt Clemens Fuest, Präsident des Ifo Instituts, dem renommierten Wirtschaftsinstitut an der Universität München. Deshalb sei die kurzfristige wirtschaftliche Bedeutung des Abkommens in Asien „begrenzt“. Ähnlich sieht es Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. „Diese Länder hatten untereinander schon vorher bilaterale Freihandelsabkommen.“ Diese wurden jetzt nur vereinheitlicht. Felbermayr weist daraufhin, dass sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft seit 20 Jahren in Richtung Asien verschiebt und sich noch verstärken dürfte. „Das nun vereinbarte Abkommen ist nur Ausdruck dieser Entwicklung.“

Blick auf Chancen für Deutschland Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) begrüßt den Abschluss des Freihandelsabkommens im Fernen Osten denn auch. Es handele sich um einen „wichtigen Beitrag zu einem freien und regelbasierten Welthandel“, erklärt Altmaier. Holger Bingmann, Präsident vom Deutschen Komitee der Internationalen Handelskammer (ICC Germany) sieht in dem RCEP-Pakt ebenfalls Chancen. „Dies bietet auch Potenziale

für deutsche Unternehmen, die in dem neuen zu schaffenden Freihandelsraum aktiv sind.“ Ferdinand Dudenhöffer, Direktor des CAR – Center Automotive Research an der Universität Duisburg-Essen, hingegen ist sehr viel skeptischer. Er bewertet das Abkommen insbesondere mit Blick auf die deutsche Autoindustrie als „politische Schlappe“. Schon jetzt kämen die RCEP-Märkte bei Neuwagenverkäufen auf einen Weltmarktanteil von knapp 43 Prozent, in 20 Jahren dürften es 50 Prozent sein, schreibt der Branchenexperte. Japanische und südkoreanische Hersteller wie Toyota, Honda, Nissan sowie Hyundai und Kia und die Zulieferer bekämen nun einen wichtigen Zugang vor allem zum chinesischen Markt. Deutschen Herstellern und Zulieferern hingegen bleibe nur der Ausweg, ihre Standorte in Asien noch stärker auszubauen und dafür Produktion in Deutschland aufzugeben. Dudenhöffer wirft Bundesregierung und EU einen einseitigen und naiven US-Kurs vor. Für europäische Firmen könnten sich durch Nachteile ergeben, gibt Ifo-Chef Fuest zu. Es sei möglich, dass europäische Exportprodukte durch Erzeugnisse aus der neuen Freihandelszone ersetzt würden. „Wenn die asiatischen Länder untereinander stärker kooperieren, könnten europäische Unternehmen Marktanteile verlieren“, bekräftigt Felbermayr. Mit allzu großen Verlusten für Europäer rechnen beide Ökonomen dennoch nicht. Mit Japan habe die EU bereits ein Freihandelsabkommen, ebenso mit Südkorea, sagt Felbermayr. Mit Australien, Neuseeland, Vietnam und Singapur werde derzeit ebenfalls verhandelt. Das dürfte einiges wieder ausgleichen. Mittelfristig gibt Fuest den Sceptikern recht. Für Staaten, die nicht Teil des Abkommens sind, könnte der Marktzugang durchaus schwerer werden, sagt er. Strategisch käme hinzu, dass das Abkommen es China erleichtern wird, Regeln und Standards festzulegen. Europa sollte deshalb ein dringendes Interesse haben, seine eigenen Handelsabkommen mit asiatischen Staaten auszubauen, rät Fuest. Für China ist das RCEP-Abkommens vor allem aber deswegen ein großer Erfolg, weil die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt der Nummer eins, den Vereinigten Staaten, einen gehörigen Schlag verpasst hat. Die Verhandlungen über das Abkom-

men hatten die asiatischen Länder 2012 überhaupt erst auf Betreiben der chinesischen Führung aufgenommen. Damals war die Weltordnung noch eine andere. Die USA unter ihrem damaligen Präsidenten Barack Obama sahen Chinas rasante Aufholjagd schon kommen und betrachteten die Chinesen nicht mehr wie in den Jahren zuvor als Partner und attraktiven Absatzmarkt, sondern als Rivalen. Doch anders als die Nachfolgerregierung unter Donald Trump setzte die Obama-Regierung nicht auf Abkehr von der Weltpolitik, sondern weiter auf Multilateralismus und gezielt auf Verbündete. Mit dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP schmiedete Washington an einem Bündnis mit allen asiatisch-pazifischen Anrainernstaaten, das einen Staat ganz bewusst außen vorließ: China. Mit Japan, Taiwan, Vietnam und einigen südostasiatischen Staaten hatten die USA Verbündete, die durchaus Washingtons Interesse teilten, Pekings zunehmenden Einfluss einzudämmen. Die chinesische Führung in Peking wollte sich das aber nicht gefallen lassen und bastelte ihrerseits an einem Bündnis, das ziemlich identisch dieselben Staaten umfassen sollte – und die USA ausklammerte. Strafzölle statt Zollsenkungen, lautete das Motto der US-Handelspolitik unter Donald Trump als Präsident. Er propagierte für sein Land eine „Entkopplung“ von Chi-

na, aber auch vom Rest der Welt. Gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft zogen sich die USA aus den TPP-Verhandlungen zurück – und machten damit den Weg frei für das Freihandelsabkommen unter Pekings Führung. Mit der Besiegelung des RCEP-Abkommens in Hanoi hat China damit das Rennen gemacht. Diplomatisch und dennoch stolz vor Selbstbewusstsein feiert der chinesische Premierminister Li Keqiang denn auch als „Meilenstein der ostasiatischen Zusammenarbeit“. Die frisch gewählte US-Präsidentin Joe Biden und sein Team haben zwar eine Abkehr von Trumps isolationistischer Außen- und Handelspolitik angekündigt. An der China-Politik der Trump-Regierung werde die USA aber festhalten, sagt Julianne Smith, ehemalige stellvertretende Sicherheitsberaterin unter Joe Biden als Vizepräsidentin. Sie berät den frisch gewählten Präsidenten auch jetzt in transatlantischen- und transpazifischen Fragen. „Die Demokraten werden möglicherweise nicht von einer Entkopplung von China reden“, sagt Smith. Doch auch Biden werde mit Peking über den ungleichen Handel streiten. „Ein wesentlicher Unterschied wird sicherlich sein, dass die europäischen Verbündeten wieder stärker eingebunden sind.“ Diese Gelegenheit sollten sich die Europäer auf keinen Fall entgehen lassen, rät Ifo-Chef Fuest. „Die EU sollte dem neuen US-Präsidenten Joe Biden anbieten, unverzüglich die Handelsgespräche wiederaufzunehmen.“ Doch wollen die Europäer das überhaupt? Der Plan für eine Freihandelszone mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur liegt auf Eis. Mehrere EU-Staaten stellen sie in Frage, weil sie etwa einen stärkeren Schutz des Regenwaldes verlangen. Das Abkommen Ceta (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada ist seit 2017 zwar in Kraft, aber nur vorläufig. Es gibt Klagen dagegen, vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann der Bundestag das Abkommen nicht ratifizieren. Nach dem asiatisch-pazifischen Freihandelsabkommen sollte nach Ansicht ICC-Germany-Präsident Bingmann auch Europa mehr Tempo beim Freihandel machen. „Europa muss sich fragen, welche Zukunftsvisionen es hat.“ Felix Lee

»Es ist ein wichtiger Beitrag zu einem freien und regelbasierten Welthandel.«

Peter Altmaier (CDU) Bundeswirtschaftsminister

»Das Abkommen ist für die Autoindustrie eine politische Schlappe.«

Ferdinand Dudenhöffer, Universität Duisburg-Essen



Der Hafen von Qingdao in China.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Autor ist Redakteur bei der taz. |

Die Aufregung war groß, zuvorderst bei der Chef-Lobbyistin der deutschen Autoproduzenten. „Mit der Einführung der geplanten EU-7-Norm wird die EU-Kommission Autos mit Verbrennungsmotor ab 2025 de facto verbieten“, wurde Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, von verschiedenen Medien zitiert. Hintergrund des Ganzen ist ein Vorschlag der „Advisory Group on Vehicle Emission“ – einem Beratergremium der EU-Kommission – der einen einheitlichen Grenzwert von 30 Milligramm Stickstoffdioxid pro Kilometer vorsieht, statt wie bislang 60 Milligramm für Benziner und 80 für Diesel-Motoren. Anders als bislang soll dem Vorschlag entsprechend der Wert in jeder Fahrsituation gelten – also sowohl an Anstiegen, sofort nach dem Start, bei extremen Wetterbedingungen und unter Anhängelast. Das sei technisch nicht machbar, stelle eine einseitige Bevorzugung der Elektromobilität dar und sei zum Schaden des Wirtschaftsstandorts Deutschland, kritisieren AfD (19/24647) und FDP (19/24640), die in ihren Anträgen von der Bundesregierung verlangen, auf EU-Ebene gegen die Regelungen Stellung zu beziehen. Während der Debatte in der vergangenen Woche wurde deutlich, dass auch die Union derartige Vorschläge ablehnt. Linke und Grüne winken hingegen ab. Noch, so argumentieren sie, gebe es eine Abgasnorm Euro 7 gar nicht. Kein Grund also, „um hier aus dem Anzug zu fallen“, befand Cem Özdemir (Grüne). Alexander Ulrich (Linke) sagte, mit derartigen Anträgen würden nur die Beschäftigten der Automobilindustrie verängstigt. Aus Sicht von Arno Klare (SPD) sind die Grenzwerte für viele Modelle erreichbar – auch für Verbrenner. Problematisch sei hingegen die Forderung, dass die Fahrzeuge bei allen Fahrsituationen unter dem Limit bleiben müssen, räumte er ein.

Strukturbruch Die Vorlage komme „aus der Feder Ihrer CDU-Ikone Ursula von der Leyen“, sagte Dirk Spaniel (AfD) zu Beginn der Debatte in Richtung Union, was vom CDU-Abgeordneten Felix Schreiner mit einem „Stimmt nicht“ kommentiert wurde. Spaniel sprach außerdem von vorgeschobenen Umweltschutzargumenten. Mit der aktuellen Euro-6d-Norm würden die Schadstoffgrenzwerte unterschritten. Dennoch sollen Verbrennungsmotoren „durch die kalte Küche“ abgeschafft und Elektrofahrzeuge vorgeschrieben werden, was Folgen für die Arbeitsplätze bei den deutschen Autobauern habe, weil diese an der Fertigung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren hängen. Ähnlich bewertete das Oliver Luksic (FDP). „Unsere Industrie kann Strukturwandel, das wäre aber Strukturbruch“, sagte er. Benötigt werde Technologieoffenheit, „keine Autoplanwirtschaft“. Die Bundesregierung müsse hierzu endlich Farbe bekennen, verlangte Luksic. Derzeit sei auf Nachfrage aber nur zu vernehmen, es gebe dazu noch keine Ressortabstimmungen. Gebrauch werde auf EU-Ratsebene eine „Allianz der Autoländer“, was auch der Wirtschaftsrat der Union schon vorgeschlagen habe. In Richtung SPD sagte der Liberale: „Hören Sie mal auf die IG Metall. Was derzeit in

Streit um Plan für Abgasnorm

VERKEHR AfD und FDP lehnen - ebenso wie die Union - die auf EU-Ebene kursierenden Vorschläge zu Grenzwertverschärfung ab



Dröht durch eine verschärfte Euro 7-Abgasnorm das Ende des Verbrennungsmotors?

© picture-alliance/imageBROKER (editiert)

Planung ist, ist eine absolute Katastrophe für den Standort Deutschland.“ Unions-Vertreter Schreiner sagte: „Die präsentierten Vorschläge, nämlich ab 2025 de facto keine Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen, lehnen wir ab.“ Das hätten auch seine Kollegen der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament klar zum Ausdruck gebracht, sagte der Unionsabgeordnete. Zu vereinbarenden Zielen dürften durchaus ambitioniert sein. Sie müssten sich aber auch immer am Machbaren orientieren. Klar sei, so Schreiner, dass der Verkehrsbereich einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten müsse. Dabei setze die Union auf Potenziale von alternativen Kraftstoffen, die es auszuschöpfen gelte. Mit Blick auf die kritisierten Testbedingungen verwies Sozialdemokrat Klare auf ei-

nen Vorschlag der TU Graz, wonach mit flexiblen Limits gearbeitet werden sollte. „Das heißt, dass der Wert bei diesen Fahrsituationen unter Randbedingungen höher liegen muss als bei den durchschnittlichen Fahrsituationen.“ Nach Ansicht Klares ist dies ein sehr kluger Vorschlag, der auch im zuständigen Bundesumweltministerium diskutiert werde.

Dieselskandal Der Linken-Vertreter Ulrich machte deutlich, dass es die deutsche Automobilindustrie gewesen sei, die in der Vergangenheit mit Schummelsoftware, Dieselskandal und anderen Dingen mit dazu beigetragen habe, „dass man sich auf europäischer Ebene auch darüber Gedanken macht, wie man Normen verschärft“. Auch wenn es aktuell noch keine Be-

schlusslage gebe, ist es aus seiner Sicht ein Problem, „dass die Bundesregierung in dieser Frage nicht sprechfähig ist“. Klar sei aber auch, dass das zur Bekämpfung des Klimawandels Notwendige und die Beschäftigungssicherung nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Der Grünen-Abgeordnete Özdemir sagte, die EU-Kommission wolle Ende 2021 einen Vorschlag zur Euro-7-Abgasnorm vorlegen und hole im Vorfeld Expertenmeinungen ein. Wichtig sei ihm aber auch die Feststellung, dass es um eine Norm zum Gesundheitsschutz der Bürger gehe. Der fossile Verbrenner habe ein Enddatum. Aber nicht wegen der Abgasnorm, sondern wegen des Fortschritts, der Entwicklung auf den Weltmärkten und des Klimaschutzes, betonte Özdemir. Götz Hausding

Steigender Meeresspiegel

UMWELT Bundestag debattiert über die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

In diesem Sommer habe es sich gezeigt, dass der Klimawandel in Deutschland angekommen sei, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) vergangene Woche im Bundestag. Sie verwies auf den dritten Dürresommer in Folge, auf Ernteaufschläge und darauf, dass die hohen Temperaturen vor allem chronisch kranken Menschen immer stärkere gesundheitliche Probleme bereiten. „Mit dem Klimawandel verändern sich auch unsere Lebensbedingungen“, so die Ministerin. Es liege „in unserem ureigenen Interesse“, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei, möglichst auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Doch der Kampf gegen den Klimawandel ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die „Anpassung an Klimaveränderungen, die unweigerlich kommen werden“, wie Astrid Damerow (CDU) sagte. Genau diesem Thema widmet sich die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS), die das Bundeskabinett 2008 beschlossen hat und die das Ziel verfolgt, „die Verwundbarkeit natürlicher, sozialer und wirtschaftlicher Systeme gegenüber Klimafolgen zu mindern“. Anlass der Debatte war der Zweite Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Deutschen Anpassungsstrategie (19/23671). Umweltministerin Schulze nutzte die Gelegenheit für grundsätzliche Bemerkungen: Bei der Klimaanpassung sei nicht nur ihr Haus gefragt. Vielmehr müsse „jedes Ressort Klimaanpassungsmaßnahmen“ setzen. Besonders hervor hob Schulze, dass die Bundesregierung jetzt ein Klimaschadenskataster auf den Weg bringe. Grundsätzlicher Widerspruch kam von der AfD-Fraktion. Rainer Kraft wies darauf hin, dass es in der Natur schon immer Veränderungen gegeben habe. Als Beispiel für „klimahysterische Fehlvorhersagen“ nannte Kraft



Vertrocknete Fichten im Bergischen Land

den Anstieg des Meeresspiegels: Laut Weltklimarat (IPCC) werde der Meeresspiegel bis zum Ende des Jahrhunderts um 84 Zentimeter steigen. Daten des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft bewiesen jedoch, dass sich der Pegel innerhalb von hundert Jahren lediglich um 25 Zentimeter erhöht habe. „Es gibt keine Korrelation des Meeresspiegelanstiegs mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe“, sagte Kraft. Damerow lobte die 180 Maßnahmen, die laut Fortschrittsbericht umgesetzt werden sollen, wies aber auch auf Bereiche hin, „in denen wir besser werden müssen“ – etwa die Kommunikation mit den Ländern und Kommunen über Förderprogramme. Damerow hob zudem drohende Nutzungskonflikte hervor: In niederschlagsarmen Regionen werde verstärkt die Frage aufkommen, welche Gruppen – Landwirt-

schaft, Industrie oder private Haushalte – Wasser in welchem Umfang nutzen dürften. Die Anpassungsstrategie sei zwar in vielen Einzelpunkten richtig, erklärte Lukas Köhler (FDP). Aber sie sei vor allem reaktiv und müsse deshalb „zu einer proaktiven Strategie“ weiterentwickelt werden. „Technik und Natur lassen sich sinnvoll miteinander verbinden“, zeigte sich Köhler überzeugt und begründete damit den Antrag seiner Fraktion (19/24631), der die Bundesregierung auffordert, „die Ausrichtung der DAS strategischer zu gestalten und mehr Raum für Ideenwettbewerb, Innovation, Digitalisierung und privatwirtschaftliche Initiativen zu schaffen“. Der Klimawandel bedrohe gerade die Ärmsten der Armen in den Ländern des Südens, sagte Lorenz Gösta Beutin (Die Linke). Deshalb sei es gut, dass die Bundesregierung den Fortschrittsbericht vorgelegt habe. Nötig sei aber eine Vision, „wie wir soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander verbinden können“, betonte Beutin. Seine Fraktion wolle deshalb eine Energiewende in den Händen von Genossenschaften, Kommunen und Bürgern sowie eine Verkehrswende, „wo wir der Autokratie auch mal die Stirn bieten“. Dass jetzt endlich ein Klimaschadenskataster aufgebaut werde, sei richtig, auch wenn es spät komme, erklärte Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen). Klimaschutzpolitik sei vor dem Hintergrund von wachsender Hitze und steigenden Ernteaufschlägen „Sicherheitspolitik im engeren Sinne“. In Richtung der Koalition sagte sie: „Sie versuchen Probleme zu lösen, die wir ohne Sie gar nicht hätten“ – denn die Koalition halte an industrialisierter Landwirtschaft fest, statt auf ökologischen Landbau umzusteuern. chb

Änderung im Weingesetz

LANDWIRTSCHAFT Stärkung der Wein-Absatzförderung

Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen für den Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes gestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. Die Novelle des Weingesetzes in Verbindung mit der Änderung der Weinverordnung soll dazu führen, dass deutsche Winzer ihren Absatz steigern können. Deutschland partizipiert derzeit nicht am grundsätzlichen Wachstum innerhalb der Europäischen Union: So ist der Wert der deutschen Weinausfuhren von 434 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 307 Millionen Euro im Jahr 2018 gesunken. Mit dem Entwurf will die Bundesregierung dem Wunsch nach einer stärkeren Orientierung des nationalen Weinrechts hinsichtlich der Angabe kleinerer geographischer Einheiten bei geschützten Herkunftsbezeichnungen nachkommen. Dies soll durch einige im Weingesetz vorgesehene Maßnahmen zur Marktstabilisierung und Absatzförderung flankiert werden – nach dem Grundsatz „je kleiner die geografische Herkunft, umso höher die Qualität“, welcher im Wesentlichen in der Weinverordnung umgesetzt werde. Den Angaben zufolge heißt das, dass im Rahmen des nationalen Stützungsprogramms die Absatzförderung gestärkt und Regelungen flexibilisiert werden sollen, um eine bessere Mittelausnutzung zu erreichen. Außerdem soll vor dem Hintergrund eines drohenden Überangebots von Weinerzeugnissen im Verhältnis zu den Marktaussichten die Ausweitung der Rebplantagen für die Jahre 2021 bis 2023 begrenzt werden. eis/lbr

Weniger Macht für Schufa

RECHT Die Linke möchte strengere Regeln für Auskunfteien

Die Linksfraktion möchte der Schufa und anderen privaten Auskunfteien einen Riegel vorschieben. Über einen entsprechenden Antrag (19/24451) der Abgeordneten diskutierte der Bundestag erstmals in der vergangenen Woche. Im Anschluss an die Debatte überwiegt ihn das Plenum zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss. Die Linke fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um das Einholen von Bonitätsauskünften und das Verlangen von Selbstauskünften bei der Anbahnung von Verbraucherverträgen und Mietverträgen mit Privatpersonen zu verbieten. Ausgenommen sollen Kreditverträge bleiben. Behörden sollen dem Willen der Fraktion zufolge verpflichtet werden, zu kontrollieren, dass das Verbot eingehalten wird. Ver-

stöße sollen Geld kosten. Geplant ist auch, Verbraucherverbänden die Möglichkeit einzuräumen, gegen Verstöße mit Hilfe von Verbandsklagen vorzugehen. Auskunfteien und deren Vertragspartner sollen außerdem verpflichtet werden, die Berechnung von Bonitäten (Scores) derart transparent und nachvollziehbar für Verbraucher offenzulegen, dass diese darüber informiert sind, welche ihrer Daten mit welcher Gewichtung und welchem Einfluss auf den Score in der Berechnung genutzt werden. Im Fall von fehlerhaften Daten und Berechnungen für bei Verbraucher entstandene Schäden sollen Auskunfteien haften. Des Weiteren sollen diese verpflichtet werden, gespeicherte Daten ohne Aufforderung nach spätestens einem Jahr wieder zu löschen. pe/sas

Aus für Plastiktüten

UMWELT Verbot leichter Kunststoffbeutel verabschiedet

Leichte Plastiktüten sind künftig verboten. Der Bundestag verabschiedete vergangenen Donnerstag den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Verpackungsgesetzes (19/24732) mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von AfD und FDP bei Stimmhaltung der Fraktion Die Linke. Ziel des Gesetzes sei es, die positive Entwicklung bei der Reduktion von leichten Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke von 15 bis 50 Mikrometern durch das gesetzliche Verbot des Inverkehrbringens fortzuführen und eine weitere Reduzierung zu erreichen. Ausgenommen von diesem Verbot seien bestimmte sehr leichte Kunststofftragetaschen, wie sie etwa bei Obst und Gemüse zum Einsatz kommen. Derzeit werden in Deutschland pro Jahr und Kopf etwa 20 Kunststofftragetaschen der entsprechenden Wandstärke verbraucht. Dies stelle in der Regel „eine ineffiziente Ressourcennutzung dar“, da diese Taschen seltener wiederverwendet werden als Kunststofftragetaschen aus stärkerem Material, heißt es im Entwurf. Das Verbot reflektiere auch die auf den Umwelt- und Ressourcenschutz bezogene Abfallhierarchie gemäß dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, wonach die Vermeidung Vorrang vor sonstigen Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung hat. Hintergrund des Gesetzes ist eine „Vereinbarung zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen“ des Bundesumweltministeriums mit dem Handelsverband Deutschland vom April 2016. lbr

Derzeit werden in Deutschland pro Jahr und Kopf etwa 20 Kunststofftragetaschen der entsprechenden Wandstärke verbraucht. Dies stelle in der Regel „eine ineffiziente Ressourcennutzung dar“, da diese Taschen seltener wiederverwendet werden als Kunststofftragetaschen aus stärkerem Material, heißt es im Entwurf. Das Verbot reflektiere auch die auf den Umwelt- und Ressourcenschutz bezogene Abfallhierarchie gemäß dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, wonach die Vermeidung Vorrang vor sonstigen Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung hat. Hintergrund des Gesetzes ist eine „Vereinbarung zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen“ des Bundesumweltministeriums mit dem Handelsverband Deutschland vom April 2016. lbr

Ein Tag im November

PKW-MAUT Zeuge bestätigt Angebot zur Verschiebung

Es ist die Frage, die im bisherigen Verlauf der Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses („Pkw-Maut“) das größte Aufsehen erregt hat: Haben die Bieter im November 2018 Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) angeboten, mit der Unterzeichnung des Maut-Betreibervertrags bis nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu warten? Und hat Scheuer die Unwahrheit gesagt, als er erklärte, seiner Erinnerung nach habe es ein solches Angebot nicht gegeben? Aufklärung in dieser Frage erhofften sich die Ausschussmitglieder von der jüngsten Sitzung. Geladen waren drei Zeugen, denen Klaus-Peter Schulenberg, Chef des Bieters CTS Eventim, nach eigenen Angaben unmittelbar nach seinem Gespräch mit Minister Scheuer 2018 von seinem Angebot zur Verschiebung berichtet hatte. Doch zwei der Geladenen enttäuschten die Abgeordneten. André Laux, Vorstandsmitglied von Schulenberg's österreichischem Kon-

sorcialpartner Kapsch TrafficCom, ließ einen Tag vor der Sitzung mitteilen, für eine Vernehmung nicht zur Verfügung zu stehen. Und der PR-Berater Michael K. bestätigte zwar, sich am Abend des 29. November 2018 mit Schulenberg in London getroffen zu haben. Daran, ob dieser von einem solchen Angebot berichtet habe, könne er sich aber „schlicht nicht erinnern“. Sehr gut erinnern konnte sich hingegen Michael Blum, Geschäftsführer der von CTS Eventim und Kapsch TrafficCom gegründeten Betreiberfirma Autoticket. Schulenberg habe am 29. November in einem Telefonat ein solches Angebot an Scheuer erwähnt, sagte er. Hintergrund war Blum zufolge, dass Schulenberg ihn an diesem Tag fragte, ob er nicht von seinem damaligen Arbeitgeber, der Lkw-Maut-Betreiberfirma Toll Collect, zu Autoticket wechseln wolle. Wegen der Klage Österreichs vor dem EuGH gegen die Pkw-Maut müsse er sich keine Sorgen machen, versicherte ihm demnach Schulenberg, der Minister sei sich der Erfolglosigkeit der Klage sicher. Blum bestätigte darüber hinaus Aussagen seines Co-Geschäftsführers Volker Schneble: Die Kündigung des Betreibervertrags unmittelbar nach dem EuGH-Urteil am 18. Juni 2019 sei für die Betreiber völlig überraschend gekommen. In den Wochen zuvor habe die Projektarbeit auf grün gestanden, und die Zusammenarbeit mit Verkehrsministerium und Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) sei konstruktiv gewesen, betonte der Manager. Das galt nach seinen Worten auch für die Feinplanungsdokumentation, deren angebliche Mängel das Ministerium dann als Kündigungsgrund nannte. Zwar habe das KBA in deutlicher Form Verbesserungswünsche an der Feinplanungsdokumentation geäußert; diese hätten das Projekt aber nicht in Frage gestellt. chb



Klaus-Peter Schulenberg, CTS Eventim

KURZ NOTIERT

Neuregelung für Haltung und Handel von Wildtieren

Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/24435) und der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD (19/24645) zur Neuregelung von Haltung und Handel von Wildtieren sowie der FDP-Fraktion zur Verhinderung der Verbreitung von Zoonosen (19/24593) hat der Bundestag vergangene Woche zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss überwiesen. Unter anderem geht es darum, das Risiko für zukünftige Pandemien zu senken und die Ursachen für diese zu bekämpfen. Die Liberalen plädieren in ihrem Antrag für „bessere Regeln statt Verbote“ beim Handel mit Wildtieren.

FDP fordert umfangreiche Digitalisierungsstrategie

Die FDP-Fraktion fordert, die Corona-Pandemie als „digitalen Weckruf“ ernst zu nehmen und eine umfangreiche Digitalisierungsstrategie vorzulegen. Das schreiben die Liberalen in einem Antrag (19/24632), der zur Beratung an den Innenausschuss überwiesen wurde, obwohl die Fraktion Federführung im Ausschuss Digitale Agenda beantragt hatte. Die Abgeordneten fordern in dem Antrag, auf Bundeskanzleramt-Ebene eine Beratergruppe einzurichten, die deutlich gewordene digitale Schwachstellen im öffentlichen Sektor aufarbeiten soll. lbr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Auf einem Mietshaus in Berlin-Wedding steht: „Ick steh uff Wedding. Dit is meen Ding.“ Im Bundestag ging es um die Frage, ob Mieter in Corona-Zeiten mehr abgesichert werden sollen.

© picture-alliance/Andreas Gora

Etat für 2021 beschlossen

HAUSHALT Der Bund kann im kommenden Jahr 498,62 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 1,9 Prozent weniger als im Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 vorgesehen, aber 85,22 Milliarden Euro mehr als im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2021 (19/22600) geplant. Gleichzeitig steigt die Neuverschuldung von den im Regierungsentwurf geplanten 96,2 Milliarden Euro um 83,62 Milliarden Euro auf 179,82 Milliarden Euro. Das beschloss der Haushaltsausschuss nach etwa 17-stündiger Beratungssitzung in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Koalition bei Ablehnung der Opposition. Die zweite und dritte Lesung des Haushaltsentwurfes ist vom 8. Dezember bis 11. Dezember 2020 vorgesehen.

Weniger Steuereinnahmen Ein kräftiger Rückgang im Vergleich zum Soll im Jahr 2020 (324,96 Milliarden Euro) wird im Bereich der Steuereinnahmen erwartet. Mit geplanten 292,79 Milliarden Euro liegt der Wert aber knapp über den Annahmen aus dem Regierungsentwurf (291,97 Milliarden Euro).

Im Haushaltsentwurf in der Ausschussfassung sind Investitionen in Höhe von 61,85 Milliarden Euro veranschlagt. Gegenüber dem Regierungsentwurf ist das eine Steigerung von 6,68 Milliarden Euro. Für 2020 sind als Soll für Investitionen 42,09 Milliarden Euro vorgesehen.

Das größte Plus im Ergebnis der Haushaltsberatungen verzeichnet der Einzelplan 15 (Bundesministerium für Gesundheit). Um 11 Milliarden Euro wurde der Ansatz erhöht und liegt damit bei 35,3 Milliarden Euro. 7,07 Milliarden Euro mehr als von der Regierung geplant und damit 41,15 Milliarden Euro sind im Einzelplan 12 (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) vorgesehen. Dieser Aufwuchs begründet sich vor allem durch die Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG, für die sechs Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Corona-Pandemie Die Mehrausgaben im Gesundheitsetat sind der Corona-Pandemie geschuldet. Zusätzliche 2,65 Milliarden Euro gehen als Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds für SARS-CoV-2-Pandemie verursachte Belastungen, 2,9 Milliarden Euro sind Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus und 2,66 Milliarden Euro Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2. Dazu kommen zwei Milliarden Euro als Ausgleichszahlungen nach Paragraph 21 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.

Gegenüber dem Regierungsentwurf steigen auch die Ausgaben im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Einzelplan 11), des nach wie vor mit Abstand größten Einzel-Etats, weiter an. Sie sollen im kommenden Jahr 164,92 Milliarden Euro betragen, im Entwurf waren es 163,98 Milliarden Euro. Die Steigerungen lassen sich im Wesentlichen auf Erhöhungen bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (200 Millionen Euro), beim Arbeitslosengeld II (300 Millionen Euro) und für den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit (250 Millionen Euro) zurückführen. Beim Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) ragen die Mehrausgaben für die Corona-Unternehmenshilfen (37,5 Milliarden Euro) sowie die Globale Mehrausgabe für Kosten im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie (30 Milliarden Euro) heraus. *hau*

Sorge um die sichere Bleibe

RECHT Oppositionsanträge zu mehr Kündigungsschutz stoßen auf Sympathie und auf Widerspruch

Angespannte Wohnungsmärkte und Unsicherheit ob der Corona-Pandemie – so mancher Mieter fühlt sich in der derzeitigen Situation in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Teile der Opposition nutzten daher eine Aussprache im Bundestag in der vergangenen Woche, um ihren Forderungen nach mehr Mieterschutz Nachdruck zu verleihen. Ausgangspunkt waren drei Anträge der Fraktionen Die Linke (19/10283, 19/10284) und Bündnis 90/Die Grünen (19/24634), die anschließend in den Rechtsausschuss überwiesen wurden. Die Antragsteller verwiesen auf die Dramatik der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die durch die Corona-Pandemie noch einmal verschärft werde, und forderten unter anderem ein neues Kündigungsmoratorium. Nachbesserungsbedarf im Mietrecht sah auch die SPD, während die Union wie auch AfD und FDP die Vorlagen rundheraus ablehnten. Caren Lay (Die Linke) betonte, niemand dürfe wegen der Pandemie seine Wohnung verlieren. Es sei unverantwortlich, dass die Unionsfraktion dieses Thema seit Monaten

aussitze. Abgesehen von der aktuellen Problematik gehe es um grundsätzliche Fragen wie die Eigenbedarfskündigung durch Vermieter. Vorgetäuschter Eigenbedarf dürfe nicht länger akzeptiert werden, sagte Lay. Dabei seien die Gerichte nicht besonders hilfreich. Der Kündigungsschutz habe weitere große Mängel. So dürften alte Menschen ihre Wohnungen nicht verlieren. Für die Grünen sagte Christian Kühn, die Koalition sollte ihr Versprechen erneuern, dass kein Mieter seine Wohnung wegen der Pandemie verlieren darf. Die Gefahr sei jetzt höher als im März, da die Lücke zwischen sinkenden Einkommen und annähernd stabilen Mieten größer werde. Kühn forderte eine Erneuerung des sozialen Charakters des Mietrechts. Das Geschäftsmodell, Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln mit anschließender Kündigung der Mieter, müsse beendet und der Eigenbedarf auf tatsächliche Gründe zurückgeführt werden. Auch die Gewerbetreibenden dürften nicht aus dem Blick verloren werden. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen bewerteten die Anträge unterschiedlich. Johannes Fechner (SPD) erklärte, Hil-

fe für die Mieter sei ebenso wichtig wie mehr bezahlbarer Wohnraum. Das Mietrecht müsse verbessert werden, dabei habe die SPD bereits viel auf den Weg gebracht, Fechner verwies auf die Mietpreisbremse. Der müsse jetzt bundesweit Geltung verschafft werden, denn sie wirke – genauso wie der Berliner Mietendeckel. Sollte das Bundesverfassungsgericht urteilen, dass nur der Bund letzteren initiieren könne, will Fechner genau das bundesweit tun: In den Gegenden, in denen Wohnungsnot herrscht, solle das Modell des Mietendeckels gelten. Offensichtlich trage es dazu bei, dass die Mieten nicht ansteigen. Jan-Marco Luczak (CDU) hingegen warf der Linken-Abgeordneten Lay Realitätsferne vor. Deutschland habe ein außerordentlich soziales Mietrecht. Die Linken verhindern mit ihrer Politik, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Zur Kritik an Eigenbedarfskündigungen sagte Luczak, die Gerichte urteilten nach einer Interessenabwägung streng. Wer vorgetäuschten Eigenbedarf anmelde, sei schadensersatzpflichtig. Es dürfe aber keine pauschale Festsetzung geben. Laut Bundesverfassungsgericht hätten die Mieter eine starke Position, es müssten aber auch die Rechte von Eigentümern beachtet werden. Die Linken-Forderungen seien eigentumsfeindlich. Ähnlich argumentierte die FDP-Abgeordnete Katharina Willkomm. Sie lehnte das von

den Linken geforderte Verbot der Eigenbedarfskündigung für Mieter ab 70 ab. Man dürfe diese nicht über einen Kamm scheren, sagte Willkomm. Sie kritisierte, dass es für die Linken nur „Raffkes“ als Vermieter und nur arme Leute in Mietskasernen gebe. Diese Weltanschauung sei so „einseitig und unterkomplex“ wie der Linken-Antrag. Im Ergebnis der Forderungen käme es zu einer Erstarrung des Wohnungsmarktes und einer Beschneidung von Eigentumsrechten, so Willkomm.

Jens Maier (AfD) sagte, die Idee eines Kündigungsschutzes vor Eigenbedarf für Menschen ab 70 sei ethisch nachvollziehbar, es wäre aber unklug, dies gesetzlich zu regeln. Wer denn dann noch Wohnungen an Menschen mit 65 Jahren vermieten würde, fragte Maier. Die Folge werde sein, dass man Leute vor Erreichen des 70. Lebensjahres vor die Tür setzt. Maier verwies auf die Rechtsprechung, die Kündigungen von Mietern erschwere. Diese Regelungen reichten aus. *Michael Wojtek*

»Die Weltansicht der Linken ist einseitig und unterkomplex.«

Katharina Willkomm (FDP)

STICHWORT

Vorstöße der Opposition zum Mietrecht

> Schutz älterer Mieter Die Fraktion fordern in ihrem ersten Antrag (19/10283) die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Kündigung wegen Eigenbedarfs für Mieter über 70 Jahren bei vertragsgemäßem Gebrauch ausschließt.

> Mehr Kündigungsschutz Auf einen Gesetzentwurf für einen verbesserten Kündigungsschutz dringt die Linkenfraktion auch in ihrem zweiten Antrag (19/10284). Der darin enthaltene Forderungskatalog umfasst acht Punkte. Unter anderem soll der Schutz so verbessert werden, dass die Ausgliederung eines Mietrückstandes neben der fristlosen auch die fristgemäße Kündigung unwirksam werden lässt.

> Coronabedingter Zahlungsausfall Die Grünen fordern (19/24634), dass zeitlich befristet zunächst bis zum 30. April 2021 für gewerbliche und nichtgewerbliche Miet- und -pachtverhältnisse über Grundstücke und über Räume erneut die Möglichkeit der vermietereitigen Kündigung bei mieterseitigem, coronabedingtem Zahlungsausfall ausgeschlossen wird.

Anzeige

Schwere Vorwürfe der Prüfer

WIRECARD Vor dem Untersuchungsausschuss berichtet ein Zeuge von Hindernissen bei den Prüfungen

Am mangelnden Beharrungsvermögen der Abgeordneten hat es belleibige nicht gelegen: Satte 14 Stunden lang bemühte sich in der vergangenen Woche der 3. Untersuchungsausschuss („Wirecard“), das dunkle Umfeld um den Wirecard-Skandal aufzuhellen. Doch nur ein Zeuge gab bereitwillig Auskunft. Bei zwei führenden Männern der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY und einem Berater des Unternehmens Baker Tilly bissen die Abgeordneten auf Granit. Die drei ließen zahllose Fragen an sich abperlen und äußerten sich nur abstrakt zu ihren Aufgabenbereichen. Sie bekamen ein Ordnungsgeld von je 1.000 Euro aufgebürdet. Diese Zeugen sprachen von der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung, wenn sie sich nicht an ihre Verschwiegenheitspflicht hielten. Davon waren sie zwar vom Insolvenzverwalter und der neuen Unternehmensspitze befreit worden. Doch die ursprünglichen Auftraggeber – die alte Führung – müssten dies auch tun. Die schillerndste Figur dieser Riege, Jan Marsalek, ist jedoch abgetaucht. Nach Marsalek wird mit internationalem Haftbefehl wegen Betrugs in Milliardenhöhe gefahndet. Die Anwälte der Aussageverweigerer sprachen von einer uneinheitlichen Rechtslage und hoben auf eine richterliche Klärung ab.

Ob EY-Mitarbeiter beim Durchforsten der Bilanzen für die Jahresabschlussprüfungen der Wirecard AG sorgfältig genug vorgegangen sind, dem geht derzeit die zuständige Aufsichtsbehörde nach. Gegen zwei Wirtschaftsprüfer laufen berufsrechtliche Ermittlungen. Auch sie verweigerten als Zeugen die Aussage. Ihnen ließen die Abgeordneten das durchgehen, weil die Zeugen sich womöglich selbst belasten könnten. Offenkundig sei viel misstrauischer als sie betriebe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG die Durchleuchtung der Wirecard-Finanzdaten. Das Unternehmen war im Oktober 2019 vom damaligen Aufsichtsrat mit einer Sonderprüfung beauftragt worden – nach Berichten über massive Unregelmäßigkeiten bei Wirecard. Der Leiter der Untersuchung, Alexander Geschonneck, sprach von einer ganz normalen Aufgabe für Profis: „Man kann ausreichend Prüfungsnachweise erlangen. Das ist keine Raketenwissenschaft.“ Gleichzeitig bissen sich auch er und sein zeitweises bis zu 40 Köpfe großes Team ein halbes Jahr lang an Wirecard fast die Zähne aus. Von dem Unternehmen seien „erhebliche Hürden und Hindernisse“ aufgebaut worden: So seien Unterlagen gar nicht oder zu spät geliefert worden, Termine wurden kurzfristig verschoben oder platzen ganz. Er beschrieb, wie beispielsweise KPMG an-

geblichen Konten und Kunden von Wirecard in Asien nachspürte. Dort arbeitete der Finanzdienstleister nach eigenem Bekunden mit Drittanbietern zusammen. Die Sonderuntersucher hätten „keine ausreichenden und angemessenen Nachweise“ etwa für Umsatzerlöse oder Händlerbeziehungen ausgemacht. In Manila sei ihnen in zwei Bankfilialen nur mündlich mitgeteilt worden, dass es Konten gebe. Zugesagte Unterlagen seien nie übergeben worden, sagte Geschonneck. KPMG legte den Bericht Ende April vor und ließ sich laut Geschonneck nicht von einem klaren Befund abbringen: „Wir haben einfach die Fakten für sich sprechen lassen.“ Am Ende gestand Wirecard selbst Luftbuchungen über 1,9 Milliarden Euro ein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, ob das Unternehmen seit 2015 nur noch Scheingewinne ausgewiesen hat. Seit Jahresmitte ist es insolvent. Der Schaden für Aktionäre geht in die Milliarden. Ob Aufsichtsbehörden zu sehr wegesehen haben: Dies vor allem will der Untersuchungsausschuss herausfinden. *Franz Averdunk*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Besserer Verbraucherschutz im Inkassorecht

Der Verbraucherschutz im Inkassorecht soll verbessert werden. Der Bundestag beschloss am vergangenen Freitag ein entsprechendes Gesetz der Bundesregierung (19/20348). Es geht vor allem um mehr Transparenz bei den Inkassokosten; die Geschäfts- und die Einigungsgebühr sollen angepasst werden. Oppositionsanträge zum Verbraucherschutz im Inkassorecht wurden abgelehnt.

Opposition möchte Wirtschaftsprüfung reformieren

Neuregelungen mit mehr Schutz vor Betrug soll es auch in der Wirtschaftsprüfung geben – zumindest nach dem Wunsch der Opposition. Der Bundestag hat am Freitag über Vorlagen von Linken und Grünen zur Reform der Wirtschaftsprüfung diskutiert (19/22204, 19/23730). Erstere möchten, dass Prüfer zentral bestellt und honoriert und nicht mehr frei von Firmen beauftragt werden. Letzere wollen die Abschlussprüfung neu regeln, um Bilanzbetrug schnell aufzudecken. Der Rechtsausschuss wird weiter über die Anträge beraten. *pez*

DAS LEBEN ÄNDERT SICH
Bitte benachrichtigen Sie uns bei:
Namensänderung
Adressänderung
Änderung der Bankverbindung
Telefonisch unter: 089-85853832,
via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de
oder online unter:
www.das-parlament.de/aboservice

AUFGEKEHRT

Viren und Wirte

Wozu zur Hölle sind eigentlich Viren gut? Bakterien, fein, brauchen wir, im Darm und so. Pilzkulturen, auch wichtig wegen der Antibiotika. Aber Viren? Viren sind die Populisten der Mikrobiologie: Sie haben Macht, verbreiten Angst und Schrecken, werden ohne ersichtlichen Grund immer zahlreicher, sind niemals einsichtig oder gar verhandlungsbereit und reißen sekundenschnell ein, was andere mühsam aufgebaut haben. Kanzlerin Merkel würde sagen: „Für sowas habe ich keine Zeit.“ Die eifrigen Virologen, sozusagen die Anti-Terror-Einheit gegen unsichtbare Gegner, erklären das Phänomen so: Viren seien, evolutionär betrachtet, dazu da, den Wirt zu stärken. Das werden die Wirte dieser Tage nicht gerne hören, denn die haben zumeist gar keine Gäste mehr. Trotzdem haben die Virologen recht: Viren suchen sich einen Wirt, weil sie sonst nicht überleben könnten. Doppelt oder nichts, quasi wie im Kasino. Der Wirt tut derweil alles, um den ungeliebten Gast los zu werden und denkt sich dabei immer neue Tricks aus: Drohungen, Türsteher, höhere Preise. Und zack, das Virus springt woanders hin oder gar nicht mehr. Das Prinzip ist, erdgeschichtlich gesehen, uralte, mindestens aus den 1960er Jahren. Frühe Rockgruppen haben nach Auftritten auch gerne mal das Hotelzimmer zerlegt, eine künstlerische Übersprungshandlung, und alle hatten etwas davon: Die Klatschpresse ihren Skandal, die Hotels einen legendären Ruf und die Stars ihren Spaß. Irgendwann ist Feierabend, die randalierenden Gäste sinken tot oder todmüde ins Bett, der Wirt schiebt erleichtert die Scherben zusammen und Beobachter fragen sich, was als nächstes kaputt geht. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 75 JAHREN...

Vom Politikverbot zur Kanzlerschaft

4.12.1945: Adenauer darf wieder in die Politik. „Eben wurde mir von dem Brigadier eine in scharfem Ton gehaltene Verfügung vorgelesen, in der mir mitgeteilt wurde, dass ich das in mich gesetzte Vertrauen wegen Wohnungsbau, Schutt, der Versorgung vor dem Winter nicht gerechtfertigt habe und daher ab heute meines Amtes entbunden sei“, schrieb Konrad Adenauer am 6. Oktober 1945 an einen Freund. Erst fünf Monate



Konrad Adenauer (CDU, Mitte) 1945 in seiner Zeit als Kölner Oberbürgermeister.

zuvor war der spätere Kanzler von amerikanischen Truppen wieder als Kölner Oberbürgermeister eingesetzt worden. Nun untersagte ihm die britische Militärregierung „irgendeine wie auch immer geartete politische Tätigkeit“. Am 4. Dezember wurde das Verbot allerdings wieder aufgehoben. Es gibt mehrere Theorien, warum die Briten Adenauer entlassen hatten. Eine stützt sich auf einen Vermerk des Brigadiers John Barraclough, der schrieb, man habe „Grund zu der Annahme“ gehabt, dass Adenauer „politischen Aktivitäten gegenüber den Amerikanern“ und Franzosen „nachging“. „Politik zu machen war den Deutschen im September 1945 nicht gestattet.“ Nach Adenauers Rehabilitierung begann 1946 seine parteipolitische Karriere. Im Januar schlossen sich die acht CDU-Landesverbände der britischen Besatzungszone zum sogenannten Zonenverband zusammen. Der inzwischen 70-Jährige wurde zum Leiter des Zonenausschusses gewählt, später unter anderem zum Vorsitzenden im rheinischen CDU-Landesverband. Im August 1949 zog Adenauer als Direktkandidat in den Bundestag ein, am 15. September wurde er erster Kanzler der Bundesrepublik. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: WEIHNACHTEN IM BUNDESTAG



Pünktlich zum ersten Advent: Vizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU, rechts) und Lebenshilfe-Bundesvorsitzende Ulla Schmidt (SPD links) nahmen im Berliner Paul-Löbe-Haus einen ungewöhnlich geschmückten Weihnachtsbaum der Bremer Lebenshilfe im Empfang. © DBT/Henning Schacht

Maritimes Flair mit Botschaft

Spätestens jetzt wüssten „wir Bayern“, dass es auch im Norden Weihnachten gibt, sagt Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU) und blickt mit einem Schmunzeln auf die Nordmannanne, die die Fensterfront zur Spree im Berliner Paul-Löbe-Haus seit vergangener Woche schmückt. Weiße Fischgräten hängen an dem fünf Meter hohen Baum, rote Fische und Leuchttürme in beiden Farben, dazwischen Kugeln in sattem meeresblau: In jeder Tradition findet sich eine Nische für Neues. Der weihnachtliche Baumschmuck kommt jedes Jahr von der Lebenshilfe, als Dank an die Abgeordneten für die Berücksichtigung ihrer Klienten bei Gesetzgebungsverfahren und überhaupt der täglichen Arbeit im Bundestag. In diesem Jahr waren Menschen mit Behinderung aus Bremerhaven an der Reihe mit Basteln. Drei Wochen lang schnitten sie aus Sperrholz Figuren aus und bemalten sie;

einzig Vorgabe sei gewesen, „Weihnachtsgrüße aus dem Norden“ zu senden, sagte die Bundesgeschäftsführerin der Lebenshilfe, Jeanne Nicklas-Faust. Am vergangenen Donnerstag übergab der Verein, der sich bundesweit für Menschen vor allem mit geistigen Behinderungen einsetzt, den Baum an Friedrich als Vertreter des Bundestags. „Weihnachten hat im Bundestag mit dem heutigen Tag begonnen“, sagte der Vizepräsident. Gerade in diesem Jahr sei man für Licht und Wärme dankbar. Die Sichtbarkeit des Selbsthilfeverbands sei aktueller und dringlicher denn je, ergänzte die Lebenshilfe-Bundesvorsitzende und Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD). Menschen mit geistiger Behinderung lebten von enger Kommunikation und direktem Kontakt mit anderen Menschen. Die Corona-bedingten Maßnahmen trafen sie besonders hart. Das Schließen sämtlicher Einrichtungen zu Beginn der Pande-

mie-Maßnahmen sei ein zusätzlicher Schlag gewesen – auch für die Eltern. Alle Fördermaßnahmen fielen weg, alles musste sich zu Hause abspielen. Inzwischen habe sich die Situation deutlich verbessert, die Belange der Menschen mit Behinderung würden erkannt und nach und nach berücksichtigt, sagte Schmidt. Als Bitte gab die frühere Bundesgesundheitsministerin Friedrich mit auf den Weg, die Lebenshilfe-Einrichtungen und die Menschen, die sie nutzen und in ihnen arbeiten, bei anstehenden Entscheidungen mit zu bedenken. Eigentlich wären die Bremerhavener selbst gekommen, um ihren Baum zu übergeben und Lieder mit nordischem Klang anzustimmen. Dies war aufgrund der Pandemie-Situation nicht möglich – das maritime Weihnachtsflair im Paul-Löbe-Haus muss in dem kommenden Wochen als Blickfang ausreichen. *Kristina Pezzei*

LESERPOST

Zur Ausgabe 46-47 vom 09. November 2020, „Die neue Zaubertechnik“ auf Seite 9:

Der informative, ganzseitige Artikel und die Rede der Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Daniela Kolbe (SPD), bedürfen der „Erweiterung“. Ein terminologisches Denken gibt der Sache Grundlage, Halt und Perspektive, sodass das Eigentliche erfasst wird: Menschliche Kreativität, Intuition und Empathie sind mit KI nicht erreichbar. Intelligenz setzt Verstand, Vernunft und Geist voraus und ermöglicht ein abstraktes, logisches, systematisches, reflexives, intellektives und spekulatives Denken. Das Wort Intelligenz ist kein eindeutiger, klarer Begriff. Streng genommen gibt es keine wahre künstliche Intelligenz, nur menschliche. Nur einem Menschen kann man eventuell vertrauen, aber keinem KI-System. Ein Irrtum also, wenn

die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau von der Leyen, bei der Vorstellung des KI-Weißbuchs sagt: „Je mehr Daten wir haben, desto klüger werden unsere Algorithmen.“ Denn Klugheit als solche ist eine Qualität des menschlichen Geistes, speziell der „praktischen Vernunft“ und die ist ja gerade einem Computer oder Roboter inexistent. *Franz Georg Schröer, Arnberg*

Zum selben Artikel:

In der Tat eine gute Sache, die Enquete-Kommission zur Künstlichen Intelligenz (KI) vor zwei Jahren einberufen zu haben. KI zu nutzen, für eine verbesserte Mobilität, für eine bessere Gesundheitsversorgung, für eine bessere Verwaltung – welche Chancen dies bietet, zeigt sich gerade jetzt in der Corona-Pande-

mie. Viele Bürger, auch ich, begrüßen, dass die Auseinandersetzung über KI und die Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie im Parlament geführt wird. Die Debatten dienen dazu, dass die Menschen sensibilisiert und aufgeklärt werden, um letztendlich auch mitentscheiden zu können, ob sie die Technologie als Chance oder Bedrohung sehen. *Ursula Reichert, Hanau*

Zur Ausgabe 48 vom 23. November 2020, „Impfstoffe in der Pipeline“ auf Seite 3:

In einem Leserbrief im Münchner Merkur las ich: „Ist unseren Politikern unbekannt, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben, und nicht in einer Diktatur, die rücksichtslos das Parlament ausschaltet? Die Gerichte

werden viel Arbeit bekommen. Oder werden sie mundtot gemacht?“ Der Bundestag ist das Parlament und die wichtigsten Aufgaben sind die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung. Leider fand dieses „Regieren der Regierung“ oft nur in Hinterzimmern statt: Dort tagten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten, deren Beschlüsse danach jeweils als eine Art „undemokratisches Ersatzgesetz“ unters Volk gestreut wurden. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Zur Beilage „Leichte Sprache“ allgemein:

Die Entscheidung, eine Beilage in leichter Sprache anzubieten, will ich nicht weiter bewerten. Ich bitte aber darum, den Genetiv nicht mit dem umständlichen Wörtchen „von“ zu bilden, sondern direkt, mit dem zweiten Fall. Das ist leichter zu lesen und auch kürzer! *Otto Luchterhandt, Lüneburg*

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14. Dezember.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 07. – 11.12.2020

Etat des Finanzministeriums (DI),
Generalansprache Kanzleretat; (Mi)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Manfred Schneider
Bundestagsabgeordneter 1983-1987, 1990, CDU

Manfred Schneider vollendet am 4. Dezember sein 95. Lebensjahr. Der Goldschmied aus Idar-Oberstein in Rheinland-Pfalz, CDU-Mitglied seit 1962, gehörte von 1970 bis 2009 dem dortigen Stadtrat und von 1964 bis 1984 dem Kreistag in Birkenfeld an. Der Christdemokrat engagierte sich im Deutschen Bundestag im Forschungs- sowie im Innenausschuss.

>Manfred Todtenhausen
Bundestagsabgeordneter 2012-2013, seit 2017, FDP

Manfred Todtenhausen wird am 8. Dezember 70 Jahre alt. Der Elektromeister aus Wuppertal trat 2002 der FDP bei, ist seit 2013 dort wieder stellvertretender Kreisvorsitzender und seit 2006 stellvertretender Vorsitzender des FDP-Bezirks Düsseldorf. Von 2004 bis 2017 war Todtenhausen Ratschherr in Wuppertal. Im Bundestag ist er zur Zeit Mitglied des Petitions- sowie des Wirtschaftsausschusses.

>Joachim Hubertus Nowack
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Am 10. Dezember begeht Joachim Hubertus Nowack seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Physiker aus Wurzen/Kreis Leipzig zählte im Januar 1990 zu den DSU-Mitbegründern, war geschäftsführender Vorsitzender und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im September 1990 trat Nowack der CDU bei.

>Günther Bredehorn
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, FDP

Günther Bredehorn vollendet am 11. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der Landwirt aus Bockhorn/Kreis Friesland schloss sich 1977 der FDP an und stand von 1982 bis 2000 an der Spitze des Landesfachausschusses Agrarpolitik Niedersachsen. Von 1977 bis 1996 war der Liberale Kreistagsmitglied in Ammerland und Friesland und von 1991 bis 1996 stellvertretender Landrat des Kreises Friesland. Bredehorn arbeitete im Bundestag stets im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Norbert Wiczorek
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1984-2002, SPD

Am 12. Dezember wird Norbert Wiczorek 80 Jahre alt. Der Diplom-Kaufmann aus Rüsselsheim trat 1967 der SPD bei und gehörte von 1974 bis 1999 dem Unterbezirksvorstand Groß Gerau an. Von 1972 bis 1981 war er Stadtverordneter in Rüsselsheim und von 1976 bis 1993 Kreistagsabgeordneter. Wiczorek, von 2000 bis 2002 stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, dessen Vorsitz er von 1994 bis 1998 inne hatte. Von 2000 bis 2002 gehörte er dem Gemeinsamen Ausschuss sowie dem Vermittlungsausschuss an. Von 1992 bis 2002 war Wiczorek Mitglied der Nordatlantischen Versammlung.

>Christina Fritsch
Bundestagsabgeordnete 1990, SPD

Christina Fritsch wird am 12. Dezember 70 Jahre alt. Die Lehrerin aus Mülsen/Kreis Zwickau trat im Dezember 1989 der SDP, der späteren SPD, in der DDR bei. Von 2002 bis 2008 war sie Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Sachsen. 1990 gehörte die Sozialdemokratin der ersten freigewählten DDR-Volkskammer an.

>Monika Ganseforth
Bundestagsabgeordnete 1987-2002, SPD

Am 15. Dezember vollendet Monika Ganseforth ihr 80. Lebensjahr. Die Diplom-Ingenieurin trat 1974 der SPD bei. Von 1976 bis 1986 war sie Ratsfrau in Neustadt am Rübenberge, gehörte dem SPD-Bezirksvorstand in Hannover an und war Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Bezirk Hannover. Die Sozialdemokratin engagierte sich im Forschungs-, im Umwelt- sowie im Verkehrsausschuss.

>Birgit Wöllert
Bundestagsabgeordnete 2013-2017, Die Linke

Birgit Wöllert wird am 15. Dezember 70 Jahre alt. Die Diplom-Lehrerin aus Spremberg trat 1976 der SED bei, wurde 1989 PDS- bzw. Mitglied der Partei Die Linke. Wöllert, seit 1990 langjährige Stadtverordnete und seit 1998 auch Kreistagsabgeordnete, war von 2004 bis 2013 Brandenburgische Landtagsabgeordnete. Im Bundestag wirkte sie im Gesundheits- sowie im Petitionsausschuss mit.

>German Meneses Vogl
Bundestagsabgeordneter 1989-1990, Die Grünen

German Meneses Vogl wird am 16. Dezember 75 Jahre alt. Der Soziologe peruanischer Herkunft aus Berlin wurde 1979 dort Mitglied der Alternativen Liste und gehörte 1981/82 deren Landesvorstand an. Im Bundestag war Vogl Mitglied des Innenausschusses. *bmh*



Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Es gibt Licht am Ende des Tunnels



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Vor vier Wochen, am 28. Oktober, haben die Regierungschefinnen und chefs des Bundes und der Länder angesichts eines damals dramatischen exponentiellen Anstiegs der Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus weitreichende Kontaktbeschränkungen beschlossen. Diese sind seit dem 2. November in Kraft. Sie waren unausweichlich, weil die Gesundheitsämter in weiten Teilen unseres Landes trotz personeller Verstärkung und Unterstützung durch Bund und Länder nicht mehr ausreichend in der Lage waren, die Kontakte von Infizierten nachzuverfolgen und die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Genau daraus resultierte auch das exponentielle Wachstum.

Ich habe dann in meiner Regierungserklärung am 29. Oktober dieses Jahres erläutert, dass und warum die Maßnahmen, die wir ergreifen mussten, geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind und dass und warum es insbesondere kein anderes, milderes Mittel als konsequente Kontaktbeschränkungen gibt, um das Infektionsgeschehen zu stoppen und umzukehren.

Heute, vier Wochen später, können wir feststellen: Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Kontakte um circa 40 Prozent zurückgegangen sind. Das dramatische exponentielle Wachstum der Zahl der Neuinfektionen konnte gestoppt werden. Es ist nicht auszudenken, wo wir heute stünden, wenn wir vor vier Wochen, als es buchstäblich fünf vor zwölf war, nicht zu dieser nationalen Kraft-

anstrengung bereit und in der Lage gewesen wären.

Zu dieser nationalen Kraftanstrengung gehörte auch – dafür möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal danken – die Abstimmung zum Dritten Bevölkerungsschutzgesetz hier im Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche. Unsere parlamentarische Demokratie, sie ist leistungsfähig, sie kann Entscheidungen sehr schnell treffen, und sie ist für die Bürgerinnen und Bürger ein Anker des Vertrauens, gerade in Zeiten wie diesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Schlimmste, die Überforderung unseres Gesundheitssystems mit allen medizinischen und in der Folge natürlich auch mit allen wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen und ethischen Folgen, konnte also bislang verhindert werden. Das ist ein erster Erfolg. Aber es ist noch kein nachhaltiger Erfolg; denn die bisherigen Kontaktbeschränkungen haben zwar zu einer Seitwärtsbewegung der Infektionszahlen geführt, noch nicht aber zu der so dringend notwendigen Trendumkehr nach unten. Anders gesagt: Die Fallzahlen stagnieren auf einem hohen, einem viel zu hohen Niveau, und noch immer steigen die Infektionszahlen in einigen Regionen unseres Landes an, anstatt zu sinken.

Außerdem wächst die Zahl der Menschen, die wegen einer Covid-19-Erkrankung intensiv medizinischbehandelt werden müssen. Erst vorgestern mussten wir einen traurigen Rekord bei der Zahl der an oder mit Covid-19 verstorbenen Menschen verzeichnen. Das muss uns mit Sorge erfüllen. Denn unverändert gilt: Wenn wir mit konsequenten Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens warten würden, bis die Intensivstationen unserer Krankenhäuser voll belegt sind – belastet sind sie schon jetzt –, dann wäre es zu spät. Diese Prämisse galt bei

den Beratungen von Bund und Ländern am 28. Oktober, und diese Prämisse galt auch bei den Beratungen und Entscheidungen gestern, und zwar medizinisch, wirtschaftlich, sozial und ethisch.

Ein Blick in manche unserer Nachbarländer müsste eigentlich auch genügen, um davon überzeugt zu sein, dass wir uns eine Überforderung unseres Gesundheitssystems und unserer Krankenhäuser ersparen sollten. Was im Übrigen ein sogenannter Lockdown tatsächlich ist und was ihn tatsächlich umfasst, das sehen wir nicht bei uns; da können wir uns glücklich schätzen. Allerdings – das will ich auch sagen – sehen wir inzwischen bei einigen unserer Nachbarländer auch deutlich fallende Zahlen in einem sehr hohen Tempo.

Ich weiß, wenn ich davon rede, dass wir nicht den härtesten Lockdown haben, welche Härten schon unsere Maßnahmen in Deutschland für viele Menschen bedeuten, welche Existenzängste sie hervorrufen. Viele Menschen, zum Beispiel aus der Kultur, der Gastronomie und dem Hotelbereich, können ihren Beruf kaum oder gar nicht ausüben. Sie machen sich große Sorgen, wie die kommenden Monate aussehen. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Bund mit verschiedenen Überbrückungshilfen viele Milliarden in die Hand nimmt, um die wirtschaftlichen

Folgen der Pandemie abzumildern.

Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: In der Pandemiebekämpfung geht es nicht um Gesundheit oder Wirtschaft, Gesundheit oder Bildung, Gesundheit oder Kultur, Gesundheit oder Soziales. In solchen Gegensätzen zu denken, ist ein häufiges Missverständnis. Immer geht es um beides: um Gesundheit und Wirtschaft, Gesundheit und Bildung, Gesundheit und Kultur, Gesundheit und Soziales. Denn was in der

Pandemiebekämpfung dem Ziel dient, das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen, das dient auch allem anderen und damit ganz besonders dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unser Ziel ist und bleibt es also, die Infektionszahlen so weit zu senken, dass die Gesundheitsämter wieder in der Lage sind, Infektionsketten zu erkennen und zu durchbrechen, das heißt eine Inzidenz kleiner als 50 Infizierte pro 100 000 Einwohner in 7 Tagen. Unser Ziel ist und bleibt es, dass alle Menschen, die wegen einer Covid-19-Erkrankung oder wegen anderer Erkrankungen behandelt werden müssen, die medizinische Versorgung bekommen können, die sie brauchen. Wir haben ein starkes Gesundheitssystem, das der Pandemie bis jetzt standgehalten hat, und wir müssen dafür sorgen, dass das auch so bleibt.

Vor diesem Hintergrund haben Bund und Länder gestern beschlossen, dass – erstens – Lockerungen der seit dem 2. November geltenden Kontaktbeschränkungen noch nicht möglich sind. Sie wären nicht verantwortbar. Zweitens. Die seit dem 2. November geltenden Kontaktbeschränkungen müssen über den 30. November hinaus fortgesetzt und an einigen Stellen durch zusätzliche Maßnahmen präzisiert und ergänzt, auch verstärkt werden. – Auf dieser Grundlage haben wir gestern unsere Beschlüsse gefasst.

Das setzt an, dass wir die Bürgerinnen und Bürger noch einmal aufrufen, jeden nicht notwendigen Kontakt zu vermeiden. Dazu gehören auch private Reisen, touristische Reisen, die nicht stattfinden sollten. Es naht die Skisaison: Wir werden uns in Europa um eine Abstimmung dahin gehend bemühen, alle Skigebiete schließen zu können. Es sieht leider nicht so aus, wenn man die österreichischen Verlautbarungen hört, dass uns das so einfach gelingen könnte. Aber wir werden es noch einmal versuchen.

Die am 28. Oktober 2020 beschlossenen Maßnahmen werden also verlängert. Für den Groß- und Einzelhandel, der geöffnet bleibt, gilt, dass für Verkaufsflächen ab 800 Quadratmetern in Zukunft eine Zugangsbeschränkung auf ei-

nen Kunden pro 20 Quadratmeter notwendig ist. Das gilt insbesondere für Einkaufszentren, wo die Gesamtverkaufsfläche angesetzt wird. Hier wird regelmäßig gesagt: Ja, es gibt doch eine Maskenpflicht, und wenn diese Maskenpflicht da ist, dann ist das Einkaufen doch ungefährlich und ohne jedes Risiko. – Da möchte ich noch einmal eine Bemerkung machen. Das Tragen von Masken – ich bin allen Bürgerinnen und Bürgern dankbar, die sich daran sehr gut halten – senkt das Risiko einer Infektion; es ist ein Schutz. Aber solange es keine medizinische Maske von der Qualität FFP2 oder 3 ist, ist es keine Sicherheit, dass es nicht doch zu Ansteckungen kommen kann.

Das genau ist der Grund, warum wir auch große Menschenmengen in Einkaufszentren vermeiden müssen. Ich finde, wir haben hier alle eine wirkliche Aufklärungspflicht. Wir dürfen die Men-

schen auch nicht in falscher Sicherheit wiegen. Mund-Nasenschutz plus Abstand, das ist das Allerbeste. Und ansonsten ist es ein Schutz für mich und für andere, wenn alle es tun. Aber es ist keine Sicherheit; das muss man auch immer wieder aussprechen.

Wir haben gestern auch eine Prognose über das angestellt, was zu Weihnachten und zum Neujahrstag sein wird. Angesichts des hohen Infektionsgeschehens gehen wir davon aus, dass die Beschränkungen, die jetzt vor Weihnachten gelten, bis Anfang Januar weiter gelten müssen, jedenfalls für die allermeisten Teile der Bundesrepublik Deutschland. Sollte sich die Infektionszahl in den nächsten Wochen dramatisch verringern – wir werden das vor Weihnachten noch einmal überprüfen –, dann können wir andere Schlussfolgerungen ziehen. Aber

Es wird insgesamt empfohlen, auf Silvesterfeuerwerk zu verzichten.

Wir dürfen die Menschen auch nicht in falscher Sicherheit wiegen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

die Menschen haben ein Recht darauf, eine Erwartung zu haben. Da müssen wir leider sagen, dass wir für Weihnachten und Neujahr keine Entlastung versprechen können.

Wir haben dann gestern noch einmal darüber gesprochen, dass wir in Deutschland ein sehr unterschiedliches Infektionsgeschehen haben. Wir haben jetzt eigentlich nur noch eine sehr kleine Zahl von Kreisen, in denen die Infektionsrate, die Inzidenz, unter 50 liegt. Wir haben aber inzwischen 62 Kreise und den Stadtstaat Berlin, in denen im Durchschnitt die Infektionsraten über 200 liegen. Deshalb ist neben der weiter geltenden Hotspot-Strategie, die immer für alles über 50 gilt und weshalb wir auch die umfassenden Maßnahmen gemacht haben, die im Augenblick gelten, noch einmal gesagt worden, dass zusätzlich zu den umfassenden allgemeinen Maßnahmen noch andere, weiter gehende Maßnahmen eingebracht werden können. Sie wissen von Kreisen – zum Beispiel von Hildburghausen in Thüringen –, wo die Inzidenz sehr hoch ist und wo man dann bis hin zur Ausgangsbeschränkungen, Ladenschließungen, Schul- und Kitaschließungen gegangen ist.

Ich kann nur sagen: Wir können nicht vom Durchschnittswert in Deutschland reden. Wenn Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gut dastehen, aber in Thüringen und Sachsen die Infektionszahlen weiter steigen, dann hilft uns der Durchschnitt nicht, sondern dann muss man lokal angepasst reagieren. Deshalb glaube ich oder hoffe ich, dass die Länder, deren Wunsch es war, bei einer Inzidenz von über 200 noch weiter gehende Maßnahmen zu ermöglichen, dann wirklich auch Gebrauch davon machen, damit wir zu einer insgesamt gesenkten Inzidenz kommen können.

Wir haben gestern noch einmal herausgearbeitet, dass es das A und O des Umgangs mit dem Virus und des Verhinderns einer Infektion ist, Kontakte zu reduzieren und, wenn sie stattfinden, sie unter den allgemeinen Regeln stattfinden zu lassen. Deshalb kommt natürlich den Zusammenkünften im privaten Raum eine ganz besondere Bedeutung zu. Mit Ausnahme von Weihnachten und der Zeit des Jahreswechsels verschärfen wir deshalb noch einmal die Ansagen und sagen, dass private Zusammenkünfte nur von einem Haushalt mit einem anderen und mit bis zu fünf Personen stattfinden dürfen. Nicht mitgezählt werden dabei Kinder unter

14 Jahren, weil sie für das Infektionsgeschehen nicht so relevant sind.

Das ist die Erkenntnis. Fünf Personen also aus zwei Haushalten mit Ausnahme von Kindern unter 14 Jahren! Es wird der Mund-und-Nasen-Schutz in allen Innenstädten und außen noch einmal verstärkt. Die Pflicht dazu wird von den Ländern noch einmal verordnet. In Arbeits- und Betriebsstätten ist ein Mund-und-Nasen-Schutz sowieso verpflichtend, sofern der Abstand von 1,5 Meter nicht eingehalten werden kann.

Es kann sein, dass noch vor Weihnachten Impfstoffe eintreffen.

Hochschulen und Universitäten sollen zu digitaler Lehre übergehen, mit wenigen Ausnahmen.

Für Weihnachten und den Jahreswechsel, vom 23. Dezember bis zum 1. Januar, haben wir

Sonderregelungen vereinbart. Hier soll es möglich sein, dass Menschen aus dem engeren Familienkreis und engeren Freundeskreis sich bis zu zehn Personen treffen können, maximal. Ich will ausdrücklich sagen: Es muss jeder mit sich abmachen, ob dieses Maximum immer ausgeschöpft werden muss oder ob man auch darauf verzichtet. Dazugehörige Kinder werden wieder nicht mitgezählt.

Wir werden die Ferien in allen Bundesländern am 19. Dezember beginnen lassen. Es wird darum gebeten, dass bei denjenigen, die Verwandte und Familie besuchen, insbesondere ältere Mitglieder der Familie, also Großeltern zum Beispiel, dann eine Woche des Schutzes vorgeschaltet wird, in der alles darangesetzt wird, die Kontakte wirklich zu minimieren, damit Weihnachten ein sicheres Weihnachten ist; denn wir wollen nicht, dass über die Feiertage die Infektionszahlen hochschnellen, meine Damen und Herren. Ich glaube, das ist unser gemeinsamer Wunsch.

Wir, Bund und Länder, werden mit den Religionsgemeinschaften sprechen, um möglichst Vereinbarungen für Gottesdienste und andere religiöse Zusammenkünfte zu treffen. Großveranstaltungscharakter dürfen solche Veranstaltungen nicht haben. Wir werden im öffentlichen Bereich in Deutschland keine Feuerwerke haben, und auch auf bestimmten Plätzen und Straßen wird das örtlich dann verboten sein. Es wird insgesamt empfohlen, auf Silvesterfeuerwerk zu verzichten. Wer das in kleinem Umfang im privaten Bereich machen will, kann das tun; das wol-

len wir nicht völlig verbieten. Aber auch hier appellieren wir an die Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Wir bitten die Arbeitgeber und Betriebsstätten, zu prüfen, ob man zwischen Weihnachten und Neujahr großzügige Homeoffice-Regelungen oder Betriebsferien anordnen kann, um auch hier sicherzustellen, dass wir in diesem Bereich möglichst wenig Kontakte haben, weil wir für diese Zeit ja im privaten Bereich etwas mehr Kontakte wollen. Wir wollen, dass in Einrichtungen wie Seniorenheimen und Behinderteneinrichtungen es kein Weihnachten der Einsamkeit wird, sondern dass Menschen auch dort die Möglichkeit haben, Besuch zu empfangen. Es ist ganz wichtig, dass wir nicht nur an unsere eigene Familie denken, sondern auch an die, die es in dieser Zeit wirklich sehr, sehr schwer haben. Das sollten wir alle nach außen ganz deutlich sagen.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich noch ein Wort zum Schutz vulnerabler Gruppen sagen. Wir haben uns überlegt, dass wir eine bestimmte Zahl von FFP2-Masken an die vulnerablen Gruppen für die Winterzeit geben. Der Bundesgesundheitsminister hat jetzt mit dem Bundesauschuss, der dafür zuständig ist, einmal definiert, wer dafür infrage kommt. Das sind 27 Millionen Menschen. Deshalb sollte niemand so tun, als könnte man vulnerable Gruppen in einem Land schützen – es sind 27 Millionen Menschen! –, indem man sie einfach aus dem öffentlichen Bereich herausnimmt. Das wird bei uns nicht gehen. Ich halte das auch nicht für ethisch vertretbar, um das ganz klar gesagt zu haben.

Meine Damen und Herren, ich werbe noch einmal für die Corona-Warn-App.

Einen langen Zeitraum in unseren Beratungen hat gestern noch einmal das Thema „Schule und Kitas“ eingenommen. Wir wollen, dass Kitas und Schulen offen sind; dabei bleibt es auch. Wir haben die Pflicht zum Maskentragen verschärft. Darüber haben wir Einvernehmen erzielt. Wir haben gesagt – wir haben die Empfehlungen des RKI, wir haben die Empfehlungen der Leopoldina gerade für die älteren Schüler –, dass zumindest in den Bereichen, wo die Inzidenz über 200 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in 7 Tagen liegt, Formen wie Hybridunterricht und Wechselunterricht durchgeführt werden. Ich halte das für absolut notwendig. Ich weiß, dass der Bund für Schulen keine direkte Verantwortung hat, aber wir haben eine Verantwortung für das gesamte Infektionsgeschehen. Wir können nicht

so tun, als ob ältere Schüler gar keinen Beitrag dazu leisten. Deshalb: Schule und Kita offen, aber da, wo wirkliche Hotspots der Hotspots sind – man muss ja sagen, bei über 200 pro 100 000 Einwohner sind es extreme Infektionslagen; wir wollen auf 50; ich will daran erinnern –, muss gehandelt werden.

Wir haben darüber gesprochen, dass Schülerverkehre entzerrt werden sollen, dass die Anfangszeiten der Schulen gestaffelt werden sollen, damit es eben nicht zu so vielen Kontakten kommt. Wir haben eine neue Kontrollstrategie für Schulen entwickelt. Ich weiß, dass auch Karl Lauterbach daran mitgearbeitet hat. – Ich weiß nicht, ob er da ist, aber Sie werden es ihm weitersagen.

Auf jeden Fall haben viele Menschen daran gearbeitet: Wie können wir in Schulen gut reagieren? Es soll eine sogenannte Cluster-

isolation geben. Das heißt: Das Gesundheitsamt stellt eine Gruppe fest, wenn ein Schüler infiziert ist. Diese Gruppe geht geschlossen, ohne dass man jeden einzelnen Kontakt nachverfolgt, fünf Tage lang in eine häusliche Clusterquarantäne, um dann durch Antigen-Schnelltests, die uns sowieso mehr Möglichkeiten bieten, nach fünf Tagen freigestellt zu werden. Das ist ein überschaubarer Zeitraum. Die Gesundheitsämter werden dadurch entlastet. Ich glaube, das ist eine gute Sache.

Wir werden insgesamt, weil wir jetzt die Antigen-Schnelltests in viel größerer Zahl zur Verfügung haben, auch die Quarantäneanordnung insgesamt verändern, auf zehn Tage verkürzen, mit Freitestung mit einem Antigen-Schnelltest nach diesen zehn Tagen. Das wird die Akzeptanz für Zeiten der häuslichen Quarantäne auch verbessern. Das soll ab 1. Dezember gelten.

Meine Damen und Herren, wir haben natürlich auch über die wirtschaftlichen Hilfen gesprochen. Hier möchte ich mich nun, wie gesagt, bei diesem Hohen Hause in besonderer Weise bedanken. Die Bundesregierung hat Novemberhilfen vorgeschlagen. Ich weiß, welche Belastung das jetzt auch für die Bundestagsfraktionen in den Haushaltsberatungen ist. Die werden ergänzt werden müssen durch Dezemberhilfen. Wir machen das; aber ich sage natürlich: Auch hier gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Das heißt, bestimmte Kontaktbeschränkungen, bestimmte Maßnahmen müssen sein, damit wir dann auch die Kraft aufbringen

für diejenigen, die die Last für uns tragen. Es sind jetzt bestimmte Branchen, die die Last für die ganze Gesellschaft tragen. Damit Schulen offen sind, damit Kitas offen sind, damit wir wirtschaften können, damit Betriebe offen sind, tragen die Gastronomie, die Hotellerie und die Kultureinrichtungen eine große Last. Deshalb müssen wir ein gemeinsames Interesse vereinbaren, die Anzahl der Kontakte wirklich so zu reduzieren, dass wir auch Wirkungen sehen; denn es ist ja klar, dass wir diese Art von Hilfen nicht bis Ultimo fortführen können. Das ist ein riesiger Beitrag mit großer Verschuldung unserer Bundeshaushalte 2020 und 2021. Das ist geboten. Das ist notwendig. Aber es muss auch hier immer darüber geredet werden, wie die Dinge alle miteinander zusammenpassen, meine Damen und Herren.

Wir haben ganz ohne Zweifel noch einmal schwierige Monate vor uns.

Wir haben natürlich auch über die Überbrückungshilfe III gesprochen, die neben den November- und Dezemberhilfen da ist. Wir haben Hoffnung, dass im Bereich der Impfstoffe sehr schnell Zulassungen erteilt werden. Das wird

das Problem nicht sofort lösen; aber es ist ein Licht am Ende des Tunnels. Wir werden die Wintermonate sicherlich noch mit einer großen Zahl an Menschen, die nicht geimpft sind, so durchstehen müssen. Aber ich glaube, dass wir da im nächsten Jahr doch einen deutlichen Fortschritt erleben. Es kann sein, dass noch vor Weihnachten Impfstoffe eintreffen. Wir haben verabredet, dass diese Impfstoffe dann den Menschen angeboten werden, die im medizinischen, pflegerischen Bereich arbeiten, und sie als Erste Zugriff darauf haben. Ich glaube, das entspricht auch dem Risiko, das diese Menschen eingehen werden.

Meine Damen und Herren, ich werbe noch einmal für die Corona-Warn-App. Wir haben einige Verbesserungen durchgeführt. Ich weiß, dass dazu eine rege Diskussion entstanden ist, die auch weitergeführt werden soll. Dazu wird es ein Treffen der Ministerpräsidenten mit Fachleuten geben, weil auch unter den Landesministerpräsidenten darüber sehr intensiv diskutiert wurde. Über 23 Millionen Menschen haben diese App heruntergeladen. Ich lade jeden ein, der uns zuhört und der sie noch nicht hat, doch diese App zu nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Coronaviruspandemie ist und bleibt die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg: für Deutschland, für die Eu-

ropäische Union und für die ganze Welt. Aber es gibt eben auch Anlass zur Hoffnung, und das verbindet sich mit den Impfstoffen. Hoffnung macht auch, dass wir heute ein so viel größeres Wissen über das Coronavirus und seine Wirkung haben als zu Beginn der Pandemie. Dieses Wissen ermöglicht uns manches. Dieses Wissen ernüchtert uns aber auch sehr, weil wir wissen: Dieses Virus lässt sich nicht betrügen und nicht umgehen. Es ist so, wie es ist, und hat

seine Verhaltensweisen.

Ich finde es unglaublich beeindruckend, wie anhand der einfachen Zahl der Kontakte Simulationen in der Wissenschaft heute ausrechnen können, welche Infektionszahlen wir nach einer bestimmten Zeit haben, wenn wir uns wie verhalten. Deshalb weiß man, dass man keinen Bogen um dieses Virus machen kann und nicht glauben sollte, man könnte es irgendwie dazu zwingen, sich anders zu verhalten, nur weil es in

Deutschland ist oder weil es vor einer Schule ist oder weil es an irgendeinem Platz ist.

Also: Es macht uns Hoffnung, dass wir mehr wissen, und es macht Hoffnung, dass die große Mehrheit der Menschen in Deutschland sich an die Dinge hält, die wir vereinbaren, und damit auch eine Eindämmung möglich macht.

Ich sage ganz deutlich: Wir haben es in der Hand. Wir sind nicht machtlos. Wir haben ganz ohne

Zweifel noch einmal schwierige Monate vor uns. Aber so wie wir Menschen schon so viele große Probleme in der Geschichte der Menschheit bewältigt haben, so kann auch jetzt in der Pandemie jeder und jede aktiv dazu beitragen, dass wir diese Zeit gut durchstehen.

In meiner Regierungserklärung am 29. Oktober habe ich gesagt – ich möchte das wiederholen -: Der Winter wird schwer, aber er wird enden. – Gerade jetzt, da wir

so viel an Weihnachten und an den kommenden Jahreswechsel denken, wünsche ich mir und wünsche ich uns allen, dass wir mehr denn je miteinander und füreinander einstehen. Wenn wir das beherzigen, werden wir aus der Krise kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Krisenbewältigung verlangt verlässliche Informationspolitik



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Die Kollateralschäden Ihrer Coronapolitik sind jetzt schon größer als die Schäden, die das Virus selbst anrichtet. Den größten Schaden haben Sie unserer Wirtschaft, unserem Mittelstand und unserer Rechts- und Verfassungsordnung durch das Dritte – sogenannte – Bevölkerungsschutzgesetz zugefügt. In rekordverdächtiger Eile haben Sie sich einen Blankoscheck für fundamentale und einschneidende Grundrechtseingriffe ausstellen lassen.

Dagegen haben die Menschen letzte Woche demonstriert, die Sie mit Wasserwerfern und Gewalt aufgerieben haben – ein Tief-

punkt für die demokratische Verfasstheit unseres Staates. Notstandsmaßnahmen müssen klaren, überprüfbaren und streng begrenzten Kriterien folgen und enger parlamentarischer Kontrolle unterliegen. Sie aber haben einfach Ihre zweifelhaften Maßnahmen in ein Gesetz hineingeschrieben, damit Sie möglichst, von Gerichten nicht belästigt, weitermachen können wie bisher. Das Parlament ist auch weiterhin Zaungast.

Wieder hat also eine von der Verfassung nicht vorgesehene Kungelrunde aus Kanzleramt und Ministerpräsidenten im virtuellen Hinterzimmer getagt, und wieder hat diese Runde Beschlüsse ausgehandelt, die tief in das Leben und in die Rechte von Bürgern und Unternehmen eingreifen. Was Sie den Bürgern zumuten, ist inkonsistent, widersprüchlich, von zweifelhaftem Nutzen und durchtränkt vom undemokratischen Geist obrigkeitstaatlicher Bevormundung.

Es geht den Staat schlichtweg nichts an, wer in seinen privaten Wohnräumen wann wen trifft und mit wem und in welchem Rahmen jemand Weihnachten mit der Familie, Angehörigen oder engen Freunden feiert. Das ist ungehörig, und das ist übergriffig. Begreifen Sie wirklich nicht, wie herablassend und verletzend es auf erwachsene mündige Bürger wirkt, wenn der Staat Gouvernante spielt und sich anmaßt, gnädig zuzuteilen, was an Festtagen noch erlaubt

sein soll und was verboten? Die staatliche Einmischung in Privatangelegenheiten und Familienleben vergiftet das gesellschaftliche Klima und fördert Erscheinungen wie Spitzeltum und Denunziation, so wie Anfang der Woche

im Söderland Bayern, als die Polizei auf einen Hinweis hin ein Rentnerkaffeekränzchen stürmte. Ganz ehrlich, unsere Polizeibeamten haben wirklich Besseres zu tun.

Keinem vernünftigen Menschen kann man das Chaos erklären, in das Sie Schulen und Bildungseinrichtungen stürzen, obwohl die Infektionsgefahr, die von ihnen ausgeht, nur gering ist. Statt zu lernen, müssen Kinder sich mit fragwürdigen Maskenpflichten he-

rumzuschlagen und in ständig gelüfteten Klassenzimmern frieren. Hat irgendjemand bei diesem planlosen Geschacher um Ferienverlängerungen an die Eltern gedacht, die oft gar keine zusätzlichen Urlaubstage übrig haben, um sich um ihre Kinder zu kümmern? Wer soll verstehen, dass es in Ordnung sein soll, in vollen Bussen und U-Bahnen zur Arbeit zu fahren, aber das Essen in Gaststätten mit weit auseinanderstehenden Tischen ein untragbares Risiko sein soll?

Was ist das für ein Treuebruch gegenüber all den Gastronomen, Einzelhändlern, Selbstständigen und kleinen Gewerbetreibenden, die bislang die Zähne zusammengebissen und durchgehalten haben? Viele haben in gutem Glauben nicht wenig investiert, um Hygienekonzepte umzusetzen, nur

Dauergängelung durch den Staat ist wirklich keine Lösung.

um sich wieder in einem Lockdown wiederzufinden. Dieser Lockdown wird viele endgültig um ihre Existenz bringen und lässt den Einzelhandel in verödeten Innenstädten am ausgestreckten Arm verhungern. Die Regierung bestraft also genau diejenigen, die alles richtig gemacht haben.

Dabei geben nicht einmal die Zahlen des RKI einen Beleg dafür her, dass das Schließen der Gastronomie nennenswerten Einfluss auf das Infektionsgeschehen hätte. Lockdowns ohne Ende stärken

den Staatssektor und zerstören auf Dauer den Mittelstand und die Vielfalt selbstständiger Gewerbetreibender und Freiberufler, auf denen die Stärke unserer Marktwirtschaft beruht. Gerade deshalb kommt es auf Eigenverantwortung der Bürger an, wenn wir einen Weg finden wollen, mit dieser Situation umzugehen. Dauergängelung durch den Staat ist wirklich keine Lösung. Unterschätzen Sie die Bürger nicht, und überschätzen Sie sich selbst nicht!

Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, die

Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens aufrechterhalten und investieren, die Kapazitäten, wo erforderlich, ausbauen und die Funktionsfähigkeit sicherstellen. Darüber hinaus – darauf habe ich bereits im März hingewiesen – muss er Vorkehrungen für den Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen und des medizinischen Personals treffen. Rechtzeitige Prävention wäre der richtige Weg gewesen.

Krisenbewältigung verlangt nüchterne, verlässliche Informationspolitik und muss auf klare, nachvollziehbare Kriterien gegründet sein. Das bekommen Sie bis heute nicht hin. Vor allem aber brauchen wir einen offenen, ehrlichen und unaufgeregten Dialog über das, was zu tun ist, und zwar bevor die Entscheidungen fallen und nicht nachher, so wie wir das heute hier tun. – Es ist mir schon klar, dass Sie das trifft.

In diese Debatte müssen alle sachlichen und gesellschaftlichen Positionen und Belange einfließen, und nicht nur diejenigen, die der Kanzlerin und einigen Ministerpräsidenten genehm sind. Kehren wir also zurück zur demokratischen Normalität.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



Die Ministerpräsidentenkonferenz und die Bundeskanzlerin berieten vergangene Woche über die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und die Regeln in der Weihnachtszeit.

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Die soziale Demokratie in Deutschland erhalten



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

Damen und Herren, war das der Zeitpunkt, so zu handeln.

Deswegen will ich auch sagen: Die Überlegungen, die gestern und in den Tagen zuvor angestellt worden sind, sind immer eine Güterabwägung, nicht mehr und nicht weniger. Ich möchte davor warnen, zu glauben, dass es die eine Entscheidung gibt, die alles besser macht. Diese eine Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es nicht.

Andere Länder in Europa haben dies in diesen Wochen schmerzlich feststellen müssen. Bei der Bewertung dieser Ergebnisse gelten die Schlüsselbegriffe fort: Verhältnismäßigkeit auf der einen Seite und Verantwortung auf der anderen Seite. Ich bin der festen Überzeugung, dem wurde gestern Rechnung getragen.

Bedrückend, meine Damen und Herren, ist die große Zahl der Menschen, die infolge bzw. an dem Virus gestorben sind. Hinter dieser Zahl verbergen sich tragische Momente. Sie werden weder durch Zynismus noch durch ab-

surde Vergleiche kleiner. Ich muss sagen, Kollegin Weidel, der Tiefpunkt in der vergangenen Woche war nicht der Beschluss eines wichtigen Infektionsschutzgesetzes, der Tiefpunkt in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie war Ihr Verhalten. Sie haben es erlaubt, dass es einen Angriff auf ein Verfassungsorgan gegeben hat. Ich kann nur noch mal sagen: Sie sind nur noch provokativ und bösartig. Anders ist Ihre Politik nicht mehr zu erklären.

Die Beschlüsse der Konferenz sind angemessen, nachvollziehbar und lebensnah.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Zuversicht ist angebracht. Frau Bundeskanzlerin hat dies gesagt. Ich will an erster Stelle an die vielen, an die Mehrzahl der Menschen erinnern, die bereit sind, vernünftige Regeln, wenn sie dann erklärt werden, einzuhalten. Solidarität und Nachbarschaften existieren fort, und die Menschen werden auch in den nächsten Tagen und Wochen vor dem Weihnachtsfest zeigen, dass Solidarität in diesem Land möglich ist.

Die wichtigste Nachricht, die wir in den letzten Tagen erhalten

haben, ist doch, dass es offensichtlich Impfstoffe gibt, die schützen, und dass sie bald zur Verfügung gestellt werden können. Deutsche Wissenschaftler, deutsche Kenntnisse, deutsches Wissen waren mit dafür verantwortlich, dass wir diese Hoffnung bekommen haben. Das bestätigt doch noch mal, dass dieses Land es schaffen kann, sich auch aus dieser Krise herauszubewegen.

Die entscheidende damit verbundene Botschaft ist, dass wir gleichzeitig gesagt haben, dass wir nicht dem nationalen Reflex nachgeben, sondern auf internationale Hilfe setzen, dass wir im Rahmen einer Impfstoffallianz helfen wollen, damit eben auch die Menschen in anderen Ländern, die nicht diese Voraussetzungen haben, in Zukunft über diesen Impfstoff verfügen. Das ist gelebte internationale Solidarität, meine Damen und Herren.

Ich sage auch: Die Vorbereitungen zur gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz waren überzeugend und weitgehend konstruktiv. Es gab wenige öffentliche Zwischenrufe, zumindest waren sie auf nur wenige hyperaktive Akteure begrenzt. Das gibt auch Grund zur Hoffnung. Deswegen sage ich: Es gibt Ernsthaftigkeit in den Beratungen, auch wenn sie gestern etwas länger gedauert haben. Aber das zeigt doch – ich sage es noch mal –, dass es wichtig gewesen ist, in einem System, das die föderale Machtbegrenzung kennt, zu Verbindlichkeit und Rechtssicherheit zu kommen.

Deswegen will ich mich noch mal dafür bedanken, dass es in der letzten Woche gelungen ist, in einem breiteren Konsens Rechtssicherheit und letztlich Verbindlichkeit herzustellen, nämlich beim Bevölkerungsschutzgesetz. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die trotz mancher Bedenken am Ende diesem Gesetzentwurf zugestimmt hat. Ich hätte mir gewünscht, dass auch Sie, Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, das getan hätten.

Bei uns war der Ministerpräsident Ramelow, der einige Wochen vorher um diese Rechtssicherheit gebeten hat. Ich bin dankbar, dass das Land Thüringen am Ende im Bundesrat diesem Gesetz zugestimmt hat.

Ich sage zum Schluss: Ich glaube, dass wir gerade durch die Herstellung dieser Möglichkeiten, dieser Beschlüsse, aber auch durch großzügige Hilfen Hoffnung schöpfen können. Gleichzeitig wollen wir die soziale Demokratie in Deutschland erhalten. Das machen die Maßnahmen deutlich: auf der einen Seite für den Arbeitsmarkt, aber auf der anderen Seite auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ich bin überzeugt, dass wir im Rückblick – hoffentlich – erkennen werden, dass wir verantwortungsvoll und mit dem richtigen Maß gehandelt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

Die Kosten zur Bekämpfung der Pandemie explodieren



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

© Christian Lindner/Olaf Heinen

Lage kann es keinen Zweifel geben, dass die Beschränkung unserer Kontakte, das Tragen von Masken und das Halten von Abständen genauso wichtig sind, wie die Beachtung der Regeln zur Hygiene notwendig ist.

Unser aller Disziplin entscheidet über den Gang dieser Pandemie. Deshalb stimmen Regierung und Opposition überein beim Appell an die Bevölkerung, das Leben weiter mit Verantwortungsgefühl, mit Vernunft und gegenseitiger Rücksichtnahme zu führen.

Der bayerische Ministerpräsident Söder hat gestern die tägliche Zahl der durch und mit Corona Verstorbenen mit Flugzeugabstürzen verglichen. Zu diesem Sprachbild mag sich jeder seine Meinung bilden. Den Blick auf die besonders Gefährdeten zu richten, ist aber notwendig. Aus Hessen ha-

ben wir die Statistik gehört, dass zwei Drittel der Sterbefälle Pflegeeinrichtungen zugeordnet werden mussten. Generell konzentriert sich das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs auf ältere Menschen und Menschen mit einer Vorerkrankung.

Letzte Woche habe ich meine 91 Jahre alte Oma besucht, in einer Einrichtung. Natürlich wurde auf alles geachtet: Maske, Abstand, man musste sich anmelden. Und dennoch war der Unterschied zu einer Medienproduktion augenfällig, zu der ich ebenfalls jüngst eingeladen worden war. Dort wurden die Teilnehmer nämlich zuerst in einer Schleuse separiert und einem Schnelltest unterzogen, und zwar zusätzlich zu Abstand und Maske.

Ich behaupte nicht, dass die gesamtstaatliche Krisenstrategie die

vulnerablen Gruppen vergisst. Aber im Kern ist doch der Ansatz, mit großem Aufwand, mit hohen Kosten, mit besonderer Strenge in der Breite Maßnahmen zu verhängen, um ein Übergreifen auf besonders Gefährdete zu verhindern. Von der Wirksamkeit beispielsweise eines Böllerverbotes bin ich dabei allerdings nicht überzeugt und auch nicht von der diskutierten pauschalen Halbierung des Schulunterrichts – was in dieser Form abgewendet werden konnte.

Die Qualität der Coronapolitik misst sich nicht an der Strenge der Verbote oder an der Höhe der Schulden für Finanzhilfen – die Qualität der Coronapolitik muss sich daran bemessen, wie gut sie die wirklich Gefährdeten schützt, und hier besteht Nachholbedarf. Wie wäre es daher, die beschworene nationale Kraftanstrengung darauf zu konzentrieren, einen Schutzschirm für besonders gefährdete Menschen aufzuspannen? Ja, das ist ein großer Teil der Bevölkerung; allein 850 000 Menschen sind in stationären Pflegeeinrichtungen. Frau Merkel hat die vom Gemeinsamen Bundesausschuss genannte Zahl – 27,35

Millionen Menschen – ebenfalls erwähnt.

Die Herausforderung ist fraglos groß; sie ist auch deshalb groß, weil ja aus Schutz nicht Isolation werden darf. Dennoch: Kosten und Aufwand wären gerechtfertigt, weil wir dort die schweren Krankheitsverläufe sehen und weil es zugleich ein Baustein sein könnte, um insgesamt wieder mehr öffentliches, kulturelles und wirtschaftliches Leben zu öffnen. Nicht ohne Regeln, aber mit klar definierten und behördlich überwachten Regeln wäre es eine Chance für Teile der Gastronomie, für die Kultur und den Sport und andere Betriebe.

FFP2-Masken werden jetzt zur Verfügung gestellt, Testkapazitäten auch. Aber dabei und darüber hinaus wäre mehr möglich und nötig. Wir bieten gerne einen Gedankenaustausch darüber an, was Bund, Länder, Gemeinden und Zivilgesellschaft zum Schutz vulnerabler Gruppen noch zusätzlich auf den Weg bringen könnten.

Stattdessen gibt es nun aber verlängerte und neue Einschränkungen, beispielsweise im Handel. Die einst von den Gerichten ver-

worfene 800-Quadratmeter-Regel ist in neuer Form zurück. Zukünftig stehen die Menschen also eng im Bus nebeneinander und danach in der Schlange vor dem Geschäft, um hernach, nach dem Einlass, 20 Quadratmeter für sich allein zu haben. Ist das sinnvoll? Wo ist die wissenschaftliche Evidenz dafür, dass das Virus mit zunehmender Verkaufsfläche gefährlicher wird?

Frau Merkel, Sie haben über die Maskenpflicht gesprochen. Natürlich bringt die Alltagsmaske keinen Ausschluss eines jeden Risikos. Aber es geht auch nicht um das Risiko null, sondern es geht um das verantwortbare Risiko. Und wenn man die Alltagsmaske für ein nicht verantwortbares Risiko hält, dann müssen wir die Bevölkerung flächendeckend mit medizinischen Masken ausstatten können. Oder wie wäre es, wenn wir für die besonders Gefährdeten Taxigutscheine ausgeben würden, damit sie nicht mit dem Bus fahren müssen, oder exklusive Zeit-

fenster für den Einkauf ermöglichen würden?

Unsere Befürchtung ist jedenfalls, dass Ihre Maßnahmen nur ein Beitrag zur Verödung der Innenstädte und zur Erhöhung der Marktanteile von Amazon sind, ohne für die Pandemiebekämpfung wirklich wirksam zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung prägt die gesamtstaatliche Krisenstrategie. Sie tut dies teilweise mit anderen Ansätzen, als wir sie empfehlen würden. Ich habe in den letzten Tagen wahrgenommen, dass die Unionsfraktion sich stärker in die Krisenbewältigung einschaltet und dabei eher auf Verschärfung drängt. Es kann also kein Zweifel bestehen, dass die Krisenpolitik der Regierung voll parlamentarisch durch die Mehrheit legitimiert ist, und

das akzeptieren wir. Aber dann müssen Sie auch die Konsequenzen aus Ihrer Politik vollständig ziehen. Sie haben zumindest die Kompensation der Schäden durch Hilfen angekündigt. Von der Novemberhilfe ist indessen aber noch nichts ausgezahlt.

Aus dem Novemberwellenbrecher, zeitlich befristet, ist ein Dezemberstillstand geworden.

Die Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit sollten also die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die nun notwendigen Dezemberhilfen unbürokratisch fließen, am besten dadurch, dass nicht ein neues Antragsverfahren für den Dezember erfolgt, sondern die Novemberhilfe einfach verdoppelt ausgezahlt wird.

Unverändert bliebe zudem richtig, die Verluste des Jahres 2020 bei der Steuer mindestens gegen die Gewinne der Jahre 2019 und 2018 voll anzurechnen.

Die Regierung und die sie tra-

gende Mehrheit müssen der Bevölkerung zudem die Frage beantworten, unter welchen Bedingungen und wie und wann der Stillstand im Land aufgehoben werden kann. Der Gesundheitsminister hat gesagt, das Virus habe eine lange Bremsspur. Umgekehrt gilt aber auch, dass das erneute Hochfahren des Landes einen Anlauf benötigt, etwa in der Kultur. Stillstand geht sofort, Neustart braucht Vorbereitung.

Es wurde im Vorfeld der gestrigen Bund-Länder-Runde angekündigt, es werde eine langfristige Gesamtstrategie vorgelegt, die Planbarkeit erlaubt. Das Resultat ist dagegen hinsichtlich der Langfristigkeit auch ernüchternd. Unsere Befürchtungen – hier Ende Oktober vorgetragen – haben sich bewahrheitet: Aus dem Novemberwellenbrecher, zeitlich eng befristet, ist ein Dezemberstillstand geworden. Und wie lange muss dieser dauern, bis wir von der aktuellen Inzidenzzahl auf unter 50 oder sogar auf unter 35 kommen?

Im Januar sicher nicht. Eine hinreichende Zahl von Impfungen werden wir vermutlich auch im Frühjahr nicht erreichen.

Der Kanzleramtsminister sagte nach der Runde im Kanzleramt heute Morgen in den Medien, dass man bis mindestens März mit diesem Stillstand rechnen müsse. Gibt es demnach dann auch im Januar, Februar und März Hilfen aus dem Bundeshaushalt für die von Schließung betroffenen Unternehmen? Heute ist eine Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt 2021, und am Morgen dieser Bereinigungssitzung wird angedeutet, dass der Stillstand bis März 2021 andauern könnte, vielleicht sogar noch länger. Die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Pandemiebekämpfung explodieren. Jedenfalls ist das keine langfristig durchhaltbare Strategie, die Sie verfolgen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ralph Brinkhaus, CDU:

Führen in der Krise heißt auch, den Menschen etwas zuzumuten



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Fünf Anmerkungen zum gestrigen Gipfel. Lassen Sie mich als erste Anmerkung einfach noch mal Dank aussprechen – weil man das gar nicht oft genug sagen kann -: Viele Menschen in diesem Land kämpfen, viele Menschen in diesem Land kämpfen erfolgreich, und gerade in den letzten vier Wochen gab es eine besondere Belastung auch für viele Branchen. Das waren nicht nur die Gastronomen, das waren nicht nur die Hotelbesitzer, sondern – wir kriegen das hier als Abgeordnete täglich mit – das waren die Brauereien, das war der Einzelhandel, das waren viele, viele Zulieferer für diese Bereiche. Sie haben echt eine Last, wie die Bundeskanzlerin gesagt hat, auch für das ganze Land getragen, und dafür müssen wir einfach noch mal

Danke sagen an dieser Stelle. Das ist nicht selbstverständlich.

Ich möchte auch noch mal Danke sagen an die Menschen, die im Ehrenamt tätig sind, im Sport und im Kulturbereich, die jetzt auch alles runterfahren mussten und die versuchen, irgendwie diese Zeit zu überbrücken und zu überwinden. Auch da ist Großartiges geleistet worden – wie übrigens auch vom Großteil der Bevölkerung, die unglaublich diszipliniert mit einem unglaublichen Beharrungsvermögen mitmacht.

Was ich sehr, sehr schade finde, meine Damen und Herren, ist, dass die kleine, aber laute Minderheit in der Öffentlichkeit mehr vorkommt als die übergroße Mehrheit der Menschen, die dieses Konzept mitträgt. Natürlich ist Widerspruch in einem demokratischen System notwendig; das ist klar. Aber manchmal habe ich das Gefühl, dass die Grenze zwischen Widerspruch, der notwendig ist, und dem politischen Geschäftsmodell, das daraus gemacht wird, ziemlich verschwommen ist. Das finde ich sehr, sehr schade, und das finde ich sehr, sehr unangemessen, weil es der Situation überhaupt nicht angemessen ist und überhaupt nicht passt.

Zweite Bemerkung. Am Ende entscheiden die Zahlen, und die Zahlen sind immer noch schlecht. Ja, sie sind besser geworden. Ja,

wir haben den Anstieg der Dynamik gestoppt. Aber trotzdem reicht es nicht. Wer sich heute Morgen die RKI-Zahlen und insbesondere die Zahl der Menschen, die gestorben sind, angeguckt hat, der weiß: Wir sind noch lange nicht am Ende beim Kampf gegen die Pandemie, auch wenn der eine oder andere da was anderes behauptet, meine Damen und Herren.

Dieser Kampf geht auch ins medizinische System hinein. Ich weiß nicht, wer von Ihnen Kontakte zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem medizinischen System gehabt hat. Die machen sich Sorgen, in den Hausarztpraxen, die Helferinnen, die Krankenpfleger, die Ärzte und insbesondere die Menschen, die jeden Tag diesen Dienst auf den Intensivstationen leisten. Auch dafür ein Dankeschön! Auch ihnen sind wir es schuldig, dass wir diese Pandemie bekämpfen, meine Damen und Herren. Deswegen ist es auch richtig, dass sich die Ministerpräsidenten gestern mit der Bundesregierung getroffen haben, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Ganz ehrlich – ich weiß, es lag nicht an der

Bundesregierung -, ich hätte es mir zwei Wochen früher gewünscht. Hier haben wir zwei Wochen verloren; auch das gehört zur Wahrheit dazu. Aber gut, dass was geschehen ist.

Dritte Bemerkung. Was ist die Währung, die im Kampf gegen die Pandemie entscheidend ist? Das ist natürlich die Reduktion von Kontakten. Wenn wir uns darüber einig sind, dass die Reduktion von Kontakten Infektionen vermeidet, weil wir aufgrund der Zahlen nicht mehr jeden Einzelfall nachverfolgen können, weil wir nicht mehr bei jedem Einzelfall wissen, wo sich die Leute angesteckt haben, dann haben wir drei Bereiche, wo wir Kontakte reduzieren können:

Der erste Bereich ist die Wirtschaft, von der Fabrik bis zum Einzelhandel. Zu dem zweiten Bereich, Schule und Kita, sagen wir zu Recht: Wir wollen die Schulen und Kitas so lange wie möglich offen halten. Und der dritte Bereich ist der Freizeit- und Privatbereich. Wenn ich im ersten Bereich – Wirtschaft – und im zweiten Bereich – Schule und Kitas – so viel wie möglich offen halten möchte, dann muss ich im dritten Bereich die Kontakte reduzieren. Das ist eine sehr einfache Rechnung. Deswegen sind diese Maßnahmen, die beschlossen worden sind, auch richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei der vierten Bemerkung geht es um die Bewertung der gestern beschlossenen Maßnahmen im

Einzelnen.

Verlängerung der Maßnahmen: Ja, das ist richtig, und das ist notwendig. Ich habe schon Anfang November gesagt, dass wir keine Garantie haben, dass wir im Dezember die Maßnahmen nicht verlängern müssen. Das wurde nicht gerne gesehen. Es war aber leider wahr. Was ich mir gewünscht hätte, wäre vielleicht, dass man nicht um jeden Quadratmeter – bei allem Verständnis für den Einzelhandel – gefeilscht hätte. Ich weiß nicht, ob das am Ende richtig war.

Was ich mir vor allen Dingen gewünscht hätte, wäre, dass wir die sogenannte Hotspot-Strategie ein bisschen einheitlicher organisiert hätten, als das gestern im Papier der Fall war. Denn eines ist auch richtig: Ein Landkreis, der ein Hotspot ist, trägt nicht nur die Verantwortung für die eigene Bevölkerung, sondern auch für die Nachbarlandkreise, für die Nachbarbundesländer. Insofern ist es eine überregionale Aufgabe, diese Hotspots einzudämmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein weiterer Bereich – da sind zusätzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht worden – sind die Wintermaßnahmen. Darüber, ob die jetzt erst zum 1. Dezember kommen sollten oder nicht vielleicht schon früher hätten in Kraft treten müssen, kann man sich streiten. Es ist richtig, dass die Zahl der Kontakte noch mal reduzieren. Und es ist richtig, dass die Maskenpflicht noch mal erweitert wird. Insofern waren das gestern gute Beschlüsse.

Fortsetzung auf nächster Seite

Mich beschleicht das Gefühl, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, um die Welle zu brechen.

Dann ist auch über Weihnachten gesprochen worden; ein unglaublich emotionales Thema: Weihnachten als Fest der Familie. Ich würde mir wünschen, dass auch mal mehr über Weihnachten als christliches Hochfest geredet würde; aber okay, das ist vielleicht schwierig. Das hat eine Bedeutung. Und natürlich ist es gut, dass gesagt wird: Ja, wir wollen da mehr Kontakte zulassen. – Ich finde es aber ambitioniert, das heute schon zu versprechen, weil wir nicht wissen, wie sich die Situation im Dezember entwickeln wird.

Und ob man Weihnachten und Silvester zusammen mit Lockerungen belegen muss, weiß ich nicht. Das ist ein doppeltes Risiko. Und ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Wir sind in der schwersten Krise in dieser Republik seit 75 Jahren. Da ist es wohl auch mal zumutbar, dass man Silvester nicht böllert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dementsprechend sollte man wirklich gucken, über was man sich an der einen oder anderen Stelle unterhält.

Jetzt kommen wir zu dem Bereich Schule. Wir alle wollen die Schulen und Kitas so weit wie möglich offen halten. Da sind wir uns auch, glaube ich, alle einig. Aber zwischen „offen halten“ und

„ganz schließen“ gibt es Zwischenstufen. Dazu gehört Wechselunterricht. Dazu gehört ein vernünftiges Schulbusmanagement. Dazu gehören auch Konzepte für das Distanzlernen. Die Bundesländer – es tut mir leid, wenn ich das jetzt sagen muss – hatten monatelang Zeit und Geld dafür, das umzusetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dementsprechend würde ich mich wirklich freuen, wenn wir im Bereich Schule noch etwas differenzierter an die ganze Sache herangehen; denn ich glaube, da ist noch Potenzial.

Ich finde es gut, dass wir über vulnerable Gruppen, wie es so schön heißt, reden. Sie sind ja übrigens viel größer, als das hin und wieder dargestellt wird. Es ist gut, dass es Masken für diese vulnerablen Gruppen gibt. Trotzdem finde ich: Wir haben noch keine flächendeckende, überzeugende Strategie für Pflegeheime. Das ist einfach so. Wir haben keine flächendeckende, überzeugende Strategie für Schnelltests. Auch das ist einfach so. Und wir brauchen ganz schnell – der Bundesgesundheitsminister hat angekündigt, dass das jetzt erfolgt – eine Strategie, wer zuerst geimpft wird; denn das sind die Fragen, die die Menschen – mir zumindest – im Wahlkreis

stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kommen wir zu einem weiteren Bereich: die Rolle des Parlamentes. Ich glaube, in den Sachmaßnahmen ist die Rolle des Parlamentes angemessen. Wir haben die Gesetze beschlossen, im Rahmen derer die Bundesregierung und die Landesregierungen handeln können. Wir haben die Gesetze durch das Infektionsschutzgesetz noch mal geschärft. Wir debattieren darüber nicht nur heute hier, sondern wir haben mehr als 70-mal über dieses Thema debattiert. Insofern ist das auch alles in Ordnung.

Aber es gibt einen Bereich, Frau Bundeskanzlerin – das gilt auch für die Bundesratsbank bzw. die Länder –, der nicht in Ordnung ist: dass dort finanzielle Beschlüsse getroffen werden, ohne den Bundestag zu konsultieren. Das Haushalts- und Budgetrecht hat der Deutsche Bundestag. Ich frage mich, auf welcher Rechtsgrundlage dort entschieden wird, dass Hilfen verlängert werden. Ich will nicht in Zweifel stellen, dass Hilfen verlängert werden; das ist überhaupt keine Frage. Wir wollen diese Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern auch nicht auf Kosten der Gastwirte

und Hoteliers austragen.

Aber ich finde es nicht in Ordnung, wie die Lastenteilung im Bereich Finanzen zwischen Bund und Ländern ist. Die Länder und die Kommunen kriegen über die Hälfte der Steuereinnahmen. Ich erwarte von den Ländern, dass sie sich jetzt endlich mal finanziell in diese Sache einbringen und nicht immer nur Beschlüsse fassen und die Rechnung dann dem Bund präsentieren. Das ist schlichtweg nicht in Ordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kommen wir zur letzten und fünften Anmerkung; das ist nämlich die entscheidende. Reicht das alles? Erst mal muss man eines sagen: Diejenigen, die da gestern gesessen haben, diejenigen, die auch in den letzten Wochen gerungen haben, tun das mit viel Verantwortung. Ich habe großen Respekt davor. Ich habe auch großen Respekt vor der föderalen Ordnung, und ich habe großen Respekt vor der Arbeit der Ministerpräsidenten.

Es ist gestern mal das passiert – zumindest weitestgehend –, was wir immer angemahnt haben, nämlich dass es Einigkeit gab. Das ist gut, und das ist richtig. Aber trotzdem beschleicht mich das Gefühl, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, um diese Welle

wirklich nachhaltig zu brechen und die Zahlen nach unten zu treiben. Ich lasse mich da gerne eines Besseren belehren. Ich persönlich hätte mir konsequentere Maßnahmen gewünscht; denn eines ist nämlich auch richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Dieses Scheibchenweise Immer-einen-Draufsetzen zermüht uns doch alle.

Wir müssen jetzt eines hinkriegen: dass wir schnell aus dieser Krise herauskommen, dass wir konsequent herauskommen, dass wir das Licht am Horizont sehen und konsequent darauf zulaufen. Das ist natürlich schwierig, weil es Widerstände gibt. Das ist auch aus politischen Gründen schwierig. Es gibt die eine oder andere Landesregierung, die eine problematische Koalition hat. Das ist alles richtig. Es ist schwierig, weil es Widerspruch gibt. Und es ist schwierig, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil man den Menschen was zumuten muss. Aber eines ist auch richtig: Führen in der Krise heißt eben auch, den Menschen was zumuten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Wir brauchen Planungssicherheit für die Menschen



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

In großer Regelmäßigkeit wird darüber geredet, dass wir vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind. Ja, ich würde sagen, das stimmt für einige sehr. Es ist so, dass man feststellen kann: Je höher die Einkommen, desto besser kommen die Menschen durch die Krise. Nehmen Sie das wirklich empörende Beispiel der Supermarktketten. Die Löhne der Kassiererinnen und Kassierer, denen wir alle hier im Frühjahr Applaus gezollt haben, die wir als Heldinnen und Helden bezeichnet haben, sind trotz der

Rekordumsätze gefallen, und bei Lidl, Aldi und Co gab es frische Milliarden Euro auf die Konten. Das ist unfassbar, meine Damen und Herren.

Der Bundespräsident ruft auf, dass das Virus das Land nicht spalten möge. Er wird Gründe dafür haben. Wir leben jetzt seit fast einem Jahr mit der Krise. Die Bundeskanzlerin sagt: Wir wissen mehr. – Rolf Mützenich sagt: Es gibt nicht nur die eine Maßnahme. – Das ist alles in Ordnung. Aber der Umgang mit der Krise muss doch mit der Zeit professioneller, nachvollziehbarer und vorausschauender werden, und das ist wirklich nicht der Fall. Wir erleben vor jedem Beschluss, der von der Runde der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin gefasst wird, das gleiche Schauspiel: Da ist der bayerische Ministerpräsident, der den Schlauberger gibt, der Ratschläge erteilt und der immer neue Vorschläge macht. Geplante Maßnahmen kann man dann zuallererst über die Medien lesen – auch ein Verfahren, das völlig inakzeptabel ist –, und dann wird Angst verbreitet. Am Sonntag

sagt Herr Söder auf einmal: Maskenpflicht für alle in den Kitas. – Jetzt redet er sogar von einem „Flugzeugabsturz“. Im Gegensatz zu Christian Lindner sage ich hier deutlich: Diese martialische Sprache sollte man in dieser Situation wirklich nicht anwenden.

Ehrlich gesagt, wenn man das Verfahren sieht, wie hier Politik gemacht und kommuniziert wird: Da fassen sich die Leute doch an den Kopf. So geht das nicht! So wird nicht Vertrauen gewonnen, sondern so wird Vertrauen gestört, meine Damen und Herren. Der bayerische Ministerpräsident scheint genauso wenig die Kontrolle über seine Worte zu haben wie über das Virus in Bayern. Das ist die Wahrheit!

Dann entscheidet das Gremium der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin. Ja, wir zeigen Respekt gegenüber den Ministerpräsidenten, überhaupt keine Frage. Es ist auch richtig, dass ent-

schieden wird. Aber es wird immer auch über die Einschränkung von Grundrechten entschieden. Es tut mir leid, aber dafür ist dieses Gremium nicht legitimiert – es ist dafür nicht legitimiert! Und der Bundestag darf dann im Nachhinein, also heute, noch ein bisschen darüber debattieren. Frau Bundeskanzlerin, ich erwarte, dass Sie Ihre Erklärung nicht nach, sondern vor diesen Zusammenkünften abgeben.

Ansonsten ist das eine Missachtung des Parlaments.

Was den Begriff „Regierungserklärung“ angeht, liegt bei Ihnen offensichtlich ein Missverständnis vor. Sie haben hier nicht zu erklären, nein, sondern hier muss Regierungspolitik begründet und gerechtfertigt werden, aber nicht nach dem Motto: Die Klassenlehrerin erklärt uns allen die Welt. – So geht das nicht. Ich freue

mich im Übrigen, dass Herr Brinkhaus zu Recht darauf hingewiesen hat, dass hier im Parlament die Hoheit über Finanzentscheidungen liegt. Das kann nicht mal so eben nebenbei passieren. Das, finde ich, geht so nicht, und da muss es Veränderungen geben.

Ich habe die große Sorge, dass es dank des Bevölkerungsschutzgesetzes, das vergangene Woche

hier beschlossen worden ist, bei diesem Vorgehen bleibt und dass es im Dezember noch weniger Debatten hier im Deutschen Bundestag gibt. Ich fordere Sie auf, vor der nächsten Runde hier zu erklären, was Ihre Herangehensweise ist. Es bleibt dabei: Bei schweren Grundrechtseinschränkungen muss der Bundestag entscheiden, egal wie sehr Sie das nervt. Hier ist das Gremium, das darüber entscheidet. Alles andere ist demokratieschädigend, ist inakzeptabel und reduziert das Vertrauen der Bevölkerung in die Akzeptanz der Maßnahme.

Meine Damen und Herren, nicht nur das Verfahren ist problematisch. Wir erleben zunehmend eine Kluft zwischen dem, was die Bundesregierung leistet, und dem, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern abverlangen. An zentralen Stellen der Pandemiebekämpfung zeigen Sie sich offensichtlich überfordert. Sie wurden Ihrer Verantwortung in vielen Fragen seit dem Sommer nicht gerecht und schieben alles auf die Bürgerinnen und Bürger und vielfach auch auf das Private.

Frau Karliczek, Sie sprechen über warme Pullover in Schulklassen – Wochen nachdem die Kinder schon mit der Situation umgehen müssen. Wo aber sind denn die Luftfilter in den Schulen? 9 Milliarden Euro für die Lufthansa und nicht 1 Milliarde Euro für ein Bundesprogramm für Luftfilter,

Bei schweren Grundrechtseinschränkungen muss der Bundestag entscheiden.

das ist doch nicht in Ordnung!

Herr Scheuer, wann sind Sie das letzte Mal Bus oder Bahn gefahren? In den S-Bahnen und in den Regionalbahnen ist so gut wie nichts passiert nach der Pandemie; die sind voll. In den Schulbussen ist teilweise weniger Platz als in Ölsardinenbüchsen. Dass Sie da jetzt endlich etwas tun, dass Sie das entzerren wollen: Na Donnerwetter, kurz vor dem Dezember! Das hätte schon längst passieren müssen! Frau Grütters, wann helfen Sie der Kultur? Wann fließt das Geld an die Theater und in die Veranstaltungsbranche? Nach deren Pleite? Da herrscht Alarmstufe Rot. Ohne Kultur wird es still und düster in unserem Land, und der Winter, der kommt erst noch.

Herr Altmaier – beste Grüße in die Quarantäne; Sie werden sicherlich bei Phoenix der Debatte zuschauen -: Wie lange braucht Ihr Ministerium, um eine Homepage zu programmieren? Offenbar länger, als andere für die Entwick-

lung eines Impfstoffes brauchen. Sie hatten aber zugesagt, dass das umgehend passiert, und erst gestern ist es umgesetzt worden. Bis heute ist kein Cent ausgezahlt; die Novemberhilfen werden frühestens im Dezember kommen, aber nur als Abschlagszahlung. Was ist denn das für eine Professionalität? Das muss doch schneller gehen. Genauso ist es mit den Restaurantbetrieben. Denen ist Ende Oktober erzählt worden: Befristete Schließungen bis Ende November, und Hilfen sofort. Aber beides ist nicht eingetreten. Jetzt wird verlängert. Ich will überhaupt nicht an der Maßnahme zweifeln. Aber: Wer schließt, der muss auch umgehend helfen. Das aber schaffen Sie nicht, und das ist eben nicht in Ordnung.

Herr Seehofer – nicht nur aufs Handy gucken! -: Ich habe Ihr Ministerium gefragt, wie viele Menschen aus Risikogebieten nach Deutschland eingereist sind und getestet wurden. Antwort: Sie ha-

ben keinerlei Kenntnisse. – Wie will man eigentlich die Pandemie bekämpfen, ohne zu wissen, wie viele Menschen aus Risikogebieten ungetestet einreisen? Es sind doch die Grenzregionen, wo wir so große Probleme haben. Das ist für mich unfassbar.

Herr Spahn – um ihn auch noch zu erwähnen -: Wann kommen denn nun die flächendeckenden Schnelltests in den Pflegeheimen? Jetzt sollen sichere FFP2-Masken an Risikogruppen verteilt werden. In Bremen ist das im Übrigen schon passiert. Das ist eine richtige Maßnahme. Aber warum sind die Masken nicht vor der zweiten Welle verteilt worden?

Wo ist die Impfstrategie, die endlich entwickelt und vorgelegt werden muss? Warum erhalten die Pflegerinnen und Pfleger nicht deutlich mehr Geld, damit auch frühere Pflegeaussteiger zurückkommen? Das muss doch möglich sein; da muss man doch die Attraktivität erhöhen! Ob in Schu-

len, in Zügen, in Pflegeheim oder Krankenhäusern, die Bundesregierung hat in den vergangenen acht Monaten deutlich zu wenig getan. Jedes Theater hat sich besser auf den Coronawinter vorbereitet als die Bundesregierung. Appellieren Sie nicht nur, sondern machen Sie Ihre Hausaufgaben; sonst verspielen Sie die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Und das ist unser wichtigstes Gut: nicht die Runde, sondern die Akzeptanz und das Mittun der Bürgerinnen und Bürger.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben für diese Woche ein mittelfristiges Konzept gegen Corona versprochen; das wollten Sie vorlegen. Ich zitiere Sie: „eine geschlossene, gemeinsame Antwort“, das haben Sie versprochen. Wo ist denn nun der Plan bis zum Frühjahr, über die Krise hinaus? Oder ist es das, was Herr Braun mitteilt: „Bis März bleibt alles zu“?

Wir brauchen einen Stufenplan. Wir brauchen für die Menschen

Planungssicherheit. Ich weiß, dass man nicht alles prognostizieren kann. Aber wir brauchen wenigstens ein paar Leitplanken, wohin die Entwicklung gehen könnte, festgemacht an Zahlen, und das fehlt hier ausdrücklich. Das geht so nicht.

Die Menschen in unserem Land handeln vielfach diszipliniert und weitsichtig. Das ist gut, ja. Der Begriff der Solidarität spielt wieder eine andere Rolle in unserem Land, und das ist wirklich gut. Ja, es gibt Hoffnung, auch im Hinblick auf den Impfstoff. Ich sage aber auch ganz deutlich: Die Bundesregierung muss auf dieses Niveau erst noch kommen. Denn nur gemeinsam können wir Corona besiegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Endlich Geld für die Ärmsten in unserem Land



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

In dunklen Zeiten ist Hoffnung etwas Unerlässliches, und die Hoffnung zeigt sich jetzt das erste Mal in dieser Pandemie als konkrete Perspektive. Voraussichtlich werden noch dieses Jahr mehrere Impfstoffe zugelassen, und das ist für uns alle ein sehr gutes Zeichen.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit ist es gelungen, einen Virus so schnell zu entschlüsseln und so schnell wirkungsvolle Impfstoffe zu entwickeln. Das ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, welche Kraft Forschung und Wissenschaft entfalten kann und wozu wir Menschen fähig sind, wenn wir wollen.

Das Licht am Ende des langen Tunnels wird heller, wie WHO-Chef Tedros Anfang dieser Woche sagte. Wir werden diese Pandemie überwinden. Wir werden die Din-

ge zurückgewinnen, die uns lieb und teuer sind: Nähe, Begegnung, Feiern, Reisen und vieles mehr. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie die Entwicklung des Impfstoffs eine wissenschaftliche Großtat war, so wird die Verteilung, insbesondere die globale Verteilung, eine Bewährungsprobe, und zwar eine ganz entscheidende Bewährungsprobe. Es wird sich nämlich die Frage stellen, ob das globale Recht oder Unrecht des Stärkeren gilt oder ob wir die Impfstoffe solidarisch verteilen.

Da sich die Pandemie so heftig in fast allen Ländern dieses Planeten auswirkt, wird es sich in die Milliarden von Köpfen von Menschen einbrennen, wie wir damit umgehen: Machen wir das solidarisch? Machen wir das gerecht? Machen wir das gemeinsam? Oder machen wir es nach nationalen Egoismen? – Das wird die internationale Ordnung für die nächsten Jahre entscheidend prägen. Wir als reiche Länder, als Westen haben da eine große Chance, für Solidarität zu sorgen.

Und, sehr geehrte Frau Kanzlerin, es war gut, dass Sie beim G-20-Gipfel davon gesprochen haben, dass es eine gerechte Verteilung braucht. Aber es genügt nicht, das nur anzukündigen, sondern wir erwarten, dass sich Deutschland, dass sich die Europäische Union darum kümmert, dass das wirklich auch der Fall ist;

denn es macht einen Riesenunterschied für ärmere Länder, ob sie von Demokratien unterstützt werden oder ob sie in die Fänge von autokratischen Regimen wie Russland oder China geraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir so gute Chancen haben, in den nächsten Monaten einen Impfstoff zu haben – das wird noch dauern; man muss den produzieren; man muss nach und nach durchimpfen; aber die Perspektive ist erkennbar –, sollte uns das doch alle motivieren, für die restlichen Monate dieser Pandemie auf Solidarität zu setzen, darauf zu setzen, dass man mit den Einschränkungen leben kann, auch wenn es noch so schwerfällt – aus Solidarität mit den schwächeren Gruppen, mit den vulnerablen Gruppen, die, wenn man sie alle zusammenzählt, ein Drittel bis die Hälfte dieser Bevölkerung umfassen. Das, glaube ich, sollte eine Motivation für uns alle sein.

Wenn ich mir die Infektionszahlen anschau, dann stelle ich fest, dass durch den sogenannten Wellenbrecher-Lockdown im November, der ein sehr milder war, zwar die exponentielle Entwicklung gebrochen worden ist, dass die Zah-

len aber dennoch viel, viel zu hoch sind. Durch die täglichen Neuinfektionen besteht nämlich immer noch die Gefahr, dass unser Gesundheitssystem überlastet wird. Und man kann da nur den Pflegerinnen und Pflegern, den Ärztinnen und Ärzten für das danken, was sie in den immer häufiger volllaufenden Intensivstationen leisten.

Die Nachverfolgung der Kontakte kann nicht funktionieren bei diesen hohen Zahlen. Es besteht vor allem das Risiko – es ist eigentlich kein Risiko mehr; es ist längst eingetroffen -: Die hohen Zahlen führen zu viel zu viel menschlichem Leid. Es sterben im Moment im Schnitt über 200 Menschen am Tag – gestern sogar 400 Menschen – mit und an Corona. Alle diese Menschen haben Angehörige, alle diese Menschen haben Freunde, und es ist einfach viel zu viel menschliches Leid.

Tausende und Abertausende infizieren sich und haben schwere Folgen.

Dieser Virus ist nämlich nicht einfach nur eine Lungenerkrankung. Es ist ein systemischer Virus, wo man monatelang mit den Folgen kämpfen kann, wenn man Pech hat. Deshalb müssen diese Zahlen endlich runter! Insofern sind die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, insbesondere die Verlängerung und die Verschärfung, richtig. Klar sind diese Maßnahmen eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag. Sie sind insbesondere hart für die Branchen, die davon betroffen

sind: für die Gastronomie, für Kulturschaffende, für die Freizeit- und Tourismusbranche. Selbstverständlich sind die hart. Aber die Maßnahmen sind notwendig, und im Vergleich mit Frankreich oder Italien sind die Maßnahmen auch noch ziemlich mild.

Wenn wir mal ehrlich sind: Diese Maßnahmen sind eine ziemliche Gratwanderung. Ich wäre nämlich, meiner naturwissenschaftlichen Intuition folgend, mal sehr vorsichtig, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, damit die Zahlen ausreichend sinken. Deshalb sage ich: Diese Maßnahmen sind das Mindeste, was notwendig ist, und vor allem müssen diese Maßnahmen konsequent durchgesetzt werden.

Wir teilen die Priorität, dass Schulen und Kitas offen gehalten werden sollen. Aber dann müssen Schulen und Kitas auch unterstützt werden. Da darf man Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer nicht alleine lassen, sondern dann muss man dafür sorgen, dass die Schulen nicht bei der gleichen überlasteten Nummer eines Gesundheitsamtes – ja, das geht auch an die Länder – anrufen müssen wie jemand, der sich Sorgen macht, weil sein Hals ein bisschen kratzt.

Man muss dafür sorgen, dass bei den Schulbussen was passiert. Man muss all das organisieren, und da braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung. – Ja, wir sind für Bildung nicht zuständig. Aber es braucht trotzdem eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen,

Fortsetzung auf nächster Seite

Nach einer zweiten Welle kann es nämlich zu einer dritten Welle kommen.

dass es in den Schulen besser läuft, dass man die Zeit für Vorbereitungen nutzt. Es sind viele Monate vergangen; aber wenigstens jetzt sollte man die Zeit nutzen, damit Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer nicht weiter alleine gelassen werden.

Herr Brinkhaus, ich gebe Ihnen ja recht: Wir brauchen einen Stufenplan. Wir brauchen eine Hotspot-Strategie. Das ist viel zu wenig, was da beschlossen worden ist. Das alles ist wieder zu sehr Auf-Sicht-Fahren. Das ist viel zu wenig Planbarkeit und Vorausschau. Wenn Sie das alles so beschreiben, dann bieten wir Ihnen an: Dann beschließen wir es doch

hier im Parlament, eine Hotspot-Strategie, durch die klar wird, was bei einer Inzidenz von 50 passiert, was bei einer Inzidenz von 100 und was bei einer Inzidenz von 200 passiert. Dann beschließen wir das hier gemeinsam und transparent und beschließen es im Bundesrat, damit wir endlich eine vorausschauende Strategie haben. Die Kanzlerin hat es vor zehn Tagen versprochen. Wieder ist nichts umgesetzt worden; wieder finden sich da eh nur allgemeine Worte.

Deshalb: Wir sind hier der Gesetzgeber. Ich gebe Ihnen in vielen Punkten recht. Dann lassen Sie uns das gemeinsam beschließen. Lassen Sie uns einen Antrag ein-

bringen. Es ist möglich. Lassen Sie uns das Gesetz verändern, und dann lassen Sie es uns im Bundesrat diskutieren. Bundestag und Bundesrat beschließen all das, was Sie angemahnt haben, hier gemeinsam. Dann setzen wir es um, und dann sind die Möglichkeiten da.

Es muss nicht noch mal so passieren, dass man die Monate verstreichen lässt. Nach einer zweiten Welle kann es nämlich zu einer dritten Welle kommen. Daher sollte man vorbeugen. Deshalb kann ich Sie nur noch einmal auffordern: Lassen Sie uns das gemeinsam tun!

Genauso gehört dazu, dass man

gemeinsam diese Hilfen schnell und konsequent beschließt.

Ich habe eigentlich keine Zeit mehr. Daher nur noch ganz kurz: Endlich einen Unternehmerlohn, endlich automatische Hilfen, endlich Abschlagszahlungen und endlich Geld, wenigstens temporär, für die Ärmsten in unserem Land. Das heißt für die Hartz-IV-Empfänger eine temporäre Erhöhung. Das wäre einfach sinnvoll und gerecht. Wir geben gerade so viel Geld aus. Geben Sie sich einen Ruck! Ja, wir als Haushaltsgesetzgeber sind auch für diese finanziellen Dinge zuständig. Lassen Sie uns das gemeinsam beschließen. Das würde für die Menschen

Planbarkeit und Sicherheit bedeuten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Katja Mast (SPD), Tino Chrupalla (AfD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Christine Aschenberg-Dugnus (FDP), Sabine Dittmar (SPD), Nadine Schön (CDU/CSU), Oliver Kaczmarek (SPD), Rudolf Henke (CDU/CSU) sowie Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU).

Beratung von Anträgen zur Familienpolitik / 195. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 26. November 2020

Martin Reichardt, AfD:

Deutschland braucht mehr Kinder



Martin Reichardt (*1969)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden, zeigt einen Mangel an Zuversicht. Der Mut zu Kindern, der Mut zur Zukunft sind eng miteinander verknüpft. In Deutschland gibt es leider wenig Mut zur Zukunft, wenig Zuversicht; denn unter den 226 Ländern weltweit sind wir bei der Geburtenrate auf Rang 213.

Mit unserem Antrag für ein zinsloses und ab dem dritten Kind nicht rückzahlbares Baby-Willkommendarlehen wollen wir besonders jungen Paaren in Deutschland Mut machen: Mut zur Zukunft mit Kindern, Mut zur Zukunft Deutschlands.

Nachdem Sie unseren Antrag auf Mehrwertsteuersenkung für Kinderprodukte abgelehnt haben, fordern wir heute, wenigstens die Mehrwertsteuer für Babywindeln auf 7 Prozent zu reduzieren. Da-

mit wollen wir die Diskriminierung von Babys beenden. Dies ist wichtiger als Ihre feministische Tamponsubvention.

Seit 1972 gibt es in Deutschland ein Geburtendefizit. Das heißt, es werden weniger Kinder geboren, als Menschen sterben. Im vergangenen Jahr sind 170 000 Menschen mehr gestorben, als geboren wurden.

Deutschland überaltert, und das hat weitreichende Folgen für unsere Sozialsysteme, für unsere Rentenkasse und damit für den sozialen Frieden in Deutschland. Sie reden von Überalterung, nicht von Kinderlosigkeit. Das ist kein Wunder; denn leider scheint die Eingangsqualifikation für unsere politischen Eliten zunehmend die Kinderlosigkeit zu sein. Leider kümmern sich die Merkels, Roths, Spahns und Scholz' nicht genügend um Kinder.

Auch der heute vielzitierte Fachkräftemangel ist eine Folge der Kinderlosigkeit. Er ist nicht zu bekämpfen, indem man anderen Ländern die Fachkräfte entzieht, sondern indem man den Kinderwunsch in Deutschland endlich unterstützt.

Deutschland braucht mehr Kinder. Dazu brauchen wir – ich zitiere hier Markus Söder von 2004 – „eine aktive Bevölkerungspolitik“. Bevölkerungspolitik heißt aber auch, den Menschen offen zu sagen, dass wir mehr Kinder brauchen. Das heißt auch, dass kinder-

feindliche Aktivisten, die propagieren, dass der Verzicht auf Kinder gut für das Klima sei, nicht ins Kanzleramt eingeladen werden, meine Damen und Herren. Sie sollten diesen Aktivisten lieber erklären, dass nicht geborene Kinder auch nicht für die Rente der heutigen Fridays-for-Future-Generation einzahlen werden.

Das Verleugnen der Auswirkungen auf unsere Zukunft ohne genug Kinder ist das größte politische Versagen der letzten Jahr-

zehnte. Das Hinnehmen des Geburtenrückgangs ist nur eine von mehreren – laut Regierung – alternativen Positionen deutscher Politik. Das Dogma in Deutschland heißt leider Einwanderung statt Kinder: Einwanderung in die Sozialsysteme, Einwanderung von Gewalt und Frauenfeindlichkeit.

Eine aktive Bevölkerungspolitik für ein kinderfreundliches Deutschland: Dafür müssen wir alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam bündeln. Dabei geht es nicht nur um Betreuungsplätze, auf die die Regierungen der letzten Jahre hauptsächlich ihr Augenmerk gelegt haben.

Nein, es geht auch um die soziale Wertschätzung von Familien.

Aus einem halben Jahrhundert deutscher Familienpolitik sind El-

tern und Kinder leider mit dem Image von Almosenempfängern hervorgegangen. Die Wahrheit aber ist eine andere: Das Kindergeld, das der Staat auszahlt, wird bereits durch die Familien selbst über indirekte Steuern wieder aufgebracht. Die Wahrheit ist, dass Eltern Transferleistungen für Kinderlose erbringen; denn ihre Kinder zahlen die Renten von denen, die – vielleicht auch mit Blick aufs Klima – keine Kinder haben wollen.

Eine Gesellschaft, die immer weniger Kinder bekommt, zeigt einen Mangel an Zuversicht, zeigt einen Mangel an Mut zur Zukunft. Wir als AfD haben Zuversicht, wir haben Mut, wir haben Mut zur Zukunft mit Kindern.

Für ein familienfreundliches Deutschland! Für mehr Kinder!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Eine aktive Bevölkerungspolitik für ein kinderfreundliches Deutschland.



Familie und Beruf zu vereinbaren stellt für viele eine Herausforderung dar.

© picture-alliance/Markus Mainka/Shotshop

Ingrid Pahlmann, CDU:

Auf die Union können sich die Familien verlassen



Ingrid Pahlmann (*1957)
Landesliste Niedersachsen

Schauen wir uns einmal genau an, welche Familienpolitik die AfD-Fraktion mit ihren heute zu beratenden Anträgen propagiert. Ist es eine zeitgemäße, positive und zukunftsweisende Familienförderung, die unsere moderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert auch verdient? Oder haben Herr Gauland und Frau Weidel mal wieder tief in die Mottenkiste gegriffen? Ich gebe zu, die Antwort auf meine Fragen kann man wahrscheinlich schon erahnen – leider; denn das scheint konstant zu bleiben.

Lassen Sie uns dennoch mal ins Detail gehen: Welche familien- und frauenpolitischen Maßnahmen schlägt denn die AfD-Fraktion vor? Ein Vorschlag bezieht sich auf weitergehende Regelungen zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Die AfD überhöht dabei die Austragungspflicht der Schwangeren und zielt mit ihrem Antrag darauf ab, Abtreibung weiter zu erschweren.

Wie sieht denn die rechtliche Situation zurzeit aus? Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 1993 klar entschieden, dass das Grundgesetz den Staat verpflichtet, menschliches Leben, auch das ungeborene, zu schützen. Menschenwürde komme schon dem ungeborenen menschlichen Leben zu.

Das sehe ich natürlich ganz genauso. Selbstverständlich folge ich deshalb der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts, dass sich daraus dann auch eine Schutzpflicht des Staates ergibt.

So hat der Gesetzgeber im Jahr 1995 entsprechend reagiert und Vorkehrungen getroffen. Eine besondere Rolle kommt dabei der Schwangerschaftskonfliktberatung zu. So legt § 219 Strafgesetzbuch fest – ich zitiere –:

Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu

lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen.

Und dann heißt es weiter:

Die Beratung soll durch Rat und Hilfe dazu beitragen, die in Zusammenhang mit der Schwangerschaft bestehende Konfliktlage zu bewältigen und einer Notlage abzuwehren.

Nach dieser Beratung muss die schwangere Frau eine Überlegensfrist von mindestens drei Tagen einhalten. Wenn sie sich nach der umfassenden ermunternden und Hilfe bietenden Beratung und der Bedenkzeit dennoch zum Schwangerschaftsabbruch entscheidet, ist dieser persönliche und sicherlich wohlüberlegte Entschluss auch zu respektieren. Die betroffene Frau hat offensichtlich ihre schwerwiegenden Gründe dafür.

Die AfD unterstellt den Frauen aber generell, dass sie diese verantwortungsvolle gewissenhafte Entscheidung nicht treffen können oder vielleicht bestenfalls zu leichtfertig treffen. Ja, sagen Sie mal, welches Bild von Frauen haben Sie eigentlich? Denken Sie wirklich, dass Frauen leichtsinnig mit ihrer Sexualität umgehen, leichtfertig ungewollt schwanger werden und Abtreibungen einfach so billigend in Kauf nehmen, dass sie es sich mit so einer Entscheidung insgesamt leicht machen?

Ich glaube, Sie haben sich die polnische Rechte zum Vorbild genommen, die wieder einmal den Versuch unternimmt, den eh schon minimalen Handlungsrahmen für ungewollt Schwangere noch restriktiver zu gestalten. Obwohl Polen ein ausgesprochen strenges Abtreibungsrecht hat, liegt die Geburtenrate dort unter der Fertilitätsrate in Deutschland. Vielleicht merken Sie daran, liebe Kollegen der AfD, dass weitergehende Restriktionen und tiefgreifendes Misstrauen gegen unsere Beratungsinstitutionen ganz sicher nicht der richtige Weg sind, dem demografischen Wandel zu begegnen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns eine weitere familienpolitische Maßnahme, die uns die AfD schmackhaft machen will, betrachten. Die Volksrepublik China hatte schon mal die Einkindpolitik. Die AfD will nun anscheinend eine Dreikindpolitik. Damit schießt sie sich vollends ins fami-

lienpolitische Abseits. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich habe selbst drei Kinder, und ich finde das superklasse. Aber: Paare entscheiden eigenverantwortlich, ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen wollen. Dabei kann und muss ihnen Politik natürlich eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen flankierend zur Seite stellen. Und genau das hat die Koalition in den vergangenen Jahren getan.

Unsere familienpolitischen Leistungen helfen nämlich Kindern, helfen Eltern bei der Entscheidung für ein Kind. So werden wir zum Beispiel gleich morgen hier im Plenum einen Gesetzentwurf zur Änderung der Elterngeldregelung in erster Lesung beraten. Das Elterngeld ist eine zentrale Familienleistung und ein unerlässlicher Baustein moderner Familienpolitik. Es ermöglicht Müttern und Vätern, sich Zeit für Familie und Zeit für den Beruf zu nehmen, so wie es sich

viele junge Eltern wünschen. Die geplanten Änderungen sollen

die Angebote zur Nutzung des Elterngeldes noch flexibler und passgenauer machen. Eltern von Frühchen erhalten weitergehende Unterstützung.

Die allermeisten Paare in Deutschland wollen ihr Familienleben mit ihrer Berufstätigkeit unter einen Hut bringen. Frauen wollen sich nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden müssen. Sie wollen beides, und das ist ihr gutes Recht.

Dazu schaffen wir den nötigen Rahmen. Nach dem Ausbau der Kinderbetreuung im Krippen- und

Kitabereich ist ein weiteres Instrument der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter.

Genau vor einer Woche haben wir als Deutscher Bundestag beschlossen, dass der Bund den

Ländern dazu eine Finanzhilfe in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Das ist ein eindeutiges und starkes Bekenntnis des Bundes für Familien, für Kinder und für Alleinerziehende.

Darüber hinaus kümmern wir uns auch um die Digitalisierung von Familienleistungen. Damit wollen wir die frischgebackenen Eltern von Bürokratie entlasten;

denn die knappe Zeit soll den Familien, den Kindern zugutekommen und nicht bürokratischen Handlungen. Solche Maßnahmen helfen Paaren, sich den Wunsch nach Nachwuchs zu erfüllen.

Auch in der Pandemie haben wir zahlreiche Initiativen ergriffen, um Familien mit Kindern gezielt zu unterstützen. Wir haben den Zugang zum Kinderzuschlag stark vereinfacht. Analog zum erhöhten Kindergeld wird ein Kinderbonus in Höhe von 300 Euro pro Kind gezahlt. Alleinerziehende werden steuerlich entlastet. Wir haben die Dauer der Entschädigungszahlung für Eltern verlängert und Anpassungen beim Elterngeld vorgenommen. In den Jahren 2020/21 stellen wir 1 Milliarde Euro zusätzlich für den Kitausbau zu Verfügung usw. Die Liste ließe sich noch beliebig verlängern.

Meine Damen und Herren, so sieht krisenfestе, zukunftsweisende, aufbauende Familienpolitik aus. Wir schaffen den erforderlichen Rahmen, der auf die Bedürfnisse unserer modernen Gesellschaft zugeschnitten ist. Ich kann nur sagen: Auf die Union können sich die Familien verlassen. Sie können selber beurteilen, was es mit den Vorschlägen der AfD auf sich hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frauen wollen sich nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden müssen.

Nicole Bauer, FDP:

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Nicole Bauer (*1987)
Landesliste Bayern

Familie ist für uns Freie Demokraten überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Egal ob Vater, Mutter, Kind oder Alleinerziehende, ob Patchwork- oder Regenbogenfamilie: Für uns sind sie alle wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Es ist eine höchst individuelle Entscheidung und nicht Aufgabe des Staates, vorzuschreiben,

welches Familienmodell besser ist. Wir möchten die Vielfalt der Lebensentwürfe stärken.

Was für Familien zentral ist, ist, in die Zukunft vertrauen zu können. Dafür brauchen sie sichere Rahmenbedingungen und gleichzeitig größtmögliche Wahlfreiheit. Finanzielle Entlastung und Unterstützung sind wichtig. Deshalb fordern wir Freie Demokraten das Kinderchancengeld, um Zukunftschancen für alle Kinder zu ermöglichen, unabhängig in welchem Elternhaus sie geboren wurden. Das hilft Familien wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Doch noch nachhaltiger ist es, Familien selbst die Möglichkeit zu geben, aus eigenen Kräften für sich zu sorgen. Deshalb wollen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familien brauchen nicht nur Geld, sondern mehr Zeit; denn in einer modernen Gesellschaft wie der, in der wir uns befinden, muss beides

möglich sein. Deshalb fordern wir beste Kinderbetreuung, flexible Arbeitsmodelle und eine Reform des Arbeitszeitgesetzes.

Nur wenn Eltern wissen, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind, können sie mit einem guten Gefühl motiviert ihrer Arbeit auch entsprechend nachgehen. Genauso wichtig ist es aber auch, dass ich als Mutter oder als Vater selbst entscheiden kann, wie viel Zeit ich mit meinen Kindern nachmittags verbringe, um mich abends noch mal an den Schreibtisch zu setzen, während die Kleinen schlafen. Gesetze dürfen das nicht länger verhindern, sondern sie müssen es künftig viel mehr ermöglichen.

Als frauenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion möchte ich noch einen wesentlichen Punkt in die Debatte einbringen. Selbstbestimmung in der

Fortsetzung auf nächster Seite

Familienplanung: Sie ist wesentliche Grundlage für die Gleichberechtigung. Ob oder wie viele Kinder jemand bekommt, ist eine höchst individuelle Entscheidung. Deshalb brauchen wir einerseits für ungewollte Kinderlose eine Chance, sich den Kinderwunsch zu erfüllen. Dafür müssen wir die Grundlagen schaffen. Wir Freie Demokraten fordern, Kinderwün-

sche unabhängig vom Wohnort zu fördern. Dazu haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt. Sie von der AfD-Fraktion könnten den mal lesen: Das wäre wenigstens konstruktiv, während Ihr rassistischer Humbug definitiv in die falsche Richtung geht.

Andererseits ist es genauso notwendig, Schwangerschaftsabbrüche weiterhin zu ermöglichen;

denn wir wollen nicht die Zustände wie in Polen auf unseren Straßen. Seit Tagen kämpfen dort die Frauen gegen das neue Abtreibungsurteil des polnischen Verfassungsgerichtes und für ihre Rechte. Ich stehe hier ganz klar für die mutigen Frauen in Polen. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die Rechte dieser Frauen müssen verteidigt werden, in

Polen, weltweit, aber auch bei uns.

Was Sie uns aber hier mit Ihren Anträgen zumuten, ist einmal mehr frauenfeindlich, fremdenfeindlich und rückwärtsgewandt. So was wollen wir nicht, so was brauchen wir nicht. Wir leben in einer modernen Gesellschaft mit mündigen Bürgern, die freiheitlich entscheiden können, was sie

wollen. Deshalb werden wir ganz klar Ihre Anträge hier ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Leni Breymaier, SPD:

Familien brauchen einfach Unterstützung



© Deutscher Bundestag/ Julia Nowak

Leni Breymaier (*1960)
Landesliste Baden-Württemberg

Liebe Ministerin Franziska Giffey, heute Vormittag befassen wir uns mit einem bunten Strauß familienpolitischer Anträge der AfD. In keinem einzigen Antrag geht es darum, das Leben der Menschen einfacher zu machen, sondern in den Anträgen geht es darum, gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zurückzudrehen und sich im Mief der 50er-Jahre zu suhlen. Das Bild ist ein wenig so wie in der Sanella-Werbung: Mama, Papa und zwei Kinder, gerne auch drei, deutsch; vielleicht christlich, hellhäutig, blond wäre nett. Papa arbeitet. Mama bleibt bei den Kindern. Sie bekommt das Haushaltsgeld zugeteilt. Eigenes Konto? – Fehlanzeige! Eigene Rentenansprüche? – Wozu? Partnerschaftliche Teilung der Erwerbs- und der Hausarbeit? – Nicht vorgesehen! Das bisschen Haushalt macht sich schließlich von allein. Wenn er abends nach Hause kommt, wartet auf ihn ein harmonisches Heim.

Diesem Bild, das vor allem in der Werbung vorkam, hechelt die AfD nach. Trennungen, Krisen, Aufbrüche, gar andere Partnerschaftsmodelle sind nicht vorgesehen. Auch Menschen aus anderen Kulturkreisen stören das schöne Bild, genauso wie sich überhaupt die Politik und die Anträge der AfD in allen Lebensbereichen gegen die Selbstbestimmung der Frauen richten. Man hetzt tatsäch-

lich gerne so, wie es in Polen geschieht. Man kann es auch hier im Parlament nicht oft genug sagen: Ich erkläre mich ausdrücklich solidarisch mit dem Kampf der Frauen in Polen um Abtreibung, mit dem Kampf, dass Verhütungsmittel auch unter 18-Jährigen verschrieben werden können, mit dem Kampf, dass Sexuaufklärung in Schulen nicht unter Strafe gestellt wird. Da geht es um Selbstbestimmung, und das ist das, was wir wollen. Und das ist das, was Sie nicht wollen. Da schielen Sie nach Polen.

Die AfD verpackt unter dem Deckmäntelchen Familienpolitik ihre eigentlich völkische, nationale Bevölkerungspolitik. Maß und Maßstab sind die heterosexuelle Liebe zwischen Männern und Frauen, aus der auch Kinder hervorgehen. Das ist für sie die einzige politisch schützenswerte Form der Partnerschaft.

Ja, Frauen bekommen und vor allem erziehen dann Kinder. Ich brauche nicht zu suchen, wo die benötigten Fachkräfte sind, wenn wir nicht dafür sorgen, dass wir Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit haben, unter denen die Frauen nicht kaputtgehen. Entweder sie haben – das hat die Tage jemand so nett formuliert – nur Kinder – dann ist nicht vorgesehen, dass sie berufstätig sind –, oder sie sind berufstätig; dann ist nicht vorgesehen, dass sie Kinder haben. Unser Job ist hier, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir brauchen nicht über den Fachkräftemangel zu jammern, wenn wir es schaffen, die Frauen in den Berufen arbeiten zu lassen, die sie tatsächlich gelernt haben.

Zu einem richtigen Frauenbild gehören aber nicht nur Beruf und Kinder, sondern auch Ehrenamt und Politik und vieles andere mehr. Aber der AfD gefällt es, zum Beispiel in Sachsen dieses Jahr nachzuzählen, wie viele Frauen es im gebärfähigen Alter gibt – das wird die dortige Landesregierung

gefragt –, aufgeschlüsselt nach Nationalität. Klar, Kinder sollen ja deutsch und blond sein. Jetzt arbeite ich mich nicht länger an Ihnen ab. Ich finde, wir könnten mal darüber reden, was Familien bei uns brauchen. Was Familien brauchen, das ist einfach Unterstützung. Das ist das, was wir machen. Das ist das, was unsere Ministerin macht, und zwar mit dem Starke-Familien-Gesetz für Familien mit kleinen Einkommen und für Alleinerziehende, mit dem Gute-Kita-Gesetz für mehr Qualität und weniger Ge-

Es geht um Selbstbestimmung und das ist das, was wir wollen.

bühren bei der Kinderbetreuung, mit dem Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus“, mit dem Aktionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“, mit dem Notfallkinderzuschlag während der Pandemie, mit dem Kinderbonus in der Pandemie, mit Sonderregelungen zur Lohnfortzahlung wegen Schul- und Kitaschließungen, mit der Digitalisierung von Familienleistungen, mit der Elterngeldreform, mit dem

Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter.

Die Förderung von Frauen in Führungspositionen ist nun der letzte große Schritt, den wir jüngst gemacht haben. Denn auch Frauen in Führungspositionen sind Frauen, die Kinder wollen. Deshalb ist es gut, dass wir da eine Quote machen. Das ist praktische Politik der Sozialdemokratie, die sich an den Notwendigkeiten und

an den Lebensrealitäten der Familien orientiert, und nicht ein Wunschkonzert von Schlagern aus den 50er-Jahren.

Lassen Sie uns die Fenster weiter aufmachen! Lassen Sie uns den Mief rauslassen! Lassen Sie uns Politik machen für Familien, für Frauen, für alle Lebensformen, die wir gerne unterstützen!

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Nicole Höchst [AfD]: Hunderttausende Abtreibungen im Jahr! Da können Sie wirklich stolz sein! – Weiterer Zuruf der Abg. Franziska Gminder [AfD] – Lachen bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf des Abg. Sönke Rix [SPD]: Was für eine Unverschämtheit! – Weiterer Gegenruf des Abg. Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich! – Weiterer Gegenruf der Abg. Nicole Bauer [FDP]: Unverschämt ist das! Dumm wie Brot!)

Norbert Müller, Die Linke:

Sinnvoller wäre eine Kindergrundsicherung



© DIE Linke im Bundestag

Norbert Müller (*1986)
Landesliste Brandenburg

Die AfD unternimmt heute den Versuch, mit einer Vielzahl von Anträgen uns ihre Familienpolitik zu beschreiben. Dabei lässt sich die Haltung dieser Fraktion kurz zusammenfassen: Hilfe, wir sterben aus! – Die AfD sorgt sich um den – Zitat aus diesen Anträgen –

„Erhalt des deutschen Volkes“ und um die fehlende Kinderfreundlichkeit. Mit Kinderfreundlichkeit ist bei der AfD – das haben wir gerade gehört – nur die Freundlichkeit gegenüber deutschen Kindern gemeint, was immer das in den Augen dieser rassistischen Partei nun so genau ist. Auf nichtdeutsche Kinder wollen Vertreterinnen und Vertreter der AfD – das ist bekannt – an der Grenze ja schließlich schießen lassen, und das ist nun nicht allgemein kinderfreundlich.

Die Annahme, dass Deutschland bald entvölkert sei, ist ja auch ganz offensichtlicher Unsinn. Versuchen Sie mal, in einer größeren Stadt einen Kitaplatz zu ergattern, einen Platz in einer Musikschulgruppe oder ihr Kind neu bei einem Kinderarzt anzumelden. Oder fragen Sie zum Beispiel in meiner Heimatstadt Potsdam

nach, was die Landeshauptstadt Potsdam in den letzten Jahren allein für Kita- und Schulneubauten ausgegeben hat. Da reden wir über eine halbe Milliarde Euro für eine Stadt mit 180 000 Einwohnern, vermutlich, weil die Deutschen gerade aussterben.

In Wahrheit ist die Geburtenziffer, also die durchschnittliche Zahl von Geburten je Frau, im Alter von 15 bis 49 Jahren so hoch wie seit den frühen 70er-Jahren nicht mehr. In Brandenburg ist sie zuletzt 1988 so hoch gewesen, und sie ist doppelt so hoch wie in Ostdeutschland Anfang der 90er-Jahre. Das kann man ja vielleicht auch einfach mal zur Kenntnis nehmen.

Im Familienausschuss hat die AfD vor einem Jahr beantragt, dass der Ausschuss eine Reise nach Ungarn unternehmen solle, weil die Familienpolitik der Orban-Re-

gierung dort so interessant sei. Ich habe daraufhin im Ausschuss, während das vorgetragen wurde, die Stichworte „Familienpolitik Ungarn“ gegoogelt und bin auch sogleich fündig geworden. Erster Treffer bei Google – oder auch einer anderen Suchmaschine; probieren Sie es aus – ist ein Artikel aus der „Welt“ vom 22. Mai 2019 mit der Überschrift „Orbans Familienpolitik erinnert an die NS-Zeit“. Schnell zusammengefasst: Die ungarische Regierung hat Sorge, dass die Ungarn aussterben, weswegen sie Ehestandsdarlehen einführen – so was Ähnliches wollen Sie auch –, die abgekindert werden, und sie geht repressiv gegen Schwangerschaftsabbrüche vor. Einen unabhängigen öffentlichen Rundfunk in Ungarn gibt es übrigens auch nicht mehr. Wie der Zufall es so will, beantragen Sie all das genau heute auch. Vielleicht haben Sie diese Reise ja eigenständig durchgeführt.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen Sie einmal mehr

zum Propaganda-Rundfunk umbauen, der Kinderlosigkeit als etwas Negatives darstellen und den Wunsch nach Kindern wecken soll. Offenbar halten Sie die Menschen für ziemlich dumm und manipulierbar. Gefährlich wird es dann, wenn Sie den Öffentlichen ernsthaft mit Ihren Anträgen untersagen wollen, Sexualaufklärung zu betreiben. Informationen über Verhütungsmittel und Familienplanung wollen Sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbieten. Das ist völlig absurd, und das ist auch absolut unverantwortlich.

Wer drei Kinder bekommt, soll mit 10 000 Euro für das erste oder sogar für jedes Kind – das steht nicht ganz genau in Ihrem Antrag – belohnt werden. Nicht zuletzt wollen Sie die Mehrwertsteuer für Windeln senken, um Kinderarmut zu bekämpfen. Letzteres ist bemerkenswert, weil die AfD ja bisher im Bundestag mit ihrem Redner Thomas Ehrhorn mehrfach bestritten hat, dass es Kinderarmut überhaupt gibt. Jetzt wollen Sie

sie bekämpfen? Sie haben sich dabei zieltreffend das untauglichste und wirkungsloseste Mittel ausgesucht: den Mehrwertsteuersatz auf Babywindeln.

Ich war gestern selber Windeln kaufen und habe das direkt mal an der Kasse überschlagen: Würde dieser Mehrwertsteuersatz von 19 auf 7 Prozent gesenkt werden, ergäbe es pro gewickeltem Kind und Jahr round about 25 Euro. Sie würden also pro Kind und Jahr jeder Familie ungefähr 25 Euro wiedergeben. Da ist selbst die Koalition mit ihrer Kindergeldhöhung zehnmal mutiger. Das muss man erst mal schaffen, bei der Bekämpfung von Armut zehnmal weniger mutig zu sein als Angela Merkel. Sinnvoller zur Bekämpfung der Kinderarmut wäre dagegen eine Kindergrundsicherung. Die lehnen Sie natürlich ab. Natürlich wäre auch ein höherer Mindestlohn sinnvoll. Den wollen Sie auch nicht. Kampfstarke Gewerkschaften, die hohe Tarifabschlüsse durchsetzen können? Der blanke

Horror im Weltbild der AfD.

Die AfD findet nicht nur die Familienpolitik von Viktor Orban und den Nazis klasse, sondern auch sonst manch anderes aus dieser Zeit. Dass dabei ihre Anträge in sich unschlüssig und widersprüchlich sind, überrascht wohl hier im Hause niemanden mehr.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel geben. Sie fordern – Zitat –, „der Stigmatisierung ... von Mehrkindfamilien ... entgegenzutreten“. Jetzt weiß ich nicht genau, an welche Stigmata Sie denken. Vielleicht haben Sie einfach zu viel Thilo Sarrazin gelesen. Leider führen Sie das auch nicht genau aus. Jedenfalls fordern Sie zwei Absätze später, dass insbesondere Akademikerinnen bitte mehr als zwei Kinder bekommen sollen. Dieser Logik nach hätten also alle Nichtakademikerinnen drei oder mehr Kinder. Merken Sie was? Sie selbst stigmatisieren Mehrkindfamilien als mehr oder minder bildungsfern. Das ist nämlich der logische Schluss aus Ihrem Antrag. Als Va-

ter von drei Kindern sage ich Ihnen: Herzlichen Dank dafür!

So bleibt mir, zum Ende nur zu sagen: Ich habe eine schlechte Nachricht für die AfD. Sie haben hier nicht zu entscheiden, wer wie viele Kinder bekommt. Und Sie haben auch überhaupt nicht zu entscheiden, wie diese Kinder sind, und haben darüber auch kein Werturteil zu fällen.

Unsere Kinder werden mal wie wir. Und selbst wenn Sie bei den Sozis oder – Gott bewahre – bei FDP und Union landen – Menschen machen ja Fehler –, dann wüsste ich wenigstens, dass ich mit denen hinterher noch vernünftig reden kann. – Hören Sie zu, Herr Grosse-Brömer. Wir können ja auch miteinander vernünftig reden. – Bei Ihnen von der AfD habe ich diese Hoffnung schon lange aufgegeben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beate Walter-Rosenheimer, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen eine zeitgemäße Familienpolitik



Beate Walter-Rosenheimer (*1964)
Landesliste Bayern

Modell.

– Sie können ruhig laut gähnen. Es ist schlimm, dass Sie solche Sachen überhaupt im Kopf haben.

Ein großes Thema ist die Kinderarmut. Ich sage hier in aller Offenheit: Frau Ministerin, ich hätte mir gewünscht, dass wir dieses Problem noch stärker angehen. Mindestens jedes siebte Kind lebt in Armut. Das ist in einem doch so reichen Land sehr schade. Ich finde, da kann man wirklich noch zulegen.

Diesen Zustand wollen wir nicht länger hinnehmen. Es darf auch nicht länger ein großes Armutsrisiko sein, mehr als ein Kind zu haben oder Kinder allein zu erziehen. Alle Eltern und Familien brauchen Unterstützung. Sie müssen darauf vertrauen dürfen, dass wir sie nicht im Regen stehen lassen. Wir vergessen eines nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen: Kinderarmut ist immer auch Ausdruck der Armut der Eltern. Und eine Windelsteuer hilft dagegen sicher nicht.

Wir müssen etwas ändern, und zwar dringend. Wir wollen faire Chancen für jedes Kind. Familienförderung muss bei allen Familien ankommen. Wir fordern deshalb eine Kindergrundsicherung, die auf einer Neuberechnung der Bedarfe von Kindern basiert.

Gute Familienpolitik – wir haben es heute oft gehört – beinhaltet

auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Kinder brauchen die Zeit und die Aufmerksamkeit ihrer Eltern. Ein Großteil der Eltern von Kindern im Alter zwischen einem und drei Jahren – das betrifft immerhin ca. 1,7 Millionen Familien – beklagt die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land. Unsere Lösung, damit Eltern beim Spagat zwischen Beruf, Kindern, Meetings, Einkaufen, Kochen, Hausaufgabenbetreuung und Homeschooling nicht völlig die Puste ausgeht, heißt KinderZeit Plus. Wir wollen das bestehende Elterngeld weiterentwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen sicherstellen, dass junge Eltern sich wirklich um ihre Kinder kümmern können, dass die Rushhour des Lebens entzerrt wird und Familien mehr Zeit füreinander bekommen; denn das ist das, was Kinder in Deutschland sich am meisten wünschen, wenn man sie befragt.

Mit der grünen KinderZeit Plus hätten Eltern größere Entscheidungsspielräume, sie könnten schneller wieder in den Job einsteigen, und schließlich unter-

stützt unsere KinderZeit Plus auch eine vollzeitnahe Teilzeit beider Elternteile nach dem ersten Lebensjahr des Kindes. Das ist es doch, was Familien wirklich helfen würde. Wir brauchen außerdem hochwertige Betreuungsangebote und Öffnungszeiten, die sich an den Realitäten der Familien anpassen, nicht umgekehrt. Das ist etwas ganz Wichtiges, was aber noch nicht so gegeben ist.

Wir müssen Fortschritte machen, um diese Vereinbarkeit zu ermöglichen. Dazu brauchen wir Ganztagsangebote für alle Kinder im Grundschulalter, weil sie mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Startchancen garantieren. Leider sehen wir diesen Rechtsanspruch noch nicht mit höchster Priorität umgesetzt. Das ist ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Da stehen Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung. Die Kommunen müssen für diese Langzeitaufgaben gut ausgestattet werden und Angebote mit hoher pädagogischer Qualität sicherstellen können.

Zu einer guten Familienpolitik, die diesen Namen verdient, gehört auch, dass wir Politik für ein kindergerechtes Land machen. Damit Rechte, Interessen und Perspektiven von Kindern in Deutschland tatsächlich ausreichend berücksichtigt werden, wollen wir die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen.

Für uns bedeutet gute und gerechte Familienpolitik natürlich auch zeitgemäße Familienpolitik,

die den gesellschaftlichen Wandel im Blick hat. Immer mehr Kinder leben in Patchwork- und Regenbogenfamilien. Immer mehr Erwachsene leisten elterliche Fürsorge, obwohl sie mit den Kindern nicht verwandtschaftlich oder rechtlich verbunden sind. Soziale Eltern übernehmen über Jahre Verantwortung, geben Halt und sind emotionale Anker für ihre Kinder. Deshalb brauchen sie die gleichen Rechte. Sie lieben diese Kinder, unterstützen sie – Blutsverwandtschaft ist nicht der Hauptpunkt in einer Eltern-Kind-Beziehung –, aber bei alltäglichen Entscheidungen in der Kita, in der Schule, beim Arzttermin, da bleiben sie außen vor. Dadurch entsteht große Unsicherheit, auch bei den Kindern. Da fehlen dann Stabilität und Vertrauen. Wir Grüne fordern, den gesellschaftlichen Entwicklungen endlich gerecht zu werden und soziale Elternschaft rechtlich eindeutig abzusichern.

Es wird deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema ist sehr komplex und erfordert ein ganzes Bündel an wirkungsvollen Maßnahmen. Mit populistischen Schnellschüssen ist es hier nicht getan. Es ist auch nicht damit getan, „Nicht-Eltern“ den Mund zu verbieten. Das, was Sie fordern, erschüttert das Vertrauen von vielen Hunderttausend Familien in eine seriöse und wirklich lösungsorientierte Politik. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Maik Beermann [CDU/CSU])

Wir wollen faire Chancen für jedes Kind. Förderung muss bei allen Familien ankommen.

Sylvia Pantel, CDU:

Wir bieten ein vielfältiges Angebot



Sylvia Pantel (*1961)
Wahlkreis Düsseldorf II

Frau Walter-Rosenheimer, als Erstes möchte ich klarstellen: Kinderrechte sind im Grundgesetz vorhanden, weil Kinder Grundrechtsträger sind; ihre Rechte werden, solange sie selber nicht sagen können, was sie wollen, von ihren Eltern wahrgenommen, und ansonsten wacht die Allgemeinheit darüber. Das möchte ich hier noch mal klarstellen: Kinder sind Grundrechtsträger.

Als Nächstes möchte ich sagen: Ich finde es sehr schwer zu verstehen, wenn die AfD hier behauptet, dass Großfamilien derzeit vom Staat keine Anerkennung bekommen. Ich kann das nicht bestätigen. Ich habe fünf Brüder, ich bin also in einer großen Familie aufgewachsen. Ich habe selber auch fünf Kinder großgezogen mit mei-

nem Mann. Insofern weiß ich, worauf wir damals verzichten mussten – wir waren trotzdem glücklich – und was wir bis heute an familienpolitischen Leistungen vorgebracht haben. Ich finde, wir alle können sehr stolz auf das sein, was wir mittlerweile alles für unsere Familien in Deutschland leisten.

Mittlerweile gibt es wieder mehr Familien mit drei oder mehr Kindern in Deutschland. Ich bemerke einen spürbaren Mentalitätswechsel, auch in der Politik. Vielen Kolleginnen und Kollegen ist die Bedeutung von Familien, gerade auch von Familien mit vielen Kindern, sehr wohl bewusst; hier möchte ich ganz klar auch diejenigen einbeziehen, die selber keine Kinder haben, aus welchen Gründen auch immer. Eine allgemeine Stigmatisierung und Herabwürdigung von Mehrkindfamilien, von der die AfD in ihrem Antrag schreibt, stelle ich gerade derzeit in unserer Gesellschaft nicht fest, eher eine Wertschätzung von Familienarbeit.

Im Jahre 2015 gab es 871 000 Haushalte mit Mehrkindfamilien. Im Jahre 2019 sind es schon 977

000 Haushalte. Auch die Geburtenziffer entwickelt sich im langfristigen Trend positiv. 1995 hatten wir in Deutschland den historischen Tiefstand von 1,25 Geburten pro Frau, 2005 waren es schon 1,34 Geburten pro Frau, und im Jahre 2019 lagen wir bei 1,54 Geburten pro Frau. Im langfristigen Vergleich steigt also die Geburtenrate in Deutschland. Das ist ein Erfolg gegen den demografischen Wandel, und das hat auch etwas mit einer guten, verlässlichen Familienpolitik zu tun.

Kinderrechte sind im Grundgesetz vorhanden, weil Kinder Grundrechtsträger sind

Der Antrag der AfD „Aktive Familienpolitik durch Baby-Willkommendarlehen“ wäre hingegen keine kluge Familienpolitik. Warum sollten sich Eltern zusätzlich mit 10 000 Euro auf fünf Jahre beim Staat verschulden? Wir hingegen haben ab 2021 erneut eine Erhöhung des Kindergeldes durchgesetzt. Das sind bei einem Kind auf fünf Jahre gerechnet 13 000 Euro, bei zwei Kindern 26 000 Euro und bei drei Kindern fast 40 000 Euro, und von diesem Geld fordert der Staat kein bisschen zurück. Damit entlasten wir Familien wirklich.

Darüber hinaus steigt 2021 auch

die Gesamthöhe der Freibeträge, der Kinderfreibetrag sowie der Freibetrag für Betreuung, Erziehung, Ausbildung. Werden die Eltern gemeinsam veranlagt, steigen die Freibeträge für 2021 insgesamt um 576 Euro auf 8 388 Euro im Jahr.

Auch das Elterngeld hat sich als Familienleistung in Deutschland bewährt. Von der Bevölkerung wird es sehr geschätzt. Unsere Varianten – Basiselterngeld, Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus – bedeuten eine große Wahlmöglichkeit für die Familien. Elterngeld bekommen Mütter und Väter, die nach der Geburt ihres Kindes nicht oder vorerst nur wenig berufstätig sind. Der Staat unterstützt die Familien mit mindestens 300 Euro und maximal 1 000 Euro im Monat, abhängig vom jeweiligen Nettoeinkommen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell. Gerade in diesem Haushalt haben wir den Etat des Elterngeldes um 88 Millionen Euro auf nunmehr über 7 Milliarden Euro erhöht.

Mit dem Schulbedarfspaket entlasten wir Eltern nicht nur beim Schulstart. Wir bieten einen Zuschuss für den Kauf von Schulmaterialien. Eltern und Alleinerziehende haben Anspruch auf 150 Euro Unterstützung pro Schuljahr, wenn sie den Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten. Nicht nur junge Schüler haben einen Anspruch auf dieses Geld und diese Unterstützung, sondern auch Jugendliche bis 25 Jahre, wenn sie eine Berufsschule oder eine allgemeinbildende Schule besuchen.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen, fördern wir den Kitausbau bis 2021 mit insgesamt bis zu 5,4 Milliarden Euro. Für die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen stellen wir von 2020 bis 2021 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Für die Eigentumbildung haben wir das Baukindergeld eingeführt – nun gibt es für den Zeitraum bis März 2021 insgesamt 10 Milliarden Euro –, und das nehmen sehr, sehr viele Familien in Anspruch.

Meine Damen und Herren, das sind finanzielle Unterstützungsleistungen, die zeigen, dass uns die Familien wichtig sind. Wir leisten viel für unsere jungen Familien und unterstützen die Wahlfreiheit in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So treten wir auch dem demografischen Problem wirklich wirksam entgegen.

Mit unseren familienpolitischen Leistungen sind wir im EU-Vergleich gut aufgestellt. Die AfD lobt Frankreich besonders. Aber das

französische Kindergeld wird erst ab dem zweiten Kind gewährt. Zwar ist die Geburtenrate in Frankreich noch höher; aber seit 2014 sinkt sie kontinuierlich. Unsere Familienleistungen sind deutlich höher und besser als die in Frankreich, gerade für einkommensschwache Familien sind wir Spitze in Europa.

Lassen Sie mich zuletzt auf den Antrag auf Einführung eines ermäßigten Steuersatzes für Babywindeln eingehen. Der Gesetzgeber hat bei der Einführung der Umsatzsteuer nach dem Mehrwertsteuersystem eine Gesamtkonzeption, die bereits Grundbedürfnisse des Familienkonsums umsatzsteuerlich begünstigt. Also sind wir nicht „familienblind“, wie Sie schreiben, sondern wir sehen sehr wohl genau hin. Dabei werden – das ist besonders bedeutsam – kindbezogene Dienstleistungen wie zum Beispiel die Tagesbetreuung im Kindergarten oder die Leistungen der Jugendhilfe nach dem SGB VIII grundsätzlich von der Umsatzsteuer befreit. Die Lieferungen von Lebensmitteln, Schulbüchern und Malbüchern unterliegen ebenfalls dem ermäßigten Steuersatz.

Der Europäische Gerichtshof hat aber in seinem Urteil bereits festgestellt, dass wir bei der Umsatzsteuerermäßigung wie zum Beispiel bei Säuglingsbekleidung und Kinderschuh gegen die vereinheitlichten Vorgaben der Mehrwertsteuerrichtlinie verstoßen. Deshalb wäre die Begünstigung von Lieferungen von Ba-

bywindeln, Kinderbekleidung oder Spielzeug ebenso nicht zulässig.

Es ist nicht eine einzelne Maßnahme, die gute Rahmenbedingungen für Familien schafft. Wir bieten ein vielfältiges Angebot und unterstützen unsere jungen Eltern. Wir wollen ihnen mit unseren Rahmenbedingungen Lust auf Familie machen, und das zeigen wir; das habe ich gerade ausgeführt. Deshalb lehnen wir, wie Sie sich denken können, die AfD-Anträge ab.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir können stolz auf das sein, was wir alles für unsere Familien in Deutschland leisten.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD), Sönke Rix (SPD), Katrin Helling-Plahr (FDP), Bettina Margarethe Wiesmann (CDU/CSU) sowie Gülistan Yüksel (SPD).



Kinderbetreuungseinrichtungen sind in der Coronavirus-Pandemie ein wichtiger Halt für Familien.

leicht
erklärt!

Der UN-Sicherheits-Rat

Was ist das?

Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über die Vereinten Nationen gesprochen.

Genauer: Über den Sicherheits-Rat der Vereinten Nationen.

Und über die Zeit, die Deutschland dort nun Mitglied war.

Im folgenden Text werden unter anderem die folgenden Fragen beantwortet:

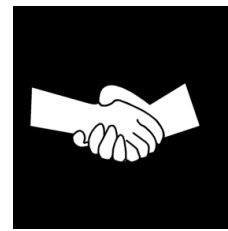
- Was sind die Vereinten Nationen?
- Was ist der Sicherheits-Rat der Vereinten Nationen?
- Was hat Deutschland damit zu tun?

Was sind die Vereinten Nationen?



Die Vereinten Nationen sind eine Versammlung von fast allen Ländern auf der Welt.

Sie wurde vor 70 Jahren gegründet.



„Vereint“ heißt ungefähr: zusammen oder zusammen-arbeiten.
„Nation“ ist ein anderes Wort für Land oder Staat.

Die Vereinten Nationen sind also eine Versammlung, in der die Länder der Welt zusammenarbeiten.



Die Abkürzung für Vereinte Nationen ist: VN.

Viel öfter liest man aber die Abkürzungen: UN oder UNO. Sie kommen vom englischen Namen der Versammlung.

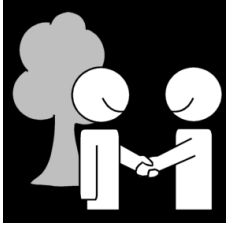
Im restlichen Text steht immer UN, wenn die Vereinten Nationen gemeint sind.



Die UN hat verschiedene Ziele.

Zum Beispiel:

- Die Rechte von Menschen sollen auf der ganzen Welt beachtet werden.
- Alle Menschen sollen genug zu essen haben.
- Alle Kinder sollen zur Schule gehen können.



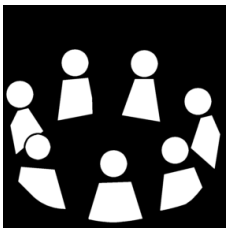
Eines der wichtigsten Ziele der UN ist:

Es soll Frieden auf der Welt geben.
Es soll Sicherheit für alle Länder auf der Welt geben.

Für dieses Ziel ist eine besondere Arbeits-Gruppe der UN verantwortlich.

Sie hat den Namen:
UN-Sicherheits-Rat.

Was ist der UN-Sicherheits-Rat?



Der UN-Sicherheits-Rat ist also eine der Arbeits-Gruppen der UN.

Er besteht immer aus 15 Mitgliedern.

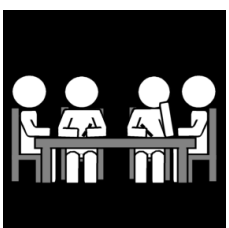
5 von diesen Mitgliedern haben einen festen Platz im Sicherheits-Rat.

Und zwar:

- die USA
- China
- Russland
- Frankreich
- Groß-Britannien

Man nennt die Mitglieder: ständige Mitglieder.

Denn sie sind ständig im Sicherheits-Rat dabei.



Die anderen 10 Mitglieder haben ihre Plätze immer nur für 2 Jahre.

Danach müssen sie ihren Platz freigeben.

Dann werden neue Länder für diese Plätze gewählt.

Diese 10 Mitglieder nennt man: nichtständige Mitglieder.

Denn sie sind nicht ständig im Sicherheits-Rat dabei.



Wie will der Sicherheits-Rat für Frieden auf der Welt sorgen?

Der UN-Sicherheits-Rat beobachtet die Lage auf der Welt.

Er kann feststellen, ob der Frieden zwischen zwei Ländern bedroht ist. Oder ob ein Land ein anderes Land angegriffen hat.

Oder ob etwas passiert, dass die Sicherheit auf der Welt bedroht.

Dann kann der Sicherheits-Rat entscheiden, was gegen dieses Problem gemacht werden soll.

Er kann zum Beispiel miteinander streitenden Ländern vorschlagen, den Streit friedlich zu klären.

Er kann auch Länder bestrafen, die die Sicherheit auf der Welt bedrohen. Er kann zum Beispiel dafür sorgen, dass diese Länder nicht mehr so gut mit anderen Ländern Handel treiben können.

Der Sicherheits-Rat kann auch Soldaten in ein Gebiet schicken, in dem der Frieden besonders bedroht ist.

Die sollen dort dann den Frieden schützen.

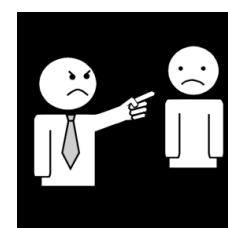
Keine andere Gruppe in der UN kann so viel bestimmen wie der Sicherheits-Rat.

Das hat vor allem einen Grund:

Wenn der UN-Sicherheits-Rat etwas beschließt, müssen sich alle UN-Länder daran halten.

Dazu verpflichtet sich ein Land, wenn es Mitglied in der UN wird.

Der Sicherheits-Rat ist die einzige Arbeits-Gruppe in der UN, die solche verpflichtenden Entscheidungen treffen kann.



Probleme mit dem UN-Sicherheits-Rat

Der UN-Sicherheits-Rat hat also eine große Bedeutung für die Welt.

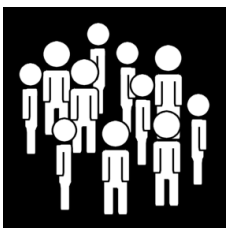
Darum ist es wichtig, ihn genau zu beobachten.



Es gibt viele Menschen, die bestimmte Probleme beim Sicherheits-Rat sehen.

Hier ein paar Beispiele:

Feste Mitglieder



Der UN-Sicherheits-Rat hat nur 5 feste Mitglieder.

Die USA, China, Russland, Großbritannien und Frankreich.

Als der Sicherheits-Rat vor über 70 Jahren gegründet wurde, waren das besonders wichtige Länder auf der Welt.

Eine Meinung lautet:

Die Welt hat sich weiterentwickelt.

Diese Länder haben heute nicht mehr die Rolle, die sie vor 70 Jahren hatten.

Inzwischen gibt es auch andere Länder, die eine wichtige Rolle auf der Welt haben.

Deswegen sollte es mehr feste Mitglieder im UN-Sicherheitsrat geben.

Auch Deutschland ist dafür. Das Ziel der deutschen Regierung lautet: Deutschland soll festes Mitglied werden.

Das Recht auf Einspruch



Der UN-Sicherheits-Rat kann Beschlüsse machen.

An die müssen sich alle UN-Länder halten.

Dabei gibt es eine wichtige Regel:



Um etwas zu beschließen, müssen alle 5 festen Mitglieder zustimmen.

Jedes feste Mitglied kann also Einspruch gegen einen Beschluss einlegen.

Dann ist der Beschluss abgelehnt.

Dieses Recht auf Einspruch nennt man auch: Veto-Recht.

Das Wort „Veto“ kommt aus der lateinischen Sprache und bedeutet: „Ich verbiete!“

Das Veto-Recht bringt immer wieder Probleme.

Denn: Immer wieder verhindern Mitglieder wichtige Entscheidungen vom UN-Sicherheits-Rat.

Und zwar, weil ihnen eine Entscheidung nicht in ihre Politik passt.

Das ist vor allem ein Problem, wenn es bei den Entscheidungen um das Wohl von Menschen geht.

Zum Beispiel in Gebieten, in denen Krieg herrscht.



Wenn dann so eine Entscheidung verhindert wird, kann das für viele Menschen großes Leid bedeuten.

Es gibt darum immer wieder Vorschläge: Das Veto-Recht sollte verändert werden.

Es könnten zum Beispiel besonders wichtige Bereiche festgelegt werden, in denen es kein Veto-Recht mehr gibt.

Deutschland im UN-Sicherheits-Rat



In den Jahren 2019 und 2020 war Deutschland Mitglied im UN-Sicherheits-Rat.

Die Mitgliedschaft endet nun bald.

Für die Zeit im Sicherheits-Rat hatten sich die deutschen Politiker verschiedene Themen ausgesucht.

An diesen Themen wollten sie besonders arbeiten.

Sie wollten dafür sorgen, dass diese Themen eine größere Rolle spielen.

Zu diesen Themen gehörte zum Beispiel:

- Etwas gegen Streitigkeiten zwischen Ländern machen, schon bevor sie entstehen.
- Beachten, was der Klima-Wandel für die Sicherheit auf der Welt bedeutet.
- Frauen mehr Mitsprache bei der Sicherheit auf der Welt geben. Und Frauen besser schützen.



Jeden Monat leitet ein anderes Land die Treffen im Sicherheits-Rat.

Das bedeutet unter anderem: Dieses Land legt fest, über welche Themen im Sicherheits-Rat gesprochen werden.

Wenn ein Land die Treffen leitet, kann es seine Themen also ganz besonders gut voranbringen.

Deutschland hat die Treffen in den letzten 2 Jahren zweimal geleitet.

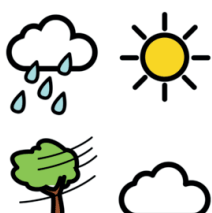
Und zwar im April 2019 und im Juli 2020.

Im April 2019 hat es sich zum Beispiel um die Sicherheit von Frauen und von Helfern in Kriegs-Gebieten gekümmert.

Im Juli 2020 ging es dann vor allem um die Corona-Krise.

Die Frage war, wie Corona sich auf die Sicherheit in der Welt auswirkt.

Und es ging um den Klima-Wandel.



Der Sicherheits-Rat in Zukunft

Der UN-Sicherheits-Rat kann also auf der Welt viel bestimmen.

Er kann viel für den Frieden auf der Welt tun.

Es gibt aber auch einige Probleme mit dem Sicherheits-Rat.

Es wäre wichtig, dass es einige Veränderungen gibt.

Damit der Sicherheits-Rat auch in der Zukunft seine Aufgaben erledigen kann.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Wolfgang Krumm. Portrait Kohl: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Tim Brakemeier. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukv-ve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 49-50/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 14. Dezember 2020.